

Offener Brief an die Klimabewegung in Deutschland

Erstunterzeichnende/First signatories

Organisationen/Organisations:

REVOLUTION Germany, palestine speaks, pa_allies, MigrAntifa Braunschweig, Jüdische Stimme für gerechten Frieden im nahen Osten, Ende Gelände Düsseldorf, FightforFalastin, Gruppe ArbeiterInnenmacht

Einzelpersonen/Persons:

Betül Çınar, Georg Ismael, Ela Sommer

Hier findet ihr alle Unterzeichnenden:

<https://docs.google.com/document/d/1OLa9YQBTulQA-AdZz8QPC7QaxaLKqkbVmUgTxcQzU54/>

-english below-

Offener Brief an die Klimabewegung in Deutschland

Liebe deutsche Klimabewegung,

hiermit distanzieren wir uns von Fridays for Future Deutschland. Unter dem Deckmantel einer Stellungnahme gegen Antisemitismus hat FFF-Deutschland in den vergangenen Wochen mehrmals die Sache eines gemeinsamen, globalen Kampfes gegen die Klimakrise und für Gerechtigkeit & Freiheit verraten. Sie brechen dadurch nicht nur das Vertrauen der anderen FFF-Sektionen, die sich seit dessen Beginn gegen einen genozidalen Krieg in Gaza gestellt haben. Sie lassen auch herzlos die Menschen Palästinas im Stich und damit nicht nur von Krieg und Besatzung, sondern auch von der Klimakrise „most affected people and areas“. Wir sind der Meinung, dass Klima-Aktivismus ohne Internationalismus nicht funktionieren kann!

Imperialistische Länder wie Deutschland oder USA exportieren Klimaschäden in die Länder des Globalen Südens, die in künstlicher Abhängigkeit gehalten werden. Dies geschieht z.B. indem besonders umweltschädigende Abschnitte von Produktionsketten in diese Länder verlegt werden oder indem direkt Müll und giftige Abfälle dort abgeladen werden. Es sind auch diejenigen, die am härtesten durch Dürren und Überschwemmungen, das Artensterben oder den steigenden Meeresspiegel bedroht sind, während ihnen die Mittel, sich dagegen zu schützen, verwehrt bleiben. Die Antwort darauf kann nur in einer internationalen Bewegung bestehen. Wir dürfen nicht auf die Taschenspielertricks der deutschen Regierung reinfallen, wenn sie uns ihren Green New Deal verkaufen wollen. Und genauso wenig, wenn sie über das „Selbstverteidigungsrechts Israels“ reden, es in Wirklichkeit jedoch nur um geopolitische und wirtschaftliche Interessen geht. FFF International veröffentlichte schon im Oktober ein Statement, in welchem sie sich solidarisch mit dem palästinensischen Kampf, dem Widerstand, der Befreiung und der Selbstverteidigung erklären. Sie schreiben sehr deutlich, dass sie im Angesicht von Aggression, Genozid und Faschismus nicht neutral bleiben können. Sie benennen die Besatzung als Resultat eines kolonialen Prozesses, angestoßen durch die westlichen Imperialmächte, damit diese ihre geopolitischen Interessen umzusetzen. FFF international schreibt deutlich, dass sie nicht schweigen werden, während die westlichen Mächte den Genozid in Palästina beklatschen. Wir unterstützen dieses klare Statement der internationalen Strukturen und lehnen die Position des deutschen Verbands und die unfundierte und politisch nicht begründete Abgrenzung von den internationalen Strukturen ganz klar ab. Außerdem solidarisieren wir uns mit dem Aktivistin H., der für die Internationalen Statements verantwortlich gemacht wurde und dann von diesen Medien angegriffen wurde. Diese Hetzkampagne unterstützt Fridays for Future Deutschland. Wir sehen, wie FFF Deutschland Hand in Hand mit dem Deutschen Staat für Israel kämpft.

Nachdem FFF Deutschland schon seit Jahren linke oder antikapitalistische Kräfte systematisch aus der Bewegung drängt, zeigen sie mit diesen Statements erneut, dass antikapitalistische und antiimperialistische Positionen in dieser Bewegung nicht zur Diskussion stehen. Die Nutzlosigkeit

von fünf Jahren Appellen an die Politik und das Nachlassen der Mobilisierungen in Folge dessen führen offenbar nicht zu einem radikalen Bruch mit dem deutschen Klimaimperialismus, sondern zu fortgesetzter Anbiederung an Grüne &Co.

Wir rufen alle linken Kräfte in der Klimabewegung, die dieser Kritik zustimmen, auf, den offenen Brief

zu unterstützen und zu teilen. Tretet mit uns in Kontakt und lasst uns gemeinsam in Diskussion treten, wie die Klimabewegung mit antikolonialen Kämpfen weltweit verbunden werden kann und wie wir vom Kuschelkurs mit dem Grünen Kapitalismus hin zu einem vereinten Kampf für Klimagerechtigkeit und Befreiung international kommen.

Dafür wollen wir uns schon am 24.02.24 um 10 Uhr in Berlin treffen, um darüber gemeinsam zu diskutieren und uns zu vernetzen! Wenn ihr kommen wollt, gebt uns Bescheid.

Wann: 24.02.24 // 10 Uhr

Wo: Rungestr. 20, 10179 Berlin

Brief unterschreiben?! Hier.

Open letter to the climate movement in Germany

Dear German climate movement,

We hereby distance ourselves from Fridays for Future Germany. Under the guise of a statement against antisemitism FFF Germany has repeatedly betrayed the cause of a common, global fight against the climate crisis and for justice & freedom. In doing so, they are not only breaking the trust of the other FFF sections, which have fought against a genocidal war in Gaza since its inception. They also heartlessly abandon the Palestinian people and thus not only the people most affected by war and occupation, but also the people most affected by the climate crisis.

We are of the opinion that climate activism cannot work without

internationalism!

Imperialist countries like Germany or the USA export climate damage to the countries of the Global South, which are kept in artificial dependency. This happens, for example, by transferring particularly environmentally damaging sections of production to these countries or by dumping waste and toxic waste there directly. It is also these countries which are hit hardest by droughts and floods, the extinction of species or rising sea levels, while at the same time they are denied the means to protect themselves against these catastrophes. The answer to this can only be an international movement. We must not fall for the sleight of hand of the German government when they try to sell us their Green New Deal. And just as little when they talk about Israel's „right to self-defense“, while in reality it's all about geopolitical and economic interests. FFF International published a statement back in October in which it expressed its solidarity with the Palestinian struggle, resistance, liberation and self-defense. They write very clearly that they cannot remain neutral in the face of aggression, genocide and fascism. They name the occupation as the result of a colonial process, initiated by the Western imperial powers to realize their geopolitical interests. FFF international writes clearly that they will not remain silent while the Western powers applaud the genocide in Palestine.

We support this clear statement by the international structures and reject the position and the politically unfounded distancing from the international structures by FFF Germany. We also show our solidarity with the activist H., who was made responsible for the international statements by the German media and was then attacked by this same media. A smear campaign is supported by Fridays for Future Germany. We see how FFF Germany fights hand in hand with the German state for Israel.

FFF Germany has been systematically pushing left-wing or anti-capitalist forces out of the movement for years. They show once again with these statements that anti-capitalist and anti-imperialist positions are not up for discussion in this movement. The uselessness of five years of appeals to politicians and the decline in mobilizations as a result of this are obviously not leading to a radical break with German climate imperialism, but to

continued pandering to the Greens etc.

We call on all left forces in the climate movement who agree with this criticism to support and share the open letter. Get in touch with us and let's get together to discuss how the climate movement can be linked to anti-colonial struggles worldwide and how we can move from cuddling up to green capitalism to a united struggle for climate justice and liberation internationally.

For this we want to meet on February 24th at 10am in Berlin to discuss this together and to network! If you want to come, let us know.

When: 24.02.24 // 10:00

Where: Rungestr. 20, 10179 Berlin

Wanna sign the letter? [Here](#).

10 Forderungen für den palästinensischen Befreiungskampf

Dezember 2023

Seit dem 7. Oktober findet ein erbarmungsloser Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung statt. Gefangen in einem Freiluftgefängnis haben die Bewohner_innen keine Möglichkeiten zur Flucht vor dem Tod durch Bomben oder die Bodentruppen der IDF. Israels Regierung stellt diesen Staatsterror kaum widersprochen als Akt der „Selbstverteidigung“ dar. Dabei sind sie nicht die einzigen, die mit Rassismus und Nationalismus die Bevölkerung hinter sich vereinen. Auch in imperialistischen Ländern wie

Deutschland wird jegliche Palästina-Solidarität kriminalisiert und unter dem Vorwand des Kampfes gegen Antisemitismus findet eine zutiefst rassistische Politik statt, in welcher Migrant_innen als die Übeltäter gelten. Wir möchten hiermit 10 Forderungen aufstellen, die wir zum einen in Palästina und dann in Deutschland diesen Verhältnissen entgegensetzen.

In Palästina:

1. Sofortiges Ende der brutalen und kriegsverbrecherischen Angriffe auf Gaza! Aufhebung der Blockade! Abzug aller Truppen der IDF aus Gaza und Westbank! Für die Freilassung aller Gefangenen!

Nach der kurzen Waffenruhe, gehen die Angriffe in unverminderter Härte weiter und die IDF unter der Führung einer ultrarechten Regierung haben keine Probleme damit, abertausende Zivilist_innen zu ermorden und die dort lebende Bevölkerung als Tiere zu bezeichnen. Das sofortige Ende der brutalen und kriegsverbrecherischen Angriffe auf Gaza ist dabei mehr als die Forderung nach einer erneuten Waffenruhe! Eine unbefristete Waffenruhe und ein Durchlassen der Hilfslieferungen sind in der aktuellen Situation überlebensnotwendig für die Bevölkerung, jedoch beendet dies nicht Besatzung, sondern bedeutet, dass die jetzigen Konflikte eingefroren werden. Was wir zudem nicht fordern, ist die Demilitarisierung der Palästinenser_innen, denn das Recht auf Selbstverteidigung und der Kampf nach Freiheit muss auch militant durchgesetzt werden. Alle Truppen der IDF müssen Gaza sowie die Westbank verlassen, sie sind unterdrückerische Truppen, die die Herrschaft des Staates Israels mit allen Mitteln durchsetzen. Der Abzug der IDF sowie die Forderung nach einem sofortigen Ende des Mordens müssen bedingungslos durchgesetzt werden! Wir stehen ein für die Freilassung der Gefangenen. Ca. 4500 Palästinenser_innen, darunter viele Kinder und Jugendliche, waren schon vor dem 7.10. in israelischen Gefängnissen. Seitdem wurden weitere 4-5000 verhaftet, die auf israelischem Staatsgebiet gearbeitet hatten. Freigekommene berichten in den meisten Fällen über Misshandlungen und Folter.

2. Für das Recht der israelischen Soldat_innen sich zu weigern, in

Gaza und Westbank zu kämpfen. Löst die bürgerliche Armee und die Polizei auf und bildet demokratische Arbeiter_innenmilizen, die sich dem palästinensischen Widerstand anschließen!

Wie wir es in Gaza zur Zeit sehen, haben die palästinensischen Streitkräfte allein wenige Chancen, sich gegen das von USA und BRD hochgerüstete Militär Israels zu verteidigen. Daher ist es unabdingbar, auch innerhalb der israelischen Gesellschaft nach Verbündeten zu suchen. Wir wissen, dass aktuell die israelische Bevölkerung mehrheitlich vereint für den Krieg gegen die Palästinenser_innen steht. Dieser Umstand liegt allerdings nicht nur an der reaktionären und kriegstreiberischen Rhetorik der Regierung und an der engen ideologischen Bindung der israelischen Bevölkerung an den Zionismus, die historisch auch durch die materiellen Vorteile aus der Besatzung entstanden ist. Sondern zudem an dem harten Vorgehen gegen all jene Menschen, die nur ansatzweise gegen diese vorherrschende Meinung stehen. Umso wichtiger ist es daher, die wenigen Kriegsdienstverweigernden und Antizionist_innen in Israel zu unterstützen. Der Aufbau einer antizionistischen Opposition in Israel ist notwendige Voraussetzung für eine Abschaffung von Militär und Polizei und für die Befreiung der israelischen Arbeiter_innenklasse. Wir sehen schon heute in kleinen Teilen wie antizionistische Juden und Jüdinnen weltweit die Proteste mit antreiben und unterstützen. In Israel ist es Aufgabe von Fortschrittlichen und Revolutionär_innen sich von den prozionistischen und staatstragenden Organen wie der gelben Gewerkschaft Histadrut zu lösen, diese durch eine gemeinsame Organisierung mit ihren palästinensischen Geschwistern zu ersetzen und offen aufzuzeigen, dass der Krieg nicht in dem Interesse der israelischen Arbeiter_innen sondern dem der Herrschenden liegt, wie es zum Beispiel lange wichtiger zu sein schien, die Vernichtung der Palästinenser_innen voranzutreiben, als die Befreiung der Geiseln durchzusetzen. Der Klassenkampf, wie er sich zuletzt auch in den Protesten gegen die Justizreform geäußert hatte, darf nicht zurückgestellt werden zu Gunsten der vermeintlichen „Vaterlandsverteidigung“.

3. Nieder mit der Apartheidsmauer und allen Freiheitsbeschränkungen für Palästinenser_innen. Für die völlige

rechtliche Gleichstellung aller Einwohner_innen zwischen Mittelmeer und Jordan! Verstaatlichung allen Landbesitzes und Gewährung des Rückkehrrechts aller Palästinenser_innen weltweit.

Palästinenser_innen sind Menschen dritter Klasse in Israel, sie sind billige Arbeitskräfte, nicht gleichgestellt vor dem Gesetz und werden systematisch in sozialen wie in ökonomischen Bereichen ihres Lebens unterdrückt. Israelische Institutionen, staatliche oder nicht-staatliche, entscheiden über Häuserbau, Wohnungen und in Gaza über Strom, Wasser, Rohstoffe. Checkpoints, stundenlange Kontrollen, Hausdurchsuchungen, Razzien oder Verhaftung stehen an der Tagesordnung, wenn man Palästinenser_in ist. Darum muss die Apartheidsmauer niedergedrückt werden und alle Freiheitsbeschränkungen müssen aufgehoben werden. Wir fordern die völlige Gleichstellung aller Menschen vor Ort und das Recht auf Rückkehr aller vertriebenen Palästinenser_innen. Grundlage dafür ist das vergesellschaftete Eigentum an Produktionsmitteln, Grundstücken, Fabriken, Büros und ebenso die gleichberechtigten Bereitstellung von Gesundheit, Bildung und Wohnen, koordiniert durch einen demokratischen Plan. Deshalb kämpfen wir für eine sozialistische Lösung, die auf dem gemeinsamen Besitz des Landes und aller wichtigen Produktionsmittel basiert.

4. Für ein vereinigtes säkulares, sozialistisches Palästina, mit Gleichheit für alle seine Bürger_Innen, israelische wie palästinensische, als Teil einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens. Für einen neuen arabischen Frühling!

Die Befreiung des palästinensischen Volkes und die Freiheit der Völker des Nahen Ostens von westlicher Herrschaft und Ausbeutung erfordern den revolutionären Sturz Israels als rassistischen Staat und seine Ersetzung durch einen einzigen bi-nationalen Staat, sowohl für sein palästinensisches als auch für sein israelisch-jüdisches Volk. Das bedeutet weder die Vertreibung der israelischen Bevölkerung noch ihre Zerstörung als Nation. Die „Zweistaatenlösung“ ist in Wirklichkeit tot. Ihre Anerkennung in Worten existiert als Feigenblatt für israelische Übergriffe. Für die USA und die westeuropäischen Staaten rechtfertigt sie die anhaltende Unterstützung Israels, und für reformistische Parteien wie die britische Labour ermöglicht

sie es, vermeintlich Gesicht zu bewahren vor ihrer muslimischen Wähler_innenschaft, ohne sich jedoch zum palästinensischen Widerstand zu bekennen. Es ist Aufgabe der Palästinenser:innen sowie der Arbeiter:innenklassen der umliegenden Länder den israelischen Staat zu stürzen. Letzteren kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sie sind es, die ihren Diktatoren und Herrschern entgegenzutreten müssen, denn weder die Assads noch die Khomenies, die Sisis oder die Erdogans dieser Region haben ein Interesse an einem befreiten Palästina. Es braucht ein Auflammen eines zweiten arabischen Frühlings, in welchem sich die Arbeiter_innen in den umliegenden Ländern gegen ihre Unterdrücker_innen organisieren und stürzen, die Grenzen nach Gaza öffnen und unter gemeinsamer Kontrolle Hilfsgüter und den Kampf vor Ort unterstützen.

5. Für die Schaffung einer unabhängigen Arbeiter_innenpartei Palästinas, die gestützt auf Gewerkschaften und regionale Komitees der Unterordnung der palästinensischen Linken unter Hamas und Fatah ein Ende bereitet!

Um für ein freies, säkulares und sozialistisches Palästina zu kämpfen, sowie für die davor genannten Forderungen, ist es notwendig die fortschrittlichsten Kräfte in einer Partei zu bündeln, die sich auf Räte und Komitees stützt, diese Forderungen durchsetzt und der Bewegung ein politisches Programm gibt. Mit dem Kampf für nationale Befreiung müssen hierbei soziale und ökonomische Forderungen der Arbeiter_innenklasse wie z.B. nach einem angemessenen Mindestlohn, nach Frauenrechten oder Rechten von LGBT+! Es braucht zudem einen Bruch mit der Politik der Hamas und Fatah. Beide haben sie oft genug gezeigt, dass sie keine Strategie haben, den Befreiungskampf zu gewinnen und dass ihnen die Interessen der palästinensischen Massen letztlich egal sind. Sie beweisen dies nicht zuletzt, indem sie, unter dem Deckmantel einer falschen Einigkeit, soziale Proteste niederschlagen, womit sie sich praktisch als Instrument der Besatzungsmacht erweisen. Wir stehen für die Interessen der Arbeiter_innen, kleinen Bäuer_innen, Jugendlichen und Frauen, die nicht nur gegen die zionistische Besatzung, sondern am Ende auch gegen die palästinensischen Kapitalist_innen durchgesetzt werden müssen!

In Deutschland

1. Sofortiger Stopp aller Waffenlieferung, Stopp der militärischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Unterstützung Israels! Weg mit den Kriegsschiffen vor Gazas Küste! Für gewerkschaftliche Aktionen zur Blockade von Kriegsgütern!

Die deutsche Rüstungsindustrie liefert schon seit langem mit Vorliebe Kriegsgüter an Israel. Eine Auswertung der statistischen Daten von 2011 bis 2022 ergibt, dass Israel auf Platz vier aller Staaten ist, in die Deutschland Waffen exportiert. Seit dem Kriegsausbruch sind diese Zahlen noch einmal explodiert: Im Vergleich zum Vorjahr hat sich schon jetzt das Volumen an Rüstungsexporten mehr als verzehnfacht! Es ist einerseits eine grauenhafte Vorstellung, wie sich deutsche Konzerne an dem Morden in Palästina bereichern. Andererseits werden diese Lieferungen auch durch Steuergelder gefördert, denn die Unterstützung von Ordnungsmächten wie Israel und die Aufrechterhaltung der Verhältnisse von halbkolonialer Abhängigkeit und Ausbeutung durch den Imperialismus ist deutsche „Staatsräson“. All das zu verhindern, ist unsere beste Chance hier in Deutschland dem Krieg in Palästina entgegenzutreten und internationale Solidarität praktisch werden zu lassen. Die Arbeiter_innen in der Logistik und in der Rüstungsindustrie haben kein Interesse an der Unterdrückung ihrer Klassengeschwister in Palästina. Sie müssen zu Streiks, Blockaden und Protestaktionen gewonnen werden!

2. Schluss mit der Kriminalisierung des Befreiungskampfes! Keine Verbote von Demos mehr und Aufhebung der Verbote von Samidoun, PFLP, Hamas und PKK!

Während AfD, holocaustleugnende Nazis oder antisemitische Querdenker_innen unter Polizeischutz ihre Ideologie auf die Straße tragen durften, wurden Solidaritätsdemos und Gedenkveranstaltungen mit den Opfern des Krieges in Palästina reihenweise verboten. Dort wo sie stattfinden, geht dies mit Schikanen der Polizei einher: Menschen werden geschlagen, verhaftet und angezeigt. Wir haben schon länger an der Repression gegen die kurdische Freiheitsbewegung gesehen, wie der

deutsche Staat seine außenpolitischen Interessen auch z. B. mit dem Verbot der PKK ins Innere übersetzt. Nun werden ebenso die Organisationen des palästinensischen Widerstands mehr und mehr verboten: ob links, so wie Samidoun oder PFLP oder religiös-fundamentalistisch wie die Hamas. Auch wenn wir viel Kritik an diesen Gruppen haben, ihre Ideologien nicht teilen und ihre Taktiken ablehnen, stellen wir uns gegen ihr Verbot durch den deutschen Staat. Eine Überwindung der reaktionären Führung des Widerstandskampfes in Gaza wird nur als Teil dieses Kampfes möglich sein, nicht durch staatliche Repression von Israel oder Deutschland.

3. Weg mit dem Kuffiyah-Verbot in den berliner Schulen! Mitbestimmung von Schüler_innen und Lehrer_innen über die Behandlung des Kriegs statt Senatsvorgaben!

Während auf der Staat auf der einen Seite das „Selbstverteidigungsrecht“ Israels, d.h. den Angriff auf Gaza als zentrale Botschaft des Schulunterrichts vorgibt, wird auf der anderen Seite im Namen einer vermeintlichen „politischen Neutralität“ den Schüler_innen eine eigenständige Stellungnahme verwehrt. Dies drückt sich auf symbolischer Ebene z.B. in dem Verbot aus, eine Kuffiyah zu tragen. Eine Kleidervorschrift, die, ausgedehnt auf weitere arabische Tücher, gleichzeitig einen rassistischen Charakter trägt, weil sie auch politisch unbeteiligte Schüler_innen trifft, die das Tuch einfach aus kulturellen Gründen tragen.

4. Abschiebestopp jetzt! Gegen den heuchlerischen Vorwand des Antisemitismus' für eine rassistische Asylpolitik! Bildet antirassistische Selbstverteidigungskomitees gegen Angriffe von Bullen und Faschos!

5. Offene Grenzen und Staatsbürger_innenrechte für alle, die vor Krieg, Armut und Klimaschäden flüchten!

Wir können gerade bezeugen, wie in Europa das Recht auf Asyl systematisch ausgehebelt und abgeschafft wird. Fluchtwege werden blockiert, Grenzkontrollen werden verstärkt und auch innerhalb des Schengen-Raums eingeführt, Geflüchtete werden in überfüllte Lager gepfercht und in Krieg

und Krisen abgeschoben. Vorschläge ein Bekenntnis zum Staat Israel zur Bedingung für eine Einbürgerung zu machen oder die Ankündigung, dass vermeintlich antisemitische Geflüchtete „endlich im großen Stil“ abgeschoben werden müssten sind ein zynischer Versuch, diese Absage an grundlegende Menschenrechte in eine moralisch positives Licht zu rücken. Wir stellen dem die Forderung nach Bewegungsfreiheit für alle entgegen! Im Kampf dafür ist es notwendig, dass sich die Gewerkschaften endlich öffnen und die gewerkschaftliche Organisierung der Geflüchteten voranbringen!

Unser Senf zum Bautz'ner Appell!

von Joseph F., April 2026, 4 Minuten

Anmerkungen zum Schreiben von Genoss:innen der Verbandslinken in der Linksjugend Solid

Als REVOLUTION schreiben wir diesen Kommentar aus einer revolutionären und ausdrücklich wohlwollenden Perspektive. Wir verfolgen die Vorgänge in der Solid' mit großem Interesse und sind zum Teil selbst in ihren Strukturen aktiv. Wir sympathisieren klar mit den internationalistischen und revolutionären Strömungen innerhalb der Linksjugend und arbeiten stetig und gerne mit ihnen zusammen.

Zur Verbandslage und zur programmatischen Einheit

Für keine Organisation dürfte es leicht sein, einen so großen Mitgliederzuwachs wie den der Linksjugend im letzten Jahr strukturell zu verarbeiten. Verbandslinke, die eine Vorstellung tendenziell wirklich

revolutionärer Politik haben, fällt hier die schwere Aufgabe zu, ihr revolutionäres Selbstbewusstsein auf die neuen Mitglieder zu übertragen. Neumitglieder, die dank der Programmlosigkeit, Führungslosigkeit und der sich durchaus widersprechenden Positionen der verschiedenen Ortsgruppen, Landesverbände und Bundesebene gar nicht wissen, für was genau oder warum sie eigentlich kämpfen.

Aus den verschiedenen Analysen der Unterverbände jetzt eine gemeinsame Handlung abzuleiten, hat sich als organisatorischer Alptraum erwiesen. (versucht mal Zionist:innen und Antiimperialist:innen zu einer gemeinsamen Kampagne zu bewegen).

Besonders deutlich zu sehen ist dies an dem enormen, aber nicht ausgeschöpften Potenzial der Solid' in der Schulstreikbewegung. Dezentral, auf wenige Orte begrenzt und ohne gemeinsames Ziel, verläuft die Arbeit in den Schulstreikgremien ohne die Perspektive, Schüler:innen für die Linksjugend oder überhaupt für den revolutionären Kampf gegen Wehrpflicht und Militarisierung zu gewinnen.

Das im Bautz'ner Appell verfolgte Ziel einer programmatischen Einheit bietet die Möglichkeit einer gemeinsamen Analyse, an der sich Taktik ohne zweihundert verschiedene Vermittlungsgremien ableiten lassen könnte, auf die sich eine bewusste Mitgliedschaft immer berufen kann. Natürlich sollte dieses Programm (im Sinne der Appellierenden) einen revolutionären sozialistischen Charakter haben. Wir unterstützen diesen Prozess deswegen ausdrücklich und freuen uns, dass sich die Dynamik in der Linksjugend nun auch in programmatischen Fragen äußert.

Die Demokratisierung der Satzung, Verantwortlichkeits- und Rechenschaftsverpflichtungen, und eine Umstrukturierung, die auf Schlagkräftigkeit abzielt, ist folgerichtig und wichtig.

Was für ein Traum es wäre, wenn eine geeinte Solid' mit tausenden aktiven Mitgliedern gemeinsam koordinierte Kampagnen fahren könnte.

Einheitlich reformistisch?

Eine geeinte Solid', ja! Eine Solid', die finanziell und administrativ unabhängig von der Linkspartei ist, ja! Ein Solid' mit einem revolutionären Programm und Praxis, ja ja ja! Ob sie sich dann aber überhaupt noch als die Jugendorganisation der PdL bezeichnen könnte (oder sollte), müssen wir diskutieren.

Die Partei Die Linke ist eine reformistische Partei. Wenn die Solid' es schaffen sollte, sich vom Reformismus und dem zersetzenden Pluralismus zu emanzipieren, braucht es eine neue Perspektive.

Eine Umstrukturierung der Solid' zu nutzen, um mit revolutionär-sozialistischen Inhalten in die Partei hineinzuwirken, würde vom Vorstand und der Verbandsrechten sicher nicht mit Freude begrüßt werden. Alleine die Verteidigung ihrer fortschrittlicheren Palästina-Position von der Linksjugend wird von der Parteibürokratie mit allen Mitteln des Apparates und der Presse bekämpft.

Ob die Solid' als Ganzes dann einen "revolutionären Bruch" mit der PdL vollzieht (Ja - das ist ein großes „Unwort“), oder sogar dass sich die PdL kurzerhand von ihrer aufmüpfigen Jugend trennt, sind im Falle eines Erfolgs der Bautzner Bestrebung plausible Szenarien. Auch darüber müssen wir gemeinsam diskutieren und überlegen, wie wir von dem Aufbau eines revolutionär-sozialistischen Flügels in der Linksjugend, zu einer revolutionären Jugendorganisation und dem Aufbau einer echten sozialistischen Arbeiter:innenpartei gelangen. Die im Appell vorgeschlagenen Termine zur gemeinsamen Diskussion sind wichtig und ein wertvoller erster Schritt - Es müssen aber auch Taten folgen. Es braucht eine gemeinsame Plattform, eine geeinte Fraktion, um die sich eine koordinierte Arbeit auf Basis-, Landes- und Bundesebene orientieren kann. Die Praxis wächst mit ihrem Programm und das Programm mit ihrer Praxis. Lasst uns die Möglichkeit ergreifen, beispielsweise gemeinsam in die Schulstreikbewegung zu wirken und darum herum den Kampf in der Linksjugend aufzubauen! So könnten sich Jugendliche direkt im Rahmen dieser Plattform organisieren und von dort den geschlossenen Kampf gegen Kapitalismus, wie auch gegen

reformistische Hoffnungslosigkeit, aufnehmen.

Jetzt erstmal auf!

Also, wir küssen erstmal das Herz der Verbandslinken für ihre Ideen (wirklich)! Ohne einheitliches Handeln durch eine revolutionäre Programmatik und der daraus abzuleitenden Praxis werden wir ewig im Kapitalismus vergammeln. Der Bautz'ner Appell ist mehr als unterstützenswert und eine wichtige Initiative. Aber nicht nur Bundeskongressbeschlüsse bringen uns nach links. Wichtig ist auch die Arbeit in den Palästinasolidarischen LAGs und BAGs, in den Schulstreikkomitees und an diversen anderen Kampferten. Revolutionäre Praxis kann einem Programm vorangehen und wir müssen und sollten nicht bis November warten, Antikapitalismus in die Schulstreikbewegung einzubringen, die Verbindungen von Sexismus und Militarisierung, Rassismus und Kürzungen aufzuzeigen. Damit eben nicht nur aus der Solid', sondern aus zehntausenden streikenden Schüler:innen revolutionäre Kräfte werden können!

Wahl in Ungarn: Peter Magyar, der Orbán der EU?

Von Jona Everdeen, April 2026, zuerst Erscheinen bei Gruppe Arbeiter:innen Macht, Lesezeit 12 Minuten

Was Umfragen schon länger vorhergesehen haben, ist tatsächlich geschehen, Viktor Orbán und seine Partei Fidesz haben die Wahl in Ungarn gegen Péter Magyar's TISZA (Tisztelet és Szabadság Párt; Respekt- und Freiheitspartei) verloren. Bei vielen sorgte das für Freudensprünge, in Ungarn aber auch in ganz Europa. Die Spitzenkandidatin Der Linken Berlin, Elif Eralp, versuchte, den Sieg Magyar's gar für ihren Wahlkampf zu nutzen, indem sie auf

Instagram verkündete: „Die Zukunft ist änderbar! Metropolen wie Berlin und Budapest müssen Zentren der Zivilgesellschaft, Vielfalt und Solidarität werden“. Doch was bedeutet Magyar's Wahlsieg eigentlich, wird Ungarn jetzt zu einer linken oder fortschrittlichen Hochburg? Wohl kaum.

Die Wahl - wie konnte Magyar gewinnen?

Die historische Wahlbeteiligung von 80 Prozent zeigt, dass diese Wahl in Ungarn tatsächlich als eine entscheidende gesehen wurde. Und das Wahlergebnis, 52,1 Prozent für TISZA bei nur 39,5 Prozent für Fidesz, zeigt, dass tatsächlich eine deutliche Mehrheit in Ungarn Veränderungen suchte. Besonders bemerkenswert ist das auch darum, weil die Orbán's Partei seit 2010 alle Wahlen mit 45-54 % der Stimmen deutlich gewinnen konnte und jetzt im Vergleich ein Drittel ihrer Stimmen verlor.

Gründe dafür sind wohl erstrangig in der wirtschaftlichen Situation zu suchen. Nachdem die ungarische Ökonomie 2010 noch massiv von der globalen Rezession getroffen worden war, wuchs sie von 2013-2020 stetig, teilweise sehr stark (2018: + 5,61 %, 2019: + 5,09 %). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Ungarn sehr günstige Investitions- und Ausbeutungsbedingungen für westeuropäische imperialistische Konzerne (besonders stark der deutschen Autoindustrie) bot. Dies ermöglichte daher auch eine gewisse soziale Basis der Fidesz-Regimes, das sich darüber hinaus ironischerweise auch aus den EU-Subventionen, die damals noch flossen, nährte.

Doch die Lage änderte sich in diesem Jahrzehnt, zuerst mit dem tiefen Einbruch infolge der Pandemie. Danach aber vor allem aufgrund der Krise in Europa im Zuge des Ukrainekriegs. Faktisch folgt Ungarn dem deutschen Konjunkturzyklus - allerdings mit dem Unterschied, dass das halbkoloniale Land viel stärker von Stagnation und Niedergang betroffen wurde. So betrug die Inflationsrate in Ungarn 2013 offiziell 14,62 %, 2014 gar 17,14 %.

Diese führte zu einer massiven Ausweitung der Armut, vor allem unter

Rentner:innen (39 %) und bei der Landbevölkerung, die traditionell eine starke Wähler:innenbasis der Fidesz bildete. Außerdem sind rassistisch unterdrückte Roma mit 75 % besonders stark betroffen.

Ungarn gilt aktuell als eines der ärmsten Länder der EU, und dazu als das korrupteste. Und während in Zeiten relativen Wirtschaftswachstums die Korruption der Orbán'schen Clique noch ignoriert werden konnte, wurde sie nun von vielen als Problem erkannt. Das mag auch in ein gewisses Zusammenhang stehen zur Entwicklung in der Region. So gab es im südlichen Nachbarland Serbien 2024-25 eine riesige Bewegung gegen das korrupte Regime des Präsidenten Vučić, sowie Ende 2025 Massenproteste in Bulgarien, in denen auch Korruption eine Rolle spielte. Ungarn wies immer offensichtlicher die klassischen Charakteristiken eines Staatsapparates auf, den die herrschende Partei als Selbstbedienungsladen auf Kosten der Gesellschaft plünderte. Während sich Orbáns engster Zirkel maßlos bereicherte, sanken die Lebensbedingungen der Massen und die Infrastruktur des Landes verfiel zusehends. Diese Mischung sorgte dann dafür, dass selbst im zuvor eingeschweißten Fidesz-Lager Risse aufkamen und sich nach Alternativen umgesehen wurde. Und Péter Magyar schien dafür der geeignete Mann.

Wer ist Péter Magyar?

So war Magyar selbst bis 2024 Teil von Fidesz, trat dann jedoch im Zuge eines Skandals aus der Partei aus und inszenierte sich seitdem als Abtrünniger, der aber noch in der Tradition des „guten alten Fidesz“ gesehen werden kann. Seine Agitation war entsprechend einfach „Fidesz ist unfähig und korrupt geworden, wir brauchen einen Neuanfang“. Ein klarer Angriff gegen Orbán, jedoch nicht direkt gegen dessen konservativ-nationalistische Ideologie. So brach Magyar mit dieser keineswegs.

Magyar war jahrelang ein Parteigänger von Fidesz, trat aber relativ wenig öffentlich in Erscheinung. An Fidesz kritisierte er, dass sie sich zu wenig um die „normale“ Bevölkerung Ungarns kümmere und stattdessen zu sehr mit internationaler Politik und ideologischen Fragen beschäftigte. Magyar

übernahm vor den Europawahlen 2024 faktisch die bis dahin unbedeutende konservative Partei TISZA, weil für ihn und seine Gefolgsleute nicht genug Zeit blieb, eine neue Organisation anzumelden und zu gründen.

Er gibt seine Partei besonders „unideologisch“, verspricht ein „funktionales und humanes Ungarn“. „Nicht links, nicht rechts, nur Ungarn“ lautete ein immer wiederkehrendes TISZA-Motto im Wahlkampf.

Das hinderte die Partei freilich nicht, sich im europäischen Parlament 2024 der EVP anzuschließen, also dem traditionellen rechten konservativen Lager.

Anders als die bisherigen ungarischen Oppositionsparteien oder Blöcke vermieden es Magyar und die TISZA-Führung, die im Wesentlichen aus seinen Gefolgsleuten besteht, sich als offen prowestlich zu präsentieren. Auch äußerte er sich gezielt nicht zum LGBTIA+-Thema, um konservative Wähler:innen nicht zu verschrecken.

Stattdessen setzte er auf eine Art Neopopulismus gegen den alten Populismus und zu guten Teilen auch darauf, dass andere Teile der Opposition, wie Linksliberale und Sozialdemokrat:innen, größtenteils bereit waren, jede/n zu unterstützen, der/die Aussichten haben könnte, Orbán endlich zu besiegen.

Hinsichtlich Migration und Rassismus setzte TISZA von Beginn an auf Kontinuität der Fidesz-Politik. Sie beharrt weiter auf einer extrem repressiven Einwanderungspolitik, ja teilweise wurde Orbán sogar dafür kritisiert, dass er legale Arbeitsmigration zu sehr fördere.

Während Orbán im Wahlkampf auf rechte Unterstützung aus den USA oder Deutschland, Vance und Weidel, setzte und sich offen mit Putin gegen die Ukraine stellt, drehte Magyar den populistischen Spieß gewissermaßen um. Er beschuldigte Orbán, die Verbindung zu den „echten“ Ungar:innen verloren zu haben, diese zugunsten außenpolitischer Eskapaden und unnützer Konflikte mit der EU, die Ungarn dringend benötigte Milliarden Euro kosteten, aufzugeben. Außerdem konnte er leicht darauf verweisen, dass sich die Fidesz-Oberen maßlos bereicherten, alle Institutionen des Landes wie Medien und Gerichte kontrollierten, während ihre Basis nicht

mehr wusste, wie sie ihre Lebenshaltungskosten bestreiten konnte.

TISZA hingegen würde sich auf Ungarn, auf die Nation konzentrieren, die Wirtschaft mit marktwirtschaftlichen Reformen von Orbáns Misswirtschaft „befreien“. Außerdem wurden auch einige Sozialmaßnahmen versprochen, die aus den EU-Töpfen finanziert werden sollen, die in den letzten Jahren eingefroren worden waren. Ob das reichen wird, um auch nur eine spürbare Erleichterung zu bringen, mag getrost bezweifelt werden.

Schließlich sollte sich niemand über die klare ökonomische Ausrichtung an den Interessen des westlichen Finanzkapitals und der ungarischen Privatwirtschaft hinwegtäuschen. Auch wenn vieles bezüglich der zukünftigen Politik von TISZA unklar sein mag, so sind einige Punkte auch klar (neben einer Fortsetzung rassistischer Migrationspolitik). Ein Festhalten an den arbeiter:innenfeindlichen und antigewerkschaftlichen Gesetzen, die unter Fidesz durchgesetzt wurden. Das zeigen auch schon wichtige Personalentscheidungen.

István Kapitány, ehemals Top-Manager von Shell, gilt als der Experte der Partei für wirtschaftliche Entwicklung und Energie. Anita Orbán (nicht verwandt mit Viktor Orbán) war einst leitende Beraterin des US-amerikanischen LNG-Exporteurs Cheniere und Fidesz-Sonderbotschafterin für Energiesicherheit. Jetzt soll sie Außenministerin werden. Verkauft werden solche Personalentscheidungen als Bruch mit der „Vetternwirtschaft“ unter Fidesz, die inkompetente Politiker:innen bevorzugt hätte, während TISZA „ideologiefrei“ auf „Expert:innen“ setzen würde.

Das Ende des Orbán'schen Regimes?

Orbán selber und seine Fidesz sind besiegt, zumindest einmal fürs Erste. Ob Orbán selber versuchen wird, ein Comeback zu starten, oder abtritt und versucht, eine/n Nachfolger:in mit aufzubauen, das wird sich die nächsten Jahre zeigen. Und genauso wird sich auch zeigen, inwiefern das von ihm initiierte System nun tatsächlich abgebaut wird. So hat Orbán mit seiner Zweidrittelmehrheit die letzten 16 Jahre immer weiter versucht, das Land so umzuformen, dass die Macht seiner Partei zementiert wird, de facto ein

bonapartistisches System, gestützt auf eine rechtspopulistische Ideologie, zu etablieren. Insbesondere die Macht der Justiz sowie die Medienvielfalt bemühte er sich einzuschränken. Dazu gelang es ihm, dafür zu sorgen, dass fast alle großen Medien in die Hände seiner Unterstützer:innen kamen. Lange konnte er damit erfolgreich die Opposition klein halten.

Doch wie oben beschrieben, endete das nun. Die Unzufriedenheit war zu groß, als dass die konservativ-nationalistische Ideologie noch ziehen konnte. Durch Fokus auf seinen Social-Media-Auftritt konnte Péter Magyar die Medienkontrolle von Fidesz kontern. Theoretisch hat TISZA nun die nötige Zweidrittelmehrheit in der Hand, um Orbáns autokratischen Staatsumbau abzuwickeln.

Und gewisse Maßnahmen werden wohl auch passieren. Erstens, weil das eine Vorbedingung für EU-Gelder ist, die Magyar dringend braucht, um seine Versprechen zumindest zum Teil umzusetzen. Hinzu kommt, dass TISZA auch ein Eigeninteresse hat, alle Maßnahmen zurückzunehmen, die Fidesz-Leute im Amt halten und ihnen erlauben, gegen die neue Regierung zu agieren.

Allerdings zeigt das Beispiel der US-Demokrat:innen, dass eine etwas liberalere bürgerliche Regierung nicht zwingend die vorherigen Angriffe einer reaktionären zurücknehmen muss, zumal wenn sich einige der autoritären Veränderungen auch zugunsten von TISZA nutzen lassen. Der Kampf um demokratische Freiheiten wird in den Händen der ungarischen Massen liegen und niemand sollte sich dabei auf Magyar verlassen - schon gar nicht die rassistisch Unterdrückten (Migrant:innen, Roma, andere nationale Minderheiten), Frauen, die LBGTIA+-Community, oder wenn es um die Rechte der Lohnarbeiter:innen geht.

Auch wird Péter Magyar sicher nicht die ungarische Bourgeoisie, die die letzten 16 Jahre mehrheitlich Orbán unterstützte, vor den Kopf stoßen. Vermutlich wird er im Gegenteil versucht sein, die liberale proeuropäische Bourgeoisie, auf die er sich stützte, und die konservative EU-kritische Bourgeoisie, die fest hinter Fidesz stand, miteinander zu versöhnen. Ob ihm das gelingt, ist fraglich, aber dass er den Orbánklüngel gänzlich entmachtet, ist von Magyar nicht zu erwarten.

Vor allem aber ist es nicht besonders realistisch, dass es der neuen Regierung gelingt, das Ruder in der Wirtschaft herumzureißen, da die Ursachen in erster Linie in der Krise der EU und des Kapitalismus zu suchen sind. Aber Péter Magyar wird das Schicksal Ungarns wesentlich stärker an die EU binden. Das könnte langfristig auch eine Neuaufstellung und Wiederwahl von Fidesz ermöglichen.

Ein Sieg für die EU

Die Hauptgewinner:innen der Wahl in Ungarn sind sicherlich die EU und die westeuropäischen Imperialist:innen, angeführt von Deutschland und Frankreich. Mit der Abwahl Orbáns fällt die Regierung, die den zentralen Mächten des Projekts EU der größte Dorn im Auge war, und wird ersetzt durch eine Regierung, die für eine stärkere Anbindung an die EU steht.

Einerseits verliert damit Russland seinen klarsten Verbündeten innerhalb der EU. So blockierte Ungarn in jüngerer Zeit erst neue Sanktionen gegen Russland und Hilfen für die Ukraine. Wie weit der Kurswechsel geht, ist jedoch unklar. 2024 stimmte auch TISZA im EU-Parlament gemeinsam mit Fidesz gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Grundsätzlich wird Magyar die Ukrainefrage nutzen, um zu manövrieren und die EU-Politik unterstützen, sofern der Preis dafür stimmt.

Eine deutlichere Niederlage markiert die Wahl in Ungarn für den US-Imperialismus. Wie wichtig ein Machterhalt Orbáns dem trumpistischen US-Imperialismus war, zeigt, dass Trumps Vize J. D. Vance eigens nach Ungarn reiste, um Orbán beim Wahlkampf zu unterstützen, ohne Erfolg. In ihrem jüngsten Strategiepapier bezeichnete die Regierung Trump explizit eine Zersplitterung der EU als angestrebtes Ziel. Ein zentrales Element dessen war es, auf EU-kritische rechtspopulistische Kräfte in Osteuropa zu setzen. Und die zentralste dieser Kräfte war Orbáns Fidesz. Gleichzeitig zu der Distanzierung vieler westeuropäischer EU-Länder im Zuge des Irankriegs, ganz deutlich in Form von Spanien, aber auch weniger stark durch Frankreich, Britannien und sogar Italien, verliert die USA nun auch hier an Boden auf dem europäischen Kontinent.

Die imperialistischen Großmächte der EU, Deutschland und Frankreich, konnten in den letzten Jahren insgesamt ihren „Hinterhof“, Osteuropa, verteidigen bzw. nun sogar festigen. Nach dem Wahlsieg Donald Tusks 2023 in Polen konnte die EU auch die Machtübernahme rechtspopulistischer EU-kritischer Kräfte in Rumänien und Bulgarien verhindern. Ein Zerbrechen der EU wird so für die nächste Zukunft unwahrscheinlicher, auch wenn die strukturellen Probleme der EU eine verbündete Regierung in Budapest nicht lösen wird, selbst wenn sie sowohl den Einfluss der USA als auch Russlands zurückwirft.

Und auch für Ungarn selber wird die Annäherung an die EU keine erstrangigen Veränderungen bringen. Zwar steht in Aussicht, dass das Land in Zukunft im größeren Maße EU-Gelder erhalten könnte, die aufgrund von Orbáns Justizreformen in den letzten Jahren zurückgehalten wurden, jedoch sind größere Investitionen aus den imperialistischen EU-Ländern weniger aus politischem Willen ausgeblieben denn aus wirtschaftlicher Krise. Und an der ändert eine neue Regierung in Budapest nichts. Entsprechend können auch die ungarischen Arbeiter:innen nicht erwarten, dass sich unter Magyar und TISZA ihre Lebensbedingungen signifikant verbessern im Vergleich zu Orbán und Fidesz. Und auch ob die Situation für sozial Unterdrückte, insbesondere die LGBTIA+-Community, besser wird, oder sie dem Buhlen um Unterstützung durch konservative Schichten geopfert werden, bleibt abzuwarten.

Was braucht es eigentlich?

Die Wahl brachte auch die tiefe Krise der Linken und der Arbeiter:innenklasse in Ungarn zum Ausdruck. Eine nennenswerte Kraft der Arbeiter:innen gab es nicht. Die wenigen, selbst schon marginalisierten Kräfte, ordneten sich Magyar zumeist unter mit dem „höheren Ziel“, Orbán zu besiegen. Die sozialliberale DK (Demokratikus Koalíció; Demokratische Koalition), eine offen bürgerliche Partei, die sich 2011 unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány von der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) abspaltete, trat zwar bei der Wahl an, erhielt aber gerade einmal 1,2 Prozent der Stimmen. Für uns jedoch ist klar, dass

eine Wahl zwischen Fidesz und TISZA nie mehr als eine Wahl zwischen zwei bösen Alternativen gewesen ist und wir ganz grundsätzlich keines der beiden Übel wählen konnten!

Daher rufen wir dazu auf, dass sich die Kräfte der Lohnabhängigen, der Jugend, der Unterdrückten in Ungarn um den Aufbau einer Kampfpartei der Arbeiter:innenklasse bemühen. Die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die bei dieser Wahl Magyar unterstützten, müssen wir für einen Bruch mit TISZA agitieren. Diese müssen ein Programm vertreten, das gegen die proimperialistische Politik beider Lager sowie generell Politik im Interesse internationaler wie nationaler Bourgeoisien kämpft, und für ein Ungarn, in dem nicht ein prorussischer Bonapart oder ein proeuropäischer Liberaler regiert, sondern Räte der Arbeiter:innen.

Wie überall in Osteuropa ist nach dem Zusammenbruch der degenerierten Arbeiter:innenstaaten vor inzwischen 35 Jahren auch in Ungarn die Linke noch immer sehr schwach, selbst im Verhältnis zum ebenfalls nicht gerade rosigen Westeuropa. Jedoch ist dies ein Zustand, der geändert werden muss und auch geändert werden kann, wenn Revolutionär:innen in Ungarn ein konsequentes revolutionäres Programm an Arbeiter:innen und Jugendliche herantragen, in die Kämpfe von Gewerkschaften wie sozialen Bewegungen intervenieren und aufzeigen, was es zum Sieg braucht. Und das ist nicht die Wahl eines proeuropäischen Populisten, was Frau Erlep von Der Linken eigentlich auch klar sein sollte.

Wehrpflicht in Kroatien und Aufrüstung auf dem Balkan - für

eine europaweite Bewegung gegen Militarismus!

Yorick F., März 2026, 5 Minuten Lesezeit

Seit Januar 2026 herrscht in Kroatien wieder die Wehrpflicht. Vergangene Woche wurden die ersten 800 Rekrut:innen eingezogen und in Kasernen gesteckt, um die nun verpflichtende Grundausbildung von mindestens 2 Monaten zu absolvieren, also um zu lernen, wie sie im Interesse ihrer herrschenden Klasse ihre Klassengeschwister erschießen sollen, von denen sie nur die Staatsbürgerschaft eines anderen Staates trennt. Der Wehrdienst ist zunächst „nur“ für Männer zwischen 18 und 29 verpflichtend und für Frauen freiwillig.

Diese Einführung der Wehrpflicht geht einher mit einer allgemeinen Aufrüstung in Kroatien in enger Partnerschaft mit dem deutschen Imperialismus. So kaufte zuletzt der kroatische Präsident Zoran Milanović über 40 Leopard-Panzer in Berlin für die Streitkräfte.

Der Verteidigungsminister Ivan Anušić von der nationalkonservativen Regierungspartei HDZ (Hrvatska demokratska zajednica - Kroatische Demokratische Gemeinschaft) begründete dies v. a. mit einem Verweis auf den Krieg in der Ukraine und die damit „veränderte Bedrohungslage“.

Blockbildung und Militarisierung auf dem Balkan

Neben dem Ukrainekrieg werden auch Spannungen mit den Nachbarn auf dem Balkan als Teil dieser veränderten Bedrohungslage genannt. Die Völker und die Länder des Balkans wurden schon seit Jahrhunderten von den Großmächten gegeneinander ausgespielt. Heute geschieht dies sowohl innerhalb und durch die EU und durch einzelne dominierende EU-Staaten als auch durch andere Großmächte wie die USA, die Russische Föderation oder China.

Durch eine sehr ähnliche Stellung innerhalb bzw. zu der EU stehen die Balkanländer in einer stetigen Konkurrenz miteinander. Sie alle befinden sich in einer halbkolonialen abhängigen Stellung zu imperialistischen Staaten. Deutschland, Italien oder Österreich dienen sie v. a. als Produktionsländer mit niedrigem Lohn und als Lieferanten von billigen, oft halblegalen Arbeitskräften, andere als Absatzmärkte oder Militärbasen.

Kroatien und Serbien nehmen dabei eine gesonderte Stellung ein, beide haben selbst auch einen Führungsanspruch, der sich nach dem Zerfall Jugoslawiens in den Jugoslawienkriegen ausdrückte. Auch heute sind die Beziehungen zwischen beiden Staaten rassistisch und nationalistisch aufgeladen. Dies wird von den imperialistischen Staaten ausgenutzt und gefördert.

So wurde Kroatien mit Slowenien als einer der ersten Staaten aus Ex-Jugoslawien vom Westen anerkannt und war der erste Staat, in den westliches, vor allem deutsches, Kapital floss, während Serbien historisch an Russland orientiert ist und enge Beziehungen zu ihm pflegt, auch wenn diese im Zuge des Ukrainekrieges immer mehr auf dem Prüfstand stehen.

Kroatien dagegen ist schnell in die EU aufgenommen worden, während Serbien mit den anderen Ländern des Westbalkans seit vielen Jahren hingehalten wird.

Derzeit gibt es allerdings einen Konflikt mit der Slowakei und Ungarn um die Insel Krk. Diese gehört zu Kroatien und über sie führt die sog. Adria-Pipeline, durch welche u. a. russisches Gas und Öl nach Osteuropa fließen, welches Kroatien aktuell nicht durchlässt. Diese Pipeline läuft auch nach Serbien, was den größten serbischen Energiekonzern, welcher sich mehrheitlich in russischer Hand befindet und aktuell von diversen westlichen Sanktionen betroffen ist, auch entscheidend betrifft.

Zudem pflegt Kroatien ein Militärbündnis mit Albanien und dem Kosovo, dessen Loslösung von Serbien von diesem nicht anerkannt wird. Kosovo wird zwar einerseits von den USA und der EU militärisch und politisch kontrolliert (wie Bosnien-Herzegowina), was wir als Sozialist:innen verurteilen,

allerdings war die Trennung der Kosovar:innen von Serbien vollaufberechtigt aufgrund der rassistischen und nationalistischen Unterdrückung von Albaner:innen innerhalb Serbiens.

Im Zuge der globalen Krise und sich immer weiter polarisierender Blockbildung spitzt sich auch der Konflikt zwischen Serbien und Kroatien aktuell weiter zu. So propagierte Serbiens Präsident Vučić öffentlich, dass es notwendig sei, aufzurüsten, und dass ein kroatischer Angriff bevorstehe und dieser nur eine Frage der Zeit sei. Laut Vučić spekuliere Kroatien auf einen eskalierenden Konflikt zwischen der NATO und Russland und nannte die Wiedereinführung der dortigen Wehrpflicht als konkrete Bedrohungslage, gegen die es aufzurüsten gälte. Diesen Worten lässt Vučić dabei durchaus Taten folgen: So bestätigte Vučić am 12.03.2026, dass Serbien mehrere chinesische Hyperschallraketen erworben hätte, wofür es von China laut Vučić auch einen Preisnachlass gegeben habe.

Pushbacks und Aufrüstung der Festung Europa

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist auch an einer allgemeinen Aufrüstung der EU zu sehen, sowohl im Kontext der imperialistischen Blockbildung und der Vorbereitung auf einen interimperialistischen Krieg als auch als Konjunkturprogramm für die in der Krise steckenden EU-Staaten. Ein integraler Teil hiervon ist der Rechtsruck innerhalb der EU.

In Kroatien findet dieser unter anderem seinen Ausdruck durch die Popularität des Sängers Marko Perković, welcher sich positiv auf die Ustascha, die kroatische faschistische Bewegung während des Zweiten Weltkriegs, bezieht. Die Staatsregierung unterstützte dessen Auftritt in Zagreb gegen den Willen des dortigen Bürgermeisters.

Ein zentraler Ausdruck dieses europaweiten Rechtsrucks ist der erstarkende Rassismus innerhalb der EU und das Hochfahren ihres Abschiebe- und Abschottungsregimes. Kroatien spielt dabei als EU-Grenzland eine zentrale Rolle. An der Grenze zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina, welche

eine der längsten EU-Außengrenzen ist, finden regelmäßige, nach internationalem Recht illegale, brutale Pushbacks durch die kroatische Polizei statt. Die Aufrüstung Kroatiens dürfte damit auch ein wichtiger Teil der Aufrüstung der EU-Außengrenzen zur rassistischen Abschottung sein.

Für eine europaweite Bewegung gegen Militarismus!

Gegen die Aufrüstung auf dem Balkan sowie in ganz Europa helfen keine Bewegungen, welche jeweils (wenn überhaupt) nur den Militarismus eines Staates, womöglich noch eines anderen und nicht des „eigenen“ angreifen. Rein praktisch stellt sich diese Frage v. a. auch für die vielen jungen Menschen, die mehrere Staatsbürgerschaften haben. Es braucht eine europaweite koordinierte Bewegung der Arbeiter:innenklasse und der Jugend gegen die europäische Aufrüstung, Kriegspropaganda und die Abschiebe- und Abschottungspolitik. Die Bewegungen gegen die Wehrpflicht in Deutschland und Österreich sind dabei gute Ausgangspunkte. Sie werden jedoch auch nicht konsequent gegen die „eigene“ Wehrpflicht kämpfen können, wenn sie dies nicht mit einem Kampf gegen den Militarismus europaweit verbinden. Schließlich hängen auch die europäische Kriegsindustrie und ihre Militarisierung untrennbar über Ländergrenzen hinweg miteinander zusammen. Um so eine internationale Bewegung aufzubauen, braucht es v. a. eine europaweite strategische Debatte zur Schaffung und Koordination einer solchen Bewegung.

Das Ziel darf dabei nicht nur der Kampf gegen den Militarismus, sondern muss der gegen das Europa des Kapitals und für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa sein.

Von Clara Zetkin bis Heute: Wer gegen Krieg Kämpft muss auch gegen Frauenunterdrückung kämpfen!

Von Simon Says, März 2026, Lesezeit 6 Minuten

Wir schreiben den 26. März 1915 in Bern, der erste Weltkrieg tobte seit 7 Monaten und Kommunistinnen und Sozialistinnen aus 8 Ländern trafen sich zur dritten Konferenz der sozialistischen Fraueninternationale zusammen.

Der Anlass?

Ihnen war nach der jahrzehntelangen Militarisierung klar: Krieg und steigende Frauenunterdrückung gehen Hand in Hand. Außerdem war ihnen klar wer gegen Krieg kämpft muss auch gegen Frauenunterdrückung kämpfen, genauso auch andersherum.

In ihrem ausgearbeitetem Manifest schrieben sie als Apell am Schluss:

„Die ganze Menschheit blickt auf euch, ihr Proletarierinnen der kriegführenden Länder. Ihr sollt die Heldinnen, ihr sollt die Erlöserinnen werden!„

Wie Clara Zetkin und ihre Genossinnen damals schon richtig erfasst haben, gilt für uns heute genauso! Die aktuelle Militarisierung der Gesellschaft greift automatisch die Rechte von Frauen an und verschärft die Unterdrückung!

Aber Warum?

Was genau bedeutet Militarisierung ?

Militarisierung und Kriegsvorbereitung ist nicht nur Waffen kaufen oder Wehrpflicht einführen. Militarisierung ist eine Gesamtgesellschaftliche Umstrukturierung.

Die Gesellschaft muss ideologisch mit militärischer Logik, Strukturen und Vorstellungen verseucht werden. Der Staat braucht ein Nationalistisches Gedankenbild in der Gesellschaft damit die Menschen bereit sind auch für diesen Staat zu sterben. Ob dieser Nationalismus darin ausdrückt das der eigene Staat die „besseren“ Werte hat, es eine „naturegeben Überlegenheit“ der eigenen Nation gibt oder es irgendwas anderes gibt wofür es sich „lohnt“ für diesen Staat zu sterben ist dabei egal.

Egal was der Staat sich so ausdenkt soll sich das Volk stark mit ihm verbunden fühlen.

Normalisierung von der „richtigen“ Gewalt, der „richtigen“ Hierarchie und dem „richtigen“ Gehorsam gehören zum guten Ton.

Im aktuellen Kampf um die Neuaufteilung der Welt, wo andauernd darum konkurriert wird, durch v.a. den imperialistischen Mächte (USA vs. China), wer welchen Absatzmarkt und welches Land unter Kontrolle bekommt, ist Militarisierung unausweichlich.

Bürgerliche Kleinfamilie und Militarisierung

Patriarchale Geschlechterbilder und die Bürgerliche Kleinfamilie (Mutter, Vater, Kind) hatten im Kapitalismus immer eine essentielle Aufgabe.

Die bürgerliche Kleinfamilie garantiert unbezahlte Care-arbeit durch die „Frau“, sowie kostenlose Reproduktion der Arbeitskraft des „Mannes“ (ihn wieder Aufpäppeln nach der Arbeit um am nächsten Morgen wieder viel arbeiten kann) durch die „Frau“. Außerdem ist die bürgerliche Kleinfamilie da um neuen Nachwuchs, neue Arbeiter:innen und neues Kanonenfutter zu produzieren.

In der Krise und Kriegsvorbereitung lagert der Staat immer mehr Kosten der Reproduktion auf die Familie aus. Damit Menschen die eigentlich in Kitas arbeiten Granaten Produzieren. Die Bürgerliche Familie gewinnt an Wichtigkeit während des Krieges da dann Kanonenfutter benötigt wird und mehr Bomben produziert werden müssen. Es kann also keine Militarisierung geben ohne ein Erstarren der Bürgerlichen Familie

Auch Queers, welche alleine durch ihre Existenz, die Bürgerliche Kleinfamilie

in Frage stellen, werden zur Zielscheibe. So verwundert es nicht, dass Trump Trans-Identität als „Extremismus“ deklariert, homosexuelle Beziehungsformen angegriffen und generell Queerfeindlichkeit vorangetrieben wird. Denn Homosexuelle Beziehungen produzieren kein Kanonenfutter für ihre Kriege und stellen die Abwälzung der Care Arbeit auf die Frau in Frage.

Auch Abtreibungsverbote spielen hier eine Rolle, der Staat sieht sich in der Position über den Körper von allen gebärfähigen Personen zu bestimmen, um den Nachwuchs am laufen zu halten und eben auch Frauen in ein Abhängigkeitsverhältnis in der bürgerlichen Kleinfamilie zu halten/bringen.

Reaktionäre Bilder des Mannes bekommen wieder einen hohen Kurs. Der „Wehrhafte Mann“, wird zum „Schützer der Nation“, der die Frauen als „zu schützendes Objekt“ mit seinem Leben an der Front verteidigen soll. Natürlich obendrauf zur Rolle als Patriarch in der Familie. Dieses Bild erstarkt zusammen mit der Bürgerlichen Familie und führt zu einer Legitimation männlicher Gewalt.

Das Geld für Waffen, Kriegsgerät und Kriegsinfrastruktur wird durch den Sozialkahlschlag wieder in die Staatskassen geholt. In so gut wie allen Ländern dieser Welt erleben wir gerade massive Kürzungen im Sozialen und Bildungsbereich. Frauen sind durch ihre ökonomische Rolle davon besonders getroffen. Im Kapitalismus tragen Frauen eine Doppellast sie tragen Lohnarbeit und unbezahlte Care Arbeit. Kitas und Kinderkrippen nehmen einen großen Teil der Erziehungsarbeit und Betreuung ab, genauso tun dies Ganztagsangebote an Schulen, wie auch Sozialarbeit in Jugendzentren und Jugendclubs. Das Pflege System ermöglicht es außerfamiliäre Unterstützung für älter oder behinderte Menschen zu bieten. Egal ob wir hier von Altersheimen, Pflegeservicen, Schulbegleitungen oder ähnlichem sprechen. Genauso mit dem Gesundheitssystem kostenlose Arztbesuche, auch für Fachärzt:innen, Rehaeinrichtungen, spezialisierte, kostenlose Medikamente und so weiter entlasten die Care-Arbeit der Familien angehörigen. Nun werden diese Aufgaben in der bürgerlichen Kleinfamilie Frauen zugeschrieben. Wenn jene unterstützenden Leistungen wegfallen, werden Frauen gezwungen jene unbezahlt Arbeit zu übernehmen.

Unbezahlte Mehrarbeit und Kürzungen drängen Frauen aus der Erwerbsarbeit oder in die Teilzeit. Das ist eine konkrete Folge der Aufrüstung. Sie sind es die gezwungen werden jene öffentliche Care-Arbeit in der Familie aufzufangen und gleichzeitig immer weniger im Job bekommen.

Die Folgen sind dramatisch: Erwerbsverlust, Rentenlücken, Altersarmut und kein Eigenes Vermögen und Ersparnisse. Und daraus entsteht wieder Abhängigkeit zu Männern und damit patriarchale Unterdrückung, eine Abwärtsspirale.

Aber die Ideologie der „Mutter an der Heimatfront“ ist keineswegs neu und wurde im Hinarbeiten auf den ersten und zweiten Weltkrieg bereits auf die Spitze getrieben.

Heute kommt dies wieder in der „Zeitenwende“-Debatte diskutiert. Die Familie wird zur „Keimzelle der Nation“, wo Kinder entstehen und die care-Arbeit kostenlos verrichtet wird, während die Männer die Nation verteidigen“.

Und wenn dann Krieg ist?

Ja dann taugen der Kriegswirtschaft die Frauen wieder am Arbeitsplatz. Während die Soldaten an der Front sterben muss ja irgendwer die Waffenproduktion und alles was man sonst noch im Krieg braucht am Laufen halten. Wie auch prominent in den letzten zwei Weltkriegen, werden alle die zu Hause geblieben sind in die Produktion fürs Vaterland gezwungen. Kinder und Frauen lassen sich dann für wenig Lohn besonders gut ausbeuten, damit die Nation den militärischen Kampf um die Neuaufteilung der Welt bestmöglich durchführen kann.

Wie wird Gewalt gegen Frauen durch Militarisierung systematisiert?

Sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe

Content Warning: Sexualisierte Gewalt bis Warum kann es keine feministische Aufrüstung geben?

Wenn es zum Krieg kommt erfahren Frauen auf weitere Weise brutalste Gewalt.

Sexualisierte Gewalt fungiert in Kriegen als systematische Kriegswaffe. Historische Belege belegen exemplarisch dieses Muster: 1937 wurden in Nanjing binnen eines Monats etwa 20.000 Frauen vergewaltigt, im Ruanda-Genozid 1994 zwischen 250.000 und 500.000 Tutsifrauen, im ehemaligen Jugoslawien rund 20.000 Frauen, mit lediglich acht Anklagen. Das selbe erleben wir gerade auch in Israels Genozid an den Palästinenser:innen. Diese Gewalt passiert nicht aufgrund der Brutalität einer der beiden Seiten. Sie passiert als Systematik aus dem Patriarchat. Das Ziel solcher Gewalt ist die Demoralisierung der gegnerischen Bevölkerung, ethnische Säuberung und die Zerstörung der Reproduktionsfähigkeit. Diese Gewalt folgt auch aus dem Vorherrschenden Männlichkeits Bild während des Krieges.

Die gesellschaftliche Legitimation dieser Gewalt zeigt sich in der systematischen Straflosigkeit der Täter und der Stigmatisierung der Opfer. Zu oft wurden und werden vergewaltigte Frauen im Krieg als „unheiratbar“ gebrandmarkt, was langfristige Traumatisierung, gesundheitliche Schäden und soziale Ausgrenzung zur Folge hatte/hat. Friedensverhandlungen thematisieren diese Verbrechen selten, was die Straffreiheit weiter zementiert.

Die Normalisierung von Gewalt durch militärische Logik verinnerlicht Gewalt als „Normalität“. „Feindbilder“ dienen der Dehumanisierung des Gegners, „Durchsetzungsvermögen“ wird zur männlichen Tugend zementiert. Stumpfe, brutale Gewalt wird als legitimes politisches Mittel akzeptiert und vom Schlachtfeld in die Gesellschaft transferiert. Diese Internalisierung führt dazu, dass Gewaltstrukturen auch im Zivilen fortbestehen.

Imperialismus und Patriarchat sind untrennbar verknüpft. Kontrolle und Herrschaft bilden zentrale Kategorien, Frauenunterdrückung wird zur

notwendigen Bedingung imperialer Politik. Der weibliche Körper wird zum Schlachtfeld, Reproduktionskontrolle zum Machtinstrument durch imperialistische Staaten gemacht.

1. Warum kann es keine feministische Aufrüstung geben?

Feminismus, bzw. jeder Kampf gegen geschlechtliche Unterdrückung bedeutet Befreiung von Unterdrückung! Militarisierung bedeutet hingegen Vorbereitung auf Gewalt und Krieg. Militärische Logik ist in sich hierarchisch und unterdrückerisch. Der Begriff „feministische Außenpolitik“ dient als ideologischer Tarnbegriff für imperiale Interessen. Man will uns vorgaukeln irgendetwas moralisches, demokratisches, freiheitliches zu machen und liefert dann Waffen an Israel. Eine Außenpolitik in der Frauen feministisch bombardiert unterdrückt, misshandelt wird gibt es nicht.

Als wäre das nicht offensichtlich: Die Integration von Frauen und Queers in die Bundeswehr brachte 0,0 Emanzipation, sondern reproduzierte sexualisierte Gewalt in Militäreinrichtungen. Strukturelle Benachteiligung besteht fort, selbst bei formaler „Gleichberechtigung“.

Das israelische Beispiel zeigt hoffentlich ganz gut: Wehrpflicht für Frauen schafft keine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Bürgerlich, liberale Feminist:innen streben Gleichberechtigung im Unterdrückungssystem an, während die Arbeiter:innenklasse die Last von Krieg und Aufrüstung trägt. „Gleichberechtigung“ im Sterben für imperiale Interessen ist keine Befreiung. Echte Emanzipation erfordert immer die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus!

WAS TUN?

Die Feministische Bewegung und die Bewegung gegen die Militarisierung in Deutschland und überall müssen zur gemeinsamen Kraft werden. Wie es auch 1915 geschah! Denn die Militarisierung und die Unterdrückung von Frauen und Queers, wie auch alle anderen Unterdrückungsformen auf ihre Art und Weise sind Ausdruck des selben Systems und des selben Staates. Es

gibt keinen Kapitalismus, ohne Imperialismus, es gibt keinen Imperialismus ohne Neuaufteilung der Welt, es gibt keine Neuaufteilung der Welt ohne Unterdrückung der Frau.

Oder wie Aleksandra Kollontai sagte: *„Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau - ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus!“*

Die Frauen in Russland haben es vorgemacht. Folgerichtig nach der sozialistischen Fraueninternationale legt am 08. März 1917 90.000 Textilarbeiterinnen ihre Arbeit nieder und wurden damit Initiatorinnen der Oktoberrevolution.

Bis dahin werden wir leider noch Zeit haben, wir müssen jetzt Anfangen zu kämpfen.

Die Aktuelle Bewegung gegen die Wehrpflicht und die Feministische Bewegung müssen zu einer Gegenmacht von unten gegen den imperialistischen Kriegskurs und der Militarisierung der BRD werden. Dazu braucht es Basisstrukturen in Schulen, Uni und Betrieben, die gegen Militarisierung, Frauenunterdrückung kämpfen. In dem man an der eigenen Schule Konkrete Verbesserungen für Frauen und Queers erkämpft. Statt Besuch von der Bundeswehr wollen wir Aufklärung über Sexualisierte Gewalt in Kriegen. Statt Werbeflyer für die Bundeswehr sollen Informationen zu Sexuellen Aufklärung verteilt werden. Wir rufen jetzt schon alle Schulstreik Komitees auf an ihrer Schule nicht nur über der Wehrpflicht zu reden sondern auch gegen Sexismus zu arbeiten.

Außerdem brauch es Selbstverteidigungsstrukturen für alle Unterdrückten die wir an unseren Schulen aufbauen müssen! Es ist nicht die Bullen oder Bundeswehr die uns schützen werden das werden nur wir selbst tun.

Hin zu einer Streikbewegung aller Schüler:innen, Arbeiter:innen, Armen und Unterdrückter.

Wir fordern:

- Bewaffnet Frauen und Queers und nicht Deutschland! Für die Abschaffung der Bundeswehr und den Aufbau von Selbstverteidigungsstrukturen durch Unterdrückte und Arbeitende!
- Die Rüstungsindustrie unter Kontrolle der Arbeiter:innen Kontrolle

stellen!

- Hunderte Milliarden für Soziales, Gesundheit und Bildung statt Aufrüstung und Militarisierung!
 - Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper - Freie Verfügung über Abtreibung; kostenlose Verhütung und Schwangerschaftsabbrüche bezahlt durch die Reichen;
 - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - Lohngleichheit durch tarifliche Durchsetzung und Arbeiterkontrolle; Aufhebung aller Lohngruppen, die Frauendiskriminierung enthalten
 - Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit! kostenlose Kinderbetreuung, Pflege und häusliche Dienste! Für den Aufbau Öffentlicher, kostenloser Care-Infrastruktur!
 - Konsequente Verfolgung sexualisierter Kriegsverbrechen - Keine Amnestie für Kriegsverbrecher, internationale Arbeitergerichte statt bürgerlicher Schaukraftprozesse
-

Kommentar zur Abschlussresolution: Welche Perspektive braucht der Schulstreik gegen die Wehrpflicht?

Von Lia Malinovski und Lea Irelija, März 2026, 8 Minuten Lesezeit

Im Dezember und am 5. März sind wir jeweils mit über 50.000 Schüler:innen im ganzen Land auf die Straße gegen die Wehrpflicht gegangen, anstatt zur Schule zu gehen! Es waren die größten Schulstreiks seit FridaysForFuture.

Nach dem ersten Streik wurde Mitte Februar in Göttingen eine Schulstreikkonferenz ausgerufen, auf der viel diskutiert und eine Abschlussresolution veröffentlicht wurde. Wir waren auch vor Ort und finden es wichtig, dass die Bewegung über ihre Strategie diskutiert. Allerdings hat die Erklärung einige große Schwächen, die der Bewegung auf die Füße fallen werden. Sie geht von falschen Idealen aus und schlägt z.B. Taktiken wie Kriegsdienstverweigerung vor. So bekommen wir die Wehrpflicht nicht verhindert und die weltweiten imperialistischen Aggressionen und Kriege nicht beendet. Es fehlt an Perspektive für die Bewegung, für die Streikkomitees und die Arbeiter:innenklasse. Wir wollen deshalb mit diesem Kommentar einen Diskussionsbeitrag leisten, welche Perspektive unsere Bewegung braucht, um zu gewinnen!

Kampf der Wehrpflicht heißt Kampf dem Imperialismus!

Die Abschlussresolution kann nicht erklären, woher die Wehrpflicht kommt. Die aktuelle „Großmachtspolitik“, wie die Resolution sagt, wird auf die Person Merz reduziert. Damit wird verfehlt, dass die Wehrpflicht nicht im luftleeren Raum entstanden ist und die Aufrüstung Deutschlands nicht bloß ein Manko der aktuellen Regierung ist. Vielmehr sehen wir seit Jahren die Bildung von imperialistischen Blöcken und einen verschärften Kampf darum die Welt untereinander neu aufzuteilen. Das führt notwendigerweise zu Aggressionen und Kriegen, wie aktuell in Venezuela, dem Iran oder der Ukraine. Hintergrund davon ist die Wirtschaftskrise, die 2008 begonnen hat und bis heute nicht aufgelöst werden konnte. Denn durch die Konkurrenz im Kapitalismus, gibt es einen Drang immer mehr Profite anzuhäufen als die anderen Unternehmen. Da das seine Grenzen hat, wie sich 2008 gezeigt hat, wird probiert anderen ihren Einflussbereich zu nehmen, um dort zu verkaufen und die Profite zu steigern. Um diese neuen Absatzmärkte zu schaffen, muss der Einfluss des eigenen imperialistischen Staates verteidigt und vergrößert werden.

Deutschland hatte bisher eine Berufsarmee. Das heißt wenige, gut

ausgebildete Soldat:innen, die schnell eingreifen können. Lange Zeit hat das gereicht, um die deutschen Interessen in unterdrückten Nationen, insbesondere in Westasien zu sichern. Mittlerweile ist der Kampf um die Neuaufteilung der Welt aber an einem Punkt angelangt, in dem kleine imperialistische Eingreiftruppen nicht ausreichen und stattdessen eine Massenarmee aufgebaut werden muss. Der Vorschlag und die Diskussion um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht ging schon vor der Regierung Merz' los und nimmt jetzt nur so richtig Fahrt auf. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Neuaufteilung der Welt unter den Imperialisten, der Hintergrund der Aufrüstung sind - und der Kampf gegen die Wehrpflicht also ein Kampf gegen das imperialistische Weltsystem sein muss! Das schließt ein, dass wir gegen den Genozid in Palästina, gegen die imperialistischen Angriffe auf den Iran, die imperialistische Aufteilung und den Ausverkauf der Ukraine kämpfen und das zu einem integralen Bestandteil des Kampfs gegen die Wehrpflicht machen!

Dabei können wir uns nicht auf Pazifismus verlassen und uns auf Forderungen wie „verhandeln statt schießen“ stützen. Dass die Resolution fordert, dass doch bitte durch die bürgerlichen Staaten verhandelt werden soll, verkennt den imperialistischen Charakter von Kriegen und übersieht, dass diese ein notwendiges Beiprodukt des Kapitalismus sind. Kapitalistische Staaten werden deshalb nie ein ernsthaftes Interesse an Frieden haben können. Außerdem können Befreiungsbewegungen wie in Palästina oder Kurdistan nicht siegen, wenn wir sie zu Verhandlungen aufrufen. Die Forderung ist utopisch und rückschrittlich gleichermaßen. Gewaltsame Unterdrückung lässt sich nicht friedlich beenden und Widerstand ist legitim. Wir dürfen auch nicht den Fehler machen, für „Abrüstung“ auf die Straße gehen, der Kampf gegen Aufrüstung oder Wehrpflicht alleine ist nicht genug: Zentrale Forderung der Bewegung muss auch die Abschaffung der Bundeswehr sein, als imperialistische Armee und als Eingreiftrupp, den Merz zur „größten konventionellen Armee Europas“ machen will!

Kriegsdienstverweigerung

Eine andere große Schwäche der Resolution – und damit der Bewegung – ist die Perspektive der Kriegsdienstverweigerung. In der Resolution wird zwar richtigerweise schon erkannt, dass unter einer Wehrpflicht auch die Kriegsdienstverweigerung nur begrenzten Nutzen hat. Eine Alternative dazu wird aber nicht vorgestellt.

Wenn wir verweigern, entziehen wir uns einem aktiven Kampf gegen den Krieg. Wir gehen nicht hin, aber das allein beendet keinen Krieg und keine Aufrüstung. Wie schon oben beschrieben taucht Krieg nicht aus dem Nichts auf und kann nicht ohne große Veränderung einfach wieder ins Nichts verschwinden. Selbst wenn wir alle verweigern, bleibt die Notwendigkeit für Krieg bestehen. Zur Not wird uns der Staat mit der Waffe an die Waffe zwingen. Außerdem entziehen wir uns damit einer wichtigen Möglichkeit, die Jugendlichen, welche nicht verweigern (können) zu überzeugen gemeinsam gegen Regierung, Krieg und Imperialismus zu kämpfen. Statt zu verweigern, gilt es sich an der Front zu organisieren, massenhaft Befehle zu verweigern, den Krieg sabotieren und anstatt für die Herrschenden, für uns zu kämpfen und die Waffen umzudrehen. Es geht darum, Gegenmacht aufzubauen, die Streikbewegung zu intensivieren und zu einer realen Kraft gegen Krieg und Unterdrückung zu machen. Dabei schadet uns die Verweigerungshaltung mehr als sie uns nützt!

Als Klasse kämpfen, nicht bloß als Schule!

Mit Schulstreiks zeigen wir als Schüler:innen dass wir kein Interesse an einer Wehrpflicht haben und bereit sind, unsere Bildung dafür zu opfern. Es ist eine Möglichkeit für uns, Druck aufzubauen und den Bildungssektor zu stören. Bezogen auf die gesamte Gesellschaft erzeugen wir damit aber nur wenig Druck. Zwar zeigen die Reaktionen der Politik, dass sie die Streiks ernst nehmen, von der Position der Wehrpflicht sind sie aber nicht einen Millimeter abgerückt. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir nur

begrenzte Macht haben – aber, dass wir eine Bewegung ins Rollen bringen können. Wenn wir uns mit der Arbeiter:innenklasse zusammenschließen und gemeinsam Streiken, dann können wir die Wehrpflicht verhindern und eine tatsächliche Kraft werden, die die imperialistischen Ambitionen nicht länger mitmacht, sondern aktiv sabotiert. In der Abschlussresolution aus Göttingen steht sogar drin, dass wir uns mit den Gewerkschaften und den reformistischen Organisationen wie Die Linke, Solid, etc. vernetzen müssen. Aber vernetzen reicht nicht aus: Wir müssen unsere Eltern, die Gewerkschaftsjungen und die Gewerkschaften dazu auffordern, mit uns zusammen auf die Straße zu gehen. Mit uns zusammen die Stifte und die Arbeit niederzulegen, um die Regierung zu einem Kurswechsel zu zwingen, statt nur zu bitten. Wir brauchen Forderungen, die den Kampf gegen die Wehrpflicht mit den Kämpfen der Arbeiter:innen verbindet und ihnen eine gemeinsame Perspektive abseits von imperialistischer Schlächtereie und Ausbeutung gibt. Diese können u.a. sein:

x Kein Cent, kein Mensch der Bundeswehr! Hunderte Milliarden für Bildung, Soziales und Gesundheit statt für die Kriegsvorbereitung!

x Entschädigungslose Enteignung der Kriegsindustrie unter Kontrolle der Beschäftigten, um die Produktion auf Nützliches umstellen zu können, wie z.B. den Ausbau des ÖPNV!

Gegenmacht aufbauen

Das klingt zwar wunderbar – aber scheint unerreichbar. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt dafür kämpfen, eine schlagkräftige Streikbewegung aufzubauen, die nicht nur uns Schüler:innen einbezieht, sondern die gesamte Arbeiter:innenklasse! Dafür müssen wir uns an unseren Schulen organisieren – in Streikkomitees bzw. Schulkomitees. Aber anders als die Resolution das vorschlägt, reicht es nicht, uns nur für den Streik zu organisieren. Damit wir unsere Mitschüler:innen erreichen und die relativ abstrakte Aufrüstung und Gefahr der Wehrpflicht greifbar machen, müssen wir lokale Probleme an unseren Schulen aufgreifen und mit der Aufrüstung und der kapitalistischen Krise verbinden. Wir müssen Forderungen für unsere Schule aufstellen, um

die wir kämpfen und Druck aufbauen! Wenn der Sportlehrer wieder sexistisch ist, der Deutschlehrer mit rassistischen Wahnvorstellungen um die Ecke kommt, dann passiert das nicht isoliert von der gesellschaftlichen Dynamik. Die Kriegsvorbereitungen international machen Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, etc. immer notwendiger. Das zeigt sich dann auch im Klassenzimmer und auf dem Pausenhof. Um Veränderung zu erkämpfen, müssen wir an der Schule anfangen Gegenmacht aufzubauen. Wir müssen die Macht der Lehrkräfte, der Schulleitung und der Schulbehörde offen infrage stellen. Sie wollen die Bundeswehr zu uns einladen? Wir wollen selbst entscheiden, wer an unsere Schule kommt und schaffen Bundeswehrfreie Schulen! Sie wollen uns „beibringen“, warum der Krieg notwendig sei, die Aufrüstung und Unterstützung eines Genozids unvermeidlich? Wir werden diese Propaganda nicht weiter hinnehmen, wir stellen uns laut dagegen und kämpfen um Kontrolle über den Lehrplan!

Dafür brauchen wir unabhängige Schüler:innenkomitees und können uns nicht auf Schülervertretungsstrukturen verlassen. Denn diese sind auf die Mitarbeit vonseiten der Schulleitung angewiesen und diese hat immer das letzte Wort. Wenn wir es schaffen die Schulen effektiv zu bestreiken wird die Schulleitung sich früher oder später gegen uns stellen müssen. Gleichzeitig erlernen wir durch eigenständige Organisation, die Sachen selbst in die Hand zu nehmen - statt auf Entscheidungen irgendwelcher Gremien zu warten.

Wenn wir es schaffen, uns an unserer Schule um Forderungen zu versammeln, die direkte Probleme unserer Mitschüler:innen aufgreifen, können wir eine Verankerung der Bewegung schaffen, mit der sie erfolgreich wird. Ein hilfreiches Mittel dafür ist es Vollversammlungen zu organisieren, wo wir mit allen Mitschüler:innen über unsere Forderungen abstimmen, zu den nächsten Streiks aufrufen und mit Gewerkschaften diskutieren können. Umso mehr wir sind umso besser können wir Druck auf die Gewerkschaften, die reformistischen Organisationen, auf die Arbeiter:innenklasse ausüben, sich den Streiks anzuschließen und mit uns die Wehrpflicht ernsthaft zu verhindern und Aufrüstung und die imperialistische Neuaufteilung der Welt zu bekämpfen!

Schreibt uns an um mit uns über unseren Beitrag zu diskutieren! Stellt uns auch gerne Fragen! Wenn ihr unsere Positionen teilt, dann bringt diesen Artikel in euer Streikkomitee in der Schule oder eurer Stadt ein und lasst uns die Bewegung dahin bringen, dass wir den Kampf gegen die Wehrpflicht gewinnen können!

Strohüte gegen die Regierung - Die Gen-Z-Aufstände im globalen Klassenkampf

Von Jona Everdeen und Max Macht, Februar 2026, Lesezeit 18 Minuten

Im Spätsommer und Herbst des letzten Jahres kam es in verschiedenen halbkolonialen Ländern zu Massenprotesten. Bilder gingen um die Welt von Jugendlichen in Nepal, die das Parlamentsgebäude stürmten und in Brand setzten, von heftigen Kämpfen zwischen Protestierenden und den brutalen staatlichen Schlägertruppen in Marokko oder Peru. Wie in Nepal fiel auch in Madagaskar die Regierung nach heftigen Protesten. Auch in weiteren Ländern wie Kenia, Indonesien oder den Philippinen kam es zu großen Bewegungen, mehr als in einem Artikel darauf eingegangen werden kann (zu Kenia, Nepal, Madagaskar und Indonesien haben wir eigene Artikel auf unserer Website!).

Aber wie kam es zu diesen Protestbewegungen, die als „Gen Z Proteste“ bekannt wurden und deren Symbol die Flagge der Strohhutpiraten aus dem Manga One Piece war? Was löste sie aus, was beeinflusste ihren Verlauf? Um diese Fragen zu beantworten, werden hier zwei Beispiele der Gen Z Proteste herangezogen.

Nächste Runde im peruanischen Klassenkampf

Die jüngsten Proteste in Peru wurden ausgelöst durch eine Rentenreform der bereits zuvor massiv unpopulären Regierung von Präsidentin Dina Boluarte. Diese war dafür bekannt geworden, die treibende Kraft hinter der Entmachtung des linkspopulistischen Präsidenten Pedro Castillo gewesen zu sein, der Ende 2022 abgesetzt und inhaftiert wurde. Und noch stärker dafür, die darauffolgende Protestbewegung Ende 2022/Anfang 2023 mit massiver Gewalt niedergeschlagen zu haben, wobei über 50 Menschen ermordet wurden. Boluarte, die nie gewählt wurde, galt als unbeliebteste Regierungschefin der Welt. Selbst für das rechte, neoliberale Parteienestablishment schien sie nun nicht mehr tragbar, und man entschied sich sie, wegen ihrer Schuld an den Morden von 2022/23, abzusetzen. Ein Manöver, das einerseits die Massen beschwichtigen und andererseits die eigene Mitschuld kaschieren sollte, in dem man Boluarte als Sündenbock präsentierte. Der Boluarte folgende Kongresspräsident José Jerí betrachtete die peruanische Jugend und Arbeiter:innenklasse jedoch nicht weniger als Feind als Boluarte. Peru wird, eigentlich seit der Fujimori Diktatur in den frühen 90er Jahren, von einer sehr korrupten und direkt mit der Bourgeoisie verbundenen Politiker:innenkaste beherrscht, die einzig und allein die Interessen dieser Bourgeoisie, allen voran der Bergbaukonzerne, durchsetzt. Die allermeisten Arbeiter:innen und Jugendlichen werden dadurch in prekäre, stark ausgebeutete Verhältnisse gezwungen. Der ehemalige Präsident Castillo versuchte darauf eine populistische Antwort zu geben, scheiterte jedoch kläglich. Von Perus massiven Rohstoffreichtum profitieren dabei in erster Linie imperialistische Konzerne, vor allem aus den USA und China. Und auch mit der organisierten Kriminalität unterhält die Politik heimlich, aber für viele sehr offensichtlich, Verbindungen. Die im Zuge der jüngsten Krise eskalierte organisierte Kriminalität nutzte Jerí dann, sich als Law-and-Order Präsident zu profilieren und rief den Ausnahmezustand aus, wobei er in Wahrheit nicht viel gegen Drogenkartelle aber dafür sehr viel Gewalt gegen die Bewegung verübte, wobei die brutale Ermordung von Eduardo Ruiz durch einen Zivilpolizisten am nationalen Streiktag des 15.

Oktobers den blutigen Höhepunkt darstellte. Das heizte die Bewegung zunächst erneut an.

Eine fehlende klare Perspektive was gegen das repressive Regime zu tun sei, sorgte dann jedoch für das Erlahmen der Bewegung.

Ein großes Hindernis war dabei die Passivität der Zentralgewerkschaft CGTP, was die Eskalation der Bewegung durch massive Streiks verhinderte. Anders als die Proteste gegen Boluartes Putsch, die vor allem von dem indigenen und eher ländlichen Arbeiter:innen und Kleinbäuer:innen ausging, nahmen hier Jugendliche die zentrale Rolle im Kampf ein, und setzten sie aktiv in die Tradition bereits vorheriger Gen-Z Proteste in anderen Ländern. Es gelang ihnen jedoch nicht, 2025 die entscheidende Wende im peruanischen Klassenkampf zu bringen. Dafür war die Bewegung zu unstrukturiert, und zu spontan. Ihr fehlte nicht nur an einer klaren Führung, sondern auch an Organisationsstrukturen wie Nachbarschaftskomitees, wie es sie in anderen Protesten auf dem Kontinent (z.B. Chile 2019) bereits gab. Auch die Forderungen blieben begrenzt auf ein abstraktes: Gegen Korruption, Kriminalität und die Regierung. Durch den Sturz der verhassten Boluarte und die Repression konnte die Bewegung so vorübergehend demobilisiert werden, auch wenn die nächste Runde des Klassenkampfes in Peru sicherlich kommen wird. Um dann erfolgreich sein zu können, braucht es eine Zusammenarbeit der verschiedenen kämpfenden Schichten, der städtischen Jugendlichen und prekär Beschäftigten wie der ländlichen, zu großen Teilen indigenen, Arbeiter:innen und Kleinbauern/bäuerinnen. Und klarere Forderungen, wie die Misere beendet werden kann.

Aufstände der Gen Z in Marokko

Der konkrete Auslöser für die Massenproteste in Marokko war der Tod von acht Frauen in der Geburtsabteilung einer Klinik in Agadir innerhalb kurzer Zeit. Das leiteten die Jugendlichen Protestierenden nicht nur von desaströsen hygienischen Bedingungen im Krankenhaus ab, sondern verbanden es deutlich allgemeiner mit katastrophalen Bedingungen eines kaputt gesparten Gesundheits- und Bildungssystems. Gleichzeitig wurde zum zentralen

Vorwurf, dass während kein Geld für die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung da sind, extrem viel Geld in die Errichtung von Stadien und verbundener Infrastruktur für die WM 2030 gesteckt wird. Die Gruppe, die die Proteste initiierte, welche sich im ganzen Land ausbreiteten, nannte sich „GenZ 212“, wobei die Zahl für die Marokkanische Vorwahl steht (wie 49 für Deutschland und 43 für Österreich). Die Gruppe dahinter scheint ein sehr loser Zusammenschluss unzufriedener Jugendlicher gewesen zu sein, die die Proteste vor allem über Social-Media-Plattformen wie Discord und TikTok organisierten. Der Bewegung schlossen sich schließlich organisierte Studierendenverbände an, die ab dem 7. Oktober zu einem 48-stündigen Unistreik aufriefen, um gegen massive Angriffe auf die staatliche Bildung zu protestieren. Die Polizei antwortete mit exzessiven Repressionen gegen die selbsterklärt friedliche Bewegung. Insgesamt wurden drei Menschen ermordet, dutzende teils schwer verletzt und mehr als 1000 willkürlich verhaftet. Gleichzeitig drückte König Mohamed VI. Verständnis für die Bewegung aus und versprach „ihre Anliegen ernst zu nehmen“. Bereits zuvor war es eine Schwäche gewesen, dass die Bewegung lediglich die Regierung von Aziz Akkanouch angriff, aber die Monarchie nicht hinterfragte. Im Gegenteil wurde eher Hoffnung in den König gesetzt, weshalb seine Lippenbekenntnisse, verbunden mit dem erlebten Polizeiterror, die Bewegung demobilisierten.

Um in Zukunft erfolgreich sein zu können ist es notwendig für die marokkanischen Jugendlichen, sich mit organisierten Arbeiter:innen zu verbünden und das ganze korrupte autokratische System mit König Mohammed an der Spitze als Feind zu erkennen und zu bekämpfen! Und ebenso ist es nötig, den Kampf gegen die neoliberale Politik und die daraus resultierende Perspektivlosigkeit zu verbinden mit dem Kampf gegen die Komplizenschaft des Regimes an dem Genozid in Palästina. Gegen das de facto Bündnis der marokkanischen Monarchie mit Israel gab es bereits in den vergangenen Jahren immer wieder Proteste. Die Bewegung muss sich auch gegen die koloniale Unterdrückung der Sahrauis (Westsahara) durch den marokkanischen Staat stellen, um diese Proteste zu verbinden. Gerade wo Propaganda des Regimes, behauptete, die Proteste seien von der sahrauischen Befreiungsorganisation Frente Polisario initiiert worden, um

den marokkanischen Staat zu destabilisieren.

Durch ein Fehlen von einer zentralisierten Organisation der Bewegung in räteartigen Strukturen konnte keine gemeinsame Verteidigung der Proteste gegen die Repression aufgebaut werden. In Marokko wird besonders klar, was bereits andere Länder gezeigt haben: Das eine mutige und entschlossene Bewegung nicht reicht, wenn es keine organisierte Kraft der Arbeiter:innenbewegung gibt, die sie mit einem revolutionären Programm anführen könnte. Dann kommt es nur immer wieder zu Vertrauen in Monarchen, religiöse Kräfte oder das Militär und die Bewegung zerbricht daran.

Die Ursache der Strohhut Proteste - Mehr als nur Korruption

Durch die chronische Krise des Kapitalismus seit 2008, ist die Illusion, sogenannte „Schwellenländer“ könnten aufschließen und Wohlstand wie in den imperialistischen Zentren entwickeln, in sich zusammengebrochen. Lediglich China ist das gelungen, weil es selbst eine imperialistische Großmacht geworden ist.

In Halbkolonien muss sich jedoch, den Gesetzen des Imperialismus folgend, die Krise stets in besonderer Schärfe entladen. Durch das Abziehen von Investitionen aus diesen Ländern, da diese als „unsicher“ gelten und das Geld anderswo gebraucht wird, bricht die kapitalistische Produktion dort teilweise regelrecht zusammen. Mit Trumps Rückkehr zum Protektionismus hat sich diese Tendenz massiv verschärft.

Die schwache nationale Bourgeoisie ist nicht in der Lage, sich aufrechtzuerhalten. Während 20 Jahre zuvor im Globalisierungsboom noch eine kleine Arbeiter:innen-Aristokratie (materiell relativ gut gestellter Teil der Arbeiter:innenklasse) am Entstehen war, fallen nun immer mehr Arbeiter:innen aus sicheren Arbeitsverhältnissen heraus und müssen sich mit prekärer Beschäftigung und Gelegenheitsjobs durchschlagen.

Besonders stark davon betroffen sind Jugendliche, die häufig kaum eine Perspektive sehen, den prekären Verhältnissen jemals in ihrem Leben zu entkommen. In immer mehr Ländern beginnen sich diese Jugendlichen, die dort noch viel mehr in die Krise sozialisiert wurde als Jugendliche in imperialistischen Zentren, zu fragen: Wer ist schuld daran?

Da niemand von Natur aus als Marxist:in geboren wird, ist die Antwort darauf häufig: die korrupten Politiker:innen. Und das ist auch gar nicht so falsch. Während in Ländern wie Deutschland Korruption sehr subtil vonstattengeht, in Form von Lobbyismus und geheimen Deals, ist in vielen Halbkolonien die Korruption nicht zu übersehen. Das jeweilige Land wird meist autokratisch von einer kleinen eng verzahnten nationalen Bourgeoisie (häufig einige wenige reiche Familien) und Politiker:innenkaste, geführt, die sich Staatsgelder in erster Linie in die eigenen Taschen stecken und mit der imperialistischen Bourgeoisie die Ausbeutung der Arbeiter:innenklasse ermöglichen.

Die Ursache davon ist jedoch komplexer als individuelle Bosheit: sie liegt im imperialistischen System. So ist die Regierung einer Halbkolonie, so wie auch ihre Bourgeoisie, stets daran gebunden, letztendlich nur Vasall zu sein, eine Art Statthalter für das imperialistische Kapital, um die Ausbeutung von Arbeitskraft und Rohstoffen im jeweiligen Land sicherzustellen. Selbst wenn man eine Regierung an der Macht hätte, die wirklich Politik im Interesse des Volkes und nicht einer kleinen Clique machen wollen würde, wäre das nicht möglich, da ansonsten die imperialistischen Mächte, der Westen und Zusehens auch Russland und China, ihre Interessen in Gefahr sehen und mit Mitteln wie der IWF (Internationaler Währungsfonds), Unterstützung reaktionärer Opposition oder gar militärischen Angriffen die Regierung wieder auf Linie zu bringen versuchen.

Es ist allerdings sehr naheliegend, dass man sich zuerst gegen den konkreten sichtbaren Feind richtet, und der ist eben die korrupte eigene Bourgeoisie und Politik. Das internationale Verwenden der Strohhut Flagge hingegen kann als ein Zeichen gesehen werden, dass die Proteste sich gegenseitig als gemeinsames Phänomen sehen, die gegen einen gleichen oder zumindest ähnlichen Feind kämpfen. Schließlich kämpft die Strohhut Bande im Manga

gegen eine korrupte, autokratische „Weltregierung“, etwas das durchaus als Metapher für das imperialistische Weltsystem betrachtet werden kann.

Was sind überhaupt Gen Z Proteste?

In den bürgerlichen Medien werden zu Gen Z Protesten alle möglichen Bewegungen die letztes Jahr entstanden sind, gezählt. Aber was haben diese Proteste gemeinsam?

Wie oben erwähnt, sind dies alles Proteste, die sich gegen ihre nationale Bourgeoisie und deren Politik richten und von Jugendlichen angeführt werden. Was ebenfalls ein Merkmal ist, ist das sie sich mit dem gemeinsamen Verwenden der One Piece Flagge in Bezug miteinander setzen. Abgesehen von dem letzten Punkt lassen sich diese Merkmale auch in den Protesten in Serbien oder Bangladesh 2024 finden.

Der einzige Unterschied ist, dass im Vergleich zu Serbien, was abgesehen von einigen zaghaften Solidaritätsbekundungen aus anderen Balkanländern einen rein nationalen Charakter trägt, sich hier Jugendliche auf verschiedenen Kontinenten bewusst waren, dass ihre jeweiligen Kämpfe miteinander verbunden sind, wenn auch auf eher diffuse Weise. Das ist sicherlich ein Fortschritt, jedoch braucht es noch einige weitere, damit zukünftige Proteste anhaltenden Erfolg haben können.

Das zugrunde liegende Problem: Die Führungskrise hält an

Trotz Mut und Entschlossenheit konnten die Gen Z Proteste nirgends ernsthaften Erfolg verzeichnen. Meist blieb es bei ein paar leeren Worten oder oberflächlichen Reformen seitens der Herrschenden, welche gemeinsam mit der starken Repression die Bewegung demobilisierten. Und selbst in den beiden erfolgreichsten Ländern, Nepal und Madagaskar, gelangten wie bereits im Jahr zuvor in Bangladesch nur andere, fürs Erste etwas volksnaher auftretende, Teile der herrschenden Klasse an die Macht. Innerhalb kurzer Zeit wird wahrscheinlich alles wieder beim Alten sein. Bestenfalls sind ein

paar besonders zynische und korrupte Spitzenpolitiker:innen durch neue ersetzt, wie Boluarte in Peru oder vielleicht gar aus dem Land vertrieben, wie Rajoelina in Madagaskar.

Das ist ein Muster, das sich durch alle vergleichbaren Kämpfe der letzten Jahrzehnte zieht, und dass wir bereits beim Arabischen Frühling zur Genüge gesehen haben. Entweder die Bewegung wird mit halbgaren Reformen abgespeist, oder es kommt eine neue Führung an die Macht, die wenig besser ist als die Alte. Für letzteres ist Ägypten das perfekte Beispiel. Der Grund, warum die revolutionäre Bewegung damals genauso scheiterte, wie sie es heute tat, ist derselbe: Die Führungskrise des Proletariats. Die Missstände, die in Halbkolonien herrschen, also korrupte Autokratie und imperialistische Ausbeutung, können nur mit einem Umsturz der Gesellschaftsordnung, die nicht bloß eine politische, sondern eine soziale Revolution ist, behoben werden. Dazu muss das Proletariat, die Arbeiter:innen, mittels von Räten und bewaffneten Organen die Macht übernehmen. Doch das dafür nötige Bewusstsein entsteht nicht automatisch, es muss durch eine gut organisierte und geschulte revolutionäre Partei in die Massenbewegung hineingetragen werden. Eine revolutionäre Partei existierte jedoch weder im Arabischen Frühling noch während den Gen Z Protesten. Ohne dass sie sich herausbildet, und dem Kampf eine Struktur, einen Plan, überhaupt ein klares Ziel gibt, wird auch jede zukünftige Gen Z Bewegung dazu verurteilt sein, maximal kurzweilige oberflächliche Reformen, aber keinen langfristigen Sieg, erzielen zu können. Entsprechend ist es die vordergründige Aufgabe für alle Revolutionär:innen, eine solche Partei, und zwar im internationalen Rahmen, zu schaffen, die in der Zukunft in der Lage ist, Kämpfe der Jugendlichen und Arbeiter:innen entschlossen anzuführen, und ein für alle Mal Schluss zu machen mit korrupten Autokraten und imperialistischen Konzernen!

Doch was sind die Aufgaben, die eine solche Führung konkret zu lösen hat?

Allgemeiner

Aufgrund der imperialistischen Aufteilung der Welt, ist in den meisten

halbkolonialen Staaten die Aufgabe welche bürgerlichen Revolutionen habe, wie die Französische, nicht umgesetzt worden. Diese Aufgaben sind beispielsweise das Erkämpfen demokratischer Rechte oder das Überführen von Land an Bäuer:innen gewesen. Manche dieser Aufgaben wurden ignoriert oder anderweitig umgangen, indem die Imperialist:innen sich beispielsweise einfach das Land selbst genommen haben. Dies hat auch zur Folge, dass die halbkoloniale herrschende Klasse verhältnismäßig schwach ist, da ihre Entwicklung stark gehemmt wurde und auch weiterhin wird. Imperialistische Staaten profitieren von dieser Schwäche, da die halbkolonialen Staaten abhängig gehalten werden und eine Ausbeutung dadurch einfacher ist.

Gegen jegliche imperialistische Militär Intervention!

Imperialistische Staaten verstreuen Militärbasen in Halbkolonialstaaten, als ob sie Splitt bei Eisglätte wären. Sie intervenieren, wenn etwas passiert, was ihnen nicht gefällt, beispielsweise wenn Industriezweige, welche der imperialistischen Ausbeutung dienen, enteignet werden oder der Militärindustrie Komplex des imperialistischen Landes mal wieder Kohle braucht, oder wenn andere imperialistische Staaten ihre Einflussphäre auf diese ausweiten wollen. Dies ist nicht losgelöst, von der großen Wichtigkeit von militärischen Strukturen der Halbkolonie selbst. Für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung sind die nationalen militärischen Strukturen eine zentrale Machtstütze.

Jeweils die Imperialistische als auch die nationalen Militärstrukturen, sind für eine Machterhaltung zentral, dies wird beispielhaft in dem Sturz von Präsident Rajoelina in Madagaskar deutlich, welcher seine militärische Unterstützung von Teilen der nationalen Armee verloren hat und im Folgenden mithilfe des französischen Militärs geflohen ist. Rajoelina ist selbst mit der Unterstützung der gleichen Teile des Militärs, welche nun ihre Unterstützung entzogen haben, an die Macht gekommen. Ein solcher Regimewechsel greift die ökonomischen Verflechtungen, auf welche die

imperialistische Ausbeutung fußt, nicht an.

Auch ist es das Militär, welches häufig die Kontrolle über zentrale Ressourcen des Landes hat, indem beispielsweise Minen, Ölfelder oder Plantagen durch sie bewacht werden. Teils wird das Militär auch durch den Verkauf dieser Ressourcen finanziert. Wegen der Lukrativität dieses Exports bilden sich teils Milizen, welche von diesen Profiten etwas abhaben wollen, wodurch sie in Konkurrenz zum Militär stehen.

Die Gen-Z Bewegungen müssen sich daher gegen imperialistische Interventionen richten. Sie müssen sich auch der wirtschaftlichen Rolle des Militärs bewusst sein und sie als bürgerlichen, konterrevolutionären Akteur verstehen, deren Machtübernahme nicht zu einem progressiven Wandel führen wird. Viel eher müssen sich einfach Soldat:innen zur Bewegung überlaufen und diese gegen konterrevolutionäre Kräfte verteidigen.

Agrar Ausbeutung

Ein Großteil der in Madagaskar produzierten Vanille, wird für den Weltmarkt produziert. Der daraus gewonnene Profit geht in die Taschen von Zwischenhändler:innen und internationalen Großkonzernen, ohne dass die Kleinbäuer:innen viel davon abbekommen. Großteile der Ländereien, welche in halbkolonialen Ländern bewirtschaftet werden, sind in der Hand von Großgrundbesitzer:innen oder Agrarkapitalist:innen, welche von ihrer de facto Monopolstellung Gebrauch machen und „ihr Land“ zu hohen Preisen verpachten, sodass die Bäuer:innen unter noch größerem Druck stehen.

Ein Organisieren von den ländlichen Proletarier:innen, welche zumeist in den Betrieben der Großbäuer:innen und Agrarkapitalist:innen oder in anderen wichtigen Industrien des Landes ausgebeutet werden, ist zentral. Dessen Ausbeutung stellt nämlich eine wichtige Stütze der nationalen Bourgeoisie dar. Diese Arbeiter:innen haben eine überproportionale Macht in der Stellung des nationalen Klassenkampfes gegen die nationale, aber auch gegen die imperialistische Bourgeoisie, da sie den Extraprofiten (Profite, die Imperialist:innen aus Halbkolonien abschöpfen) einen Riegel verschieben können.

Diese ländlichen Proletarier:innen müssen in stabile Organisationen der Arbeiter:innenklasse (Gewerkschaften, Räten) organisiert werden. Dabei muss deren Kampf für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen mit Übergangsforderungen (die von den akuten Aufgaben zu einer proletarischen Revolution führen) verbunden werden. Für diese Schichten stellt es sich als lebensnotwendig heraus sich mittels Arbeiter:innenmilizen vor den Angriffen der Großgrundbesitzer:innen zu verteidigen.

In Madagaskar würde dies bedeuten, dass ländliche Arbeiter:innen, welche auf Plantagen für den Vanilleanbau arbeiten, organisiert werden müssen und sich auch gegen Angriffe von bezahlten Banden verteidigen können müssen. Zusätzlich müssen Übergangsforderungen aufgestellt werden, zum Beispiel die Enteignung von Ländereien und Plantagen unter Kontrolle der Arbeiter:innen und Kleinbäuer:innen.

Gegen jede wirtschaftliche Ausbeutung

Eine Systematische wirtschaftliche Ausbeutung, von Halbkolonien durch imperialistische Akteure, nimmt Ausdruck in Kapitalexpert. Das heißt, das Kapitalist:innen aus den Imperialistischen Länder beispielsweise Fabriken und Infrastruktur in Halbkolonialen Ländern aufbauen oder aufkaufen, die unter ihrer Kontrolle stehen. Die Kontrolle kann direkt, durch den Besitz, oder indirekt durch Finanzinstitutionen, als zum Beispiel einen großen Anteil an einer Firma zu haben, erzeugt werden.

Das Vereinigte Königreich hat über die Dauer der direkten Kolonisierung von Indien das Land und dessen Bevölkerung massiv ausgebeutet und unterdrückt. Die Menge an monetär extrahiertem Wert wird auf mehr als 60 Billionen US-Dollar geschätzt. Das inkludiert noch nicht die weiterhin stattfindende Ausbeutung und das massive Leid, die verlorenen Leben welche dem Kolonialismus und Imperialismus zuzuordnen sind.

Deutlich wird die wirtschaftliche Ausbeutung auch dadurch, dass ein Großteil der Infrastruktur für den Export von Ressourcen gebaut wurde und wird. Deutlich ist das zum Beispiel in Sierra Leone, wo die einzige in Operation befindliche Eisenbahnstrecke eine Eisenerzmine mit der Küste verbindet.

Auch für die Nachbarländer Guinea und Liberia ist das der Fall, das die in Operation befindlichen Eisenbahnen Minen und Stahlwerke mit der Küste verbinden.

Die Imperialist:innen profitieren aktiv davon, die halbkolonialen Länder durch die Vergabe von Krediten abhängig zu machen. Dabei werden die Kredite zu hohen Konditionen vergeben, was ein Zurückzahlen erschwert. In Krisensituationen leiden die Halbkolonien am meisten. Kapital wird abgezogen, Fabriken werden eingestampft, es wird „sicherer“ angelegt. Diese Krise erschwert die Tilgung der Kredite, was wiederum zu massiven sozialen Einschnitten und Privatisierungen führt. Von diesen Bedingungen profitieren die Imperialist:innen erneut. So ähnlich geschah dies 2024 in Kenia, wo ein weiteres Tilgen der Kredite auf die Arbeiter:innenklasse durch Steuererhöhungen abgewälzt wurde. Daraus entstanden auch in Kenia Proteste, die von Jugendlichen angeführt wurden. Die zunehmende verschärfte Krise des Imperialismus und der verstärkte Kapitalabzug aus den Halbkolonien kann daher als eine Ursache der Gen-Z Bewegungen gesehen werden.

Doch was braucht es?

In den Halbkolonien sowie im imperialistischen Zentrum ist die Forderung nach einem

Schuldenschnitt für halbkoloniale Länder notwendig, um deren wirtschaftliche Abhängigkeit und Ausbeutung einen von vielen Riegeln vorzusetzen.

Um die Proteste zu einem Erfolg zu bringen, welcher nicht durch die nächste Regierung nach ein paar Jahren wieder angegriffen wird, braucht es eine kampfkraftige Arbeiter:innenklasse. Diese muss die Proteste auch anführen und nicht auf irgendwelche (klein)bürgerlichen Kräfte vertrauen, welche die Arbeiter:innenklasse nur selber ausbeuten wollen. Dafür muss die Arbeiter:innenklasse in Gewerkschaften und Räten organisiert werden. Dabei gilt auch für Soldat:innen, dass diese sich in den Räte Strukturen der Arbeiter:innenklasse organisieren und nicht einfach die Kontrolle in den

Händen der Alten Offiziers Riege belassen. Dies ist zentral um gegen jeweilige Angriffe von der herrschenden Klasse, ob national oder international, zurückschlagen zu können. Um jeglichen imperialistische Interventionen vorzubeugen, müssen alle Militärbasen dieser unter die Kontrolle der Arbeiter:innenklasse gebracht werden. Das Equipment bleibt, die imperialistischen Soldaten verpissen sich.

Eine organisierte Arbeiter:innenklasse ist in der Lage, Fabriksbesitzer:innen etc. zu enteignen und unter ihre Kontrolle zu bringen, um eine Umstellung der Produktion zu ermöglichen. Damit nicht mehr für die Imperialist:innen das produziert wird, was ihnen am meisten Profit bringt und die Umwelt noch weiter zerstört, sondern dass die Bedürfnisse der Arbeiter:innenklasse und Unterdrückten befriedigt werden, sich also niemand mehr Angst darum machen muss, ob am Ende des Monats noch genug Geld da ist um auch alles bezahlen zu können.

Solche Organisationsformen bilden sich in einer zentralisierten Art nicht einfach so. Es braucht in diesen Ländern eine revolutionäre Partei, die ein Programm für die Bewegung in sie hineinbringen kann. Das Programm hinter welchem sich Revolutionär:innen vereinigen muss eine Perspektive zum Sozialismus hin aufzeigen. Die zentralen Erfahrungen und Erkenntnisse der Organisation und Arbeiter:innenklasse sind in ihm zusammengefasst. Dabei leitet es aus den vorhandenen Verhältnissen die zentralen Aufgaben von Revolutionär:innen ab. Das Programm muss die Wichtigkeit der Unabhängigkeit von (klein)bürgerlichen Kräften unterstreichen und auf der Übergangsprogrammatik fußen. Die Übergangsprogrammatik soll einen Weg von den akuten Aufgaben zur sozialistischen Weltrevolution aufzeigen, was notwendig ist, um das Ziel überhaupt erreichen zu können und an dem Bewusstsein der Arbeiter:innenklasse anzusetzen.

Um Erfolge auch weiter ausbauen zu können, kommt man schlichtweg mit dem imperialistischen Weltsystem in Konfrontation. Um dies stürzen zu können braucht es eine Weltrevolution, angeführt von einer Weltpartei (Internationale), welche errichtet werden muss, um die revolutionären Teile der Arbeiter:innenklasse hinter einem gemeinsamen Programm zu vereinigen. Der Aufbau dieser Internationale ist die oberste Aufgabe von

Revolutionär:innen um die internationale Führungskrise des Proletariats zu beenden.

Von Schulstreiks zur Bewegung

Von Brokkoli Bittner und Ener Zink, Lesezeit 7 Minuten

Am 5. Dezember gingen über 55.000 Schüler:innen auf die Straße, um gegen die Wehrpflicht zu streiken. Trotzdem beschloss der Bundestag ein Gesetz, das die Wiedereinführung der Wehrpflicht vorbereitet.

Dies ist ein Frontalangriff auf alle Jugendlichen in diesem Land. Denn nun soll die Jugend für deutsche Kapitalinteressen verheizt werden. Wir müssen uns also damit beschäftigen, wie wir es schaffen die Wehrpflicht zu stoppen.

Was ist überhaupt eine Bewegung?

Das kapitalistische System ist von Widersprüchen durchzogen. Zum Beispiel der Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, das Klima zu schützen, und den Profitinteressen der Herrschenden.

Diese Widersprüche scheinen die meiste Zeit als natürlich und unumstößlich.

Besonders in Krisen kommt es jedoch dazu, dass diese Widersprüche nicht mehr zu ignorieren sind, da sie dann besonders deutlich spürbar sind. Gerade dann kommt es zu spontanen Bewegungen, wie etwa Fridays for Future in 2019.

Diese Bewegungen sind notwendig, um überhaupt Veränderung zu schaffen. Nur so gelingt es, Massen zu mobilisieren.

Dennoch: eine spontane Bewegung kann nur dann wirklich Erfolg haben, wenn sie tatsächliche, beständige Strukturen des Widerstands aufbaut. Wie das aussehen kann, versuchen wir in diesem Artikel zu beschreiben.

Verankerung an Schulen aufbauen

Dass der Kampf gegen die Wehrpflicht hauptsächlich an Schulen stattfindet, ist wichtig. Wir Schüler:innen sind als Erstes von der Wehrpflicht betroffen. Es reicht nicht, alle 3 Monate aus der Schule zum Streik zu gehen. Der Kampf gegen die Wehrpflicht muss dort beginnen, wo wir sind, und das ist an der Schule. Bisher wurden vereinzelt auf regionaler Ebene Streikkomitees aufgebaut. Der Aufbau dieser Komitees muss ausgeweitet werden, sodass es an jeder Schule ein Streikkomitee gibt. Dort muss die Aktivität beginnen, denn es ist in unserem Schulalltag, in dem wir mit anderen aus unserer Schule ins Gespräch kommen. In unserem Unterricht wird begonnen, uns Militärpropaganda in den Kopf zu setzen. Genau dort muss unser Widerstand beginnen. Das bedeutet lokal, die Militär Propaganda einzuschränken, zum Beispiel durch ein Hausverbot für die Bundeswehr oder antimilitaristischen Unterrichtsstunden, die wir selbstgestalten wollen.

Die Komitees müssen diesen Widerstand an den Schulen sichtbar machen und einen Kampf darum führen. Sie dürfen nicht dabei stehenbleiben, nur in irgendwelchen Gremien Sachen zu beschließen, wie es bei Schüler:innenvetretungen der Fall ist. Denn in den meisten Fällen werden diese Beschlüsse von der Schulleitung aufgeschoben, erschwert oder ganz verhindert.

Gleichzeitig kommen wir durch Beschlüsse in der SV weniger ins Gespräch mit unseren Mitschüler:innen, als es uns durch direkte Aktionen gegen die Bundeswehr in der Schule gelingt.

Das ist besonders wichtig, weil gemeinsame Aktivität einer der besten Mobilisierungsmittel zu dem Streik sind.

Die Motivation, die dann nach diesem Streik entstanden ist, können wir nutzen, um reale Veränderung vor Ort zu schaffen. So wird Streiken nicht als etwas wahrgenommen, zu dem man halt ab und zu mal so hingehet, sondern als Teil mehrerer Aktionen und eines Kampfes, den wir an unserer Schule führen.

Wenn Streikkomitees gebildet werden, können diese dann auch, sobald die Schulleitung gegen einen Beschluss verstößt, tatsächlich dagegen vorgehen. Immerhin wissen sie, wie man an der Schule einen Kampf führt. Sie dienen also gleichzeitig auch als Kontrollorgan, während SVen meist bei super seltenen Treffen und bürokratischen Konzepten, in die sich gar nicht jeder einbringen kann, verharren.

Schließlich ist die Schule auch der Ort, an dem wir auf die kapitalistische Gesellschaft vorbereitet werden. Direkt bringt man uns bei, wie normal Krieg sei, dass es sich lohne Deutschland zu verteidigen und im Notfall auch für Deutschland zu sterben.

Genau dort müssen wir ansetzen und für eine Schule eintreten, die sich gegen ihre Kriege richtet und das Allen von klein auf mitgibt. Streikkomitees können hier als Struktur dienen, die Veränderungen im Lehrplan durchsetzt und so tatsächlich eine Schule für SchülerInnen schafft.

Auch SVen sind Teil dieser Erziehung, im Sinne des kapitalistischen Systems. Sie sollen uns darauf vorbereiten, wie bürgerliche Demokratie aussieht. Ein Aushandeln von Kompromissen, bei dem am Ende nix passiert, weil die Schulleitung keinen Bock hat. SVen geben zwar den Anschein von mehr Mitbestimmung, schaffen diese aber nicht.

Der Aufbau von Streikkomitee an Schulen hingegen ist tatsächlich ein Weg hin zu mehr Mitsprache von Schüler:innen. Uns wird nicht zugehört und die einzige Wahl die wir durch-führen ist die ob wir Mensa-Essen A oder B wollen.

Wenn wir kämpfen, sind Schulleitung und Co. gezwungen uns zuzuhören. Die Streikkomitees an Schulen müssen der Ort sein, der diesen Kampf organisiert.

Ausweitung auf Arbeiter:innenklasse

Für einen erfolgreichen Streik reicht es nicht nur, wenn wir Schüler:innen streiken. Das Wichtigste für die herrschende Klasse sind ihre Profite. Doch ein Streik allein von uns Schüler:innen lässt diese meist kurzfristig unangetastet, da wir in der Schule keinen direkten Profit für die Herrschenden schaffen. Die Profite werden durch die Ausbeutung der Arbeiter:innen geschaffen, weswegen es wichtig ist, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Nur ihre Streiks sorgen für sofortiges Einbußen der Profite.

Auch sind es vor allem ihre Kinder, die nun eingezogen werden sollen. Ein nicht geringer Teil der Jugendliche, die von der Wehrpflicht betroffen sind, macht eine Ausbildung. Sie können durch einen gewerkschaftlichen Streik klar machen, dass sie nicht eingezogen werden wollen.

Die Kriege, für die nun aufgerüstet wird, sind nicht im Interesse der Arbeiter:innenklasse, denn von diesen Kriegen profitieren nur die Herrschenden, die an jeder produzierten Kugel mitverdienen, die jeden zusammengenagelten Sarg verkaufen, die mit Kriegen ihre Einflussphären sichern und die selbst nicht in den Krieg müssen.

Deswegen muss der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) die Streiks gegen die Wehrpflicht unterstützen. Und dafür muss das Recht auf Politische Streiks erkämpft werden. Auch müssen Streiktage von Tarifverhandlungen, wie die im öffentlichen Dienst, auf den 5. März gelegt werden. Sodass wir Jugendliche und Arbeitende Schulter an Schulter gegen Krieg und Wehrpflicht kämpfen können.

Diesen Aufruf an den DGB muss auch das Schulstreik gegen Wehrpflicht Bündnis teilen. Schüler:innen können die Personalräte an Schulen auffordern, dass sie Stellung dazu beziehen, und die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) auffordern, Streiktage auf den 5. März zu legen.

Auch müssen sich Parteien, wie Die Linke, an den Mobilisierungen beteiligen,

denn ihre Basis besteht größten-teils aus Arbeitenden. Die Linkspartei muss auch ihren Einfluss in Gewerkschaften nutzen, um Druck auf diese aufzubauen und mit uns am 5. März zu streiken!

Linksjugend Solid und Jusos

Die Solid und die Jusos sind mitunter die größten linken Jugendorganisationen in Deutschland. In einigen Städten gab es von ihnen eine Beteiligung an den Streiks. Doch es braucht mehr.

Beide müssen sich bundesweit dazu entscheiden die Streiks mit Ressourcen (wie Geld oder Räume) zu unterstützen. Und sie müssen auch ihre eigene Mitgliedschaft dazu mobilisieren, an Schulen Streikkomitees aufzubauen. Da das einer der wichtigsten Mobilisierungspunkte ist.

Insgesamt sehen wir zwar, dass weder die SPD noch die Linkspartei sich konsequent Militarisierung in den Weg stellen. Trotzdem ist es umso wichtiger das es ihre Jugend tut. Wir sind es, die am Ende in ihren Schützengräben landen sollen.

Zusammenführen mit linken soziale Bewegungen

Gerade werden die Widersprüche des Kapitals an verschiedenen Stellen klar deutlich, deswegen gibt es auch verschiedene Bewegungen in Deutschland. Letztes Jahr gingen so viele Menschen wie noch nie auf die Straßen gegen den Genozid in Gaza und es gab Massenproteste gegen den Rechtsruck. Wichtig ist zu verstehen: diese Krisen passieren nicht nebeneinander. Sie sind alle Ausdruck des widersprüchlichen zerfallenden Systems, in dem wir leben. Um sie zu überwinden braucht es den Sturz der Herrschenden. Der Zusammenhang dieser Kämpfe lässt sich aber auch konkret aufzeigen: Es sind die Rechten, die wollen, dass wir unserer Leben für Nationalstolz im Schützengraben lassen. Und es ist Gaza, wo Deutschland jetzt schon mit Waffen seine Interessen durchsetzt. Diese Kämpfe gehören zusammen.

Und nur in einem gemeinsamen Kampf können sie erfolgreich sein. Wir müssen also Widersetzen und Palästinische Organisationen dazu auffordern, den Kampf gegen die Wehrpflicht zu unterstützen.

Lasst uns eine Bewegung aufbauen die dieses System an der Front sterben lässt!

Marg bar Diktator! Tod dem Diktator- und danach? Lehren der blutig niedergeschlagenen Aufstände im Iran 2025-26

Von Anna Steiger, Nele Weber und Matteo Morello, Lesezeit ca. 30 Minuten

Die Aufstände im Iran hat das Regime im Blut ertränkt. Über 30.000 Menschen hat es ermordet. Revolutionsgarden, Milizen und Abteilungen der Repressionskräfte massakrierten demonstrierende Arbeiter:innen, Jugendliche, Frauen und Kinder, indem sie mit Maschinengewehren in die Menge schossen.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei allen, die um ihre Liebsten zittern, die Brüder, Schwestern, Freund:innen, Genoss:innen im Kampf um die Freiheit verloren haben. Unsere Solidarität gilt den mutigen Menschen im Iran, die trotz der Brutalität des Regimes wochenlang massenhaft auf die Straße gegangen sind.

Am 28. Dezember 2025 blieb eine Reihe von Geschäften in Teheran geschlossen. Traditionell regimetreue Ladenbesitzer und Händler, die Bazaaris, protestierten gegen den Verfall der iranischen Währung, des Rial -

der Dollar-Wechselkurs war innerhalb kürzester Zeit massiv gefallen, Ende Januar war ein Dollar ca. 1,2 Mio. Rial wert - und die wirtschaftliche Instabilität, die ihr Dasein als kleine und mittlere Unternehmer bedroht. Bald weiteten sich die Proteste aus - Arbeiter:innen und Student:innen nahmen ebenso Teil wie Pensionist:innen, aus den wirtschaftlichen Forderungen wurden politische. 1979 riefen die Massen „Tod dem Schah“, nun „Tod dem Diktator“, „Tod Khamenei“.

Im Ausland versuchten währenddessen verschiedene Kräfte, die Proteste für sich zu instrumentalisieren. Reza Pahlavi, der Sohn des 1979 gestürzten Schahs, tat alles, um sich im Einklang mit dem US-amerikanischen Imperialismus als Retter der iranischen Bevölkerung zu inszenieren. Trump schrieb am 13.1. auf Truth Social: „Iranian Patriots, KEEP PROTESTING - TAKE OVER YOUR INSTITUTIONS!!!... HELP IS ON ITS WAY“ - welche Art der Hilfe gemeint ist, können wir uns mit Blick auf die US-amerikanische Geschichte bereits ausmalen. In der Diaspora finden monarchistische Ideen teilweise Anklang, manche wünschen sich aus Verzweiflung das Eingreifen der USA. Weshalb wir uns klar gegen jede imperialistische Intervention stellen, legen wir ebenso in diesem Beitrag dar.

Der erste Tag der andauernden Protestwelle in der Islamischen Republik Iran ist bereits über einen Monat her. Vor drei Wochen hat das Regime den Internetzugang im Land praktisch abgeschaltet. Während die Menschenrechtsorganisation Human Rights Activists News Agency (HRANA) am 10.2. von 6.964 bestätigten Todesfällen in Verbindung mit den Protesten spricht und weitere 11.730 Fälle prüft, sprechen zwei hochrangige Beamte aus dem iranischen Gesundheitsministerium angeblich von 30.000 Toten am 8. und 9.1. allein.

Der Aufstand wurde vom Regime zwar vorerst blutig niedergeschlagen, seine Ursachen bestehen jedoch weiter. Zugleich setzen die USA und ihre Verbündeten die Konfrontation fort mit einer Mischung aus unverhüllter militärischer Drohung und diplomatischen Druck. Die EU erklärte die Revolutionsgarde zu einer Terrororganisation, die Islamische Republik erklärte alle europäischen Armeen zu Terrororganisationen. Am 31. Januar kam es zu tödlichen Explosionen im Hafen Bandar Abbas und der Stadt

Ahvaz, die vom Staat durch Gaslecks erklärt wurden - Spekulationen über die versuchte Tötung hoher Kommandanten der Revolutionsgarde durch Israel und die USA stehen im Raum. Das Islamische Regime ist am selben Tag mit den USA in Verhandlungen getreten, nach wiederholten Drohungen Donald Trumps „einzugreifen“, sollte die Repression gegenüber Protestierenden weitergehen. Außerdem machte die USA bekannt, dass eine „Flotte“ auf dem Weg Richtung Iran sei. Die Flotte, angeführt vom Flugzeugträger USS Abraham Lincoln, hat am 26. Januar das Arabische Meer erreicht. Die Islamische Republik hatte währenddessen Militärübungen in der Straße von Hormus angekündigt - deren Planung sie sehr schnell leugnete, als die USA ihren Unmut darüber äußerten. Während also sowohl die USA als auch die Islamische Republik von Verhandlungen reden, nimmt die militärische Spannung zu.

Im folgenden Beitrag versuchen wir, die Ursachen für diese erneute Welle an Protesten zu verstehen, Lehren aus ihnen ziehen - insbesondere was die Rolle einer revolutionären, proletarischen Führung anbelangt - und überlegen, was wir hier in Deutschland und Österreich tun können, um unserer Solidarität Form zu verleihen.

Ursachen: Korruption und Sanktionen

Der iranische Rial verlor im Jahr 2025 gegenüber dem Dollar 84 % seines Wertes. Ende Dezember 2025 präsentierte der Präsident der Islamischen Republik, Masoud Pezeshkian, das Staatsbudget für das Jahr 1405 (März 2026-März 2027). In diesem Vorschlag war eine 145%-ige Erhöhung der Militärausgaben vorgesehen, Hand in Hand mit einer Reihe von Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Arbeiter:innenklasse - so wurde unter anderem die Abschaffung eines günstigen Wechselkurses für Importe, die Streichung einiger Brotsubventionen und der Verkauf von importiertem Benzin zu Marktpreisen gefordert. Die Protestwelle kam also nicht unerwartet.

Die Proteste nahmen ihren Anfang allerdings im Protest der Bazaaris, die bis dato einen signifikanten Teil der sozialen Basis des Mullah-Regimes bildeten

- und sich 2022 gegen die Zan Zendegi Azadi/Jin Jîyan Azadî-Bewegung gestellt hatten. Dies drückt deutlich die fortschreitende Erodierung der sozialen Basis des Regimes dar, das es nicht geschafft hatte, das Versprechen ökonomischer Vorteile an seine soziale Basis einzulösen.

Aus der Ferne ist das schwer zu beurteilen, aber selbst der Unmut in den Reihen der Streitkräfte des Regimes scheint zu wachsen. Manchem Soldaten kostet ein Sack Reis ein Fünftel seines monatlichen Gehalts, zu Hause muss er der Ehefrau erklären, wie er sich auf der Straße verhalten hat. Der Druck auf die Exekutive des mörderischen Regimes nimmt zu.

Wie ist es zu dieser objektiv revolutionären Lage gekommen, in der sich die Not und das Elend der unterdrückten Klassen so derartig verschärft hat?

Dazu wollen wir eine kurze Einordnung der Islamischen Republik Iran vornehmen.

IRGC, Bonyads und die Auswüchse des Kapitalismus in einem halbkolonialen Land

Die Islamische Republik wurde 1979 nach dem Sturz des zuvor herrschenden Schahs von der wichtigsten Führungsfigur der Revolution, Ayatollah Khomeini, ausgerufen. Als Reaktion auf die koloniale und imperialistische Ausbeutung des Landes durch die britische Kolonialmacht sowie anschließend auch die USA wendete sich Iranische Revolution gegen den westlichen (Kultur-)Imperialismus und seine Symbole im Land (US-amerikanische Institutionen, Medien, Kleidung,...). So konnte sie für Khomeinis Versprechen einer souveränen Islamischen Republik ohne westlichen Einfluss gewonnen werden. Auch die „kommunistische“ Tudeh-Partei fiel auf die Illusion einer Volksfront gegen den Imperialismus hinein (was schließlich zur fast vollständigen Auslöschung kommunistischer Organisationen und Ideen im Iran führte) und hinterließ so einen Schandfleck in der iranischen Linken, aber dazu später mehr.

Seit der Revolution wurde das Land von Khomeini und seinem Nachfolger, dem jetzigen Ayatollah Khamenei, als bonapartistische Diktatur geführt.

Irans Wirtschaft wird zu einem signifikanten Teil vom Staat kontrolliert. Das mag auf den ersten Blick nach etwas Positivem klingen, man muss sich das aber so vorstellen, dass dieser Staat aus Khamenei und seine Anhängern besteht, die sich durch diese Kontrolle selbst bereichern, auf Kosten der Lohnabhängigen und zunehmend auch mancher Teile des Kleinbürger:innentums.

Khamenei selbst verfügt über ein riesiges Finanzimperium (*Setad*), das seiner direkten Kontrolle untersteht. 2013 belief sich dessen Wert auf rund 100 Milliarden Dollar - womit der Ayatollah über mehr Vermögen waltet als der 1979 gestürzte Schah.

Wichtig zu erwähnen (aber durchaus nicht unüblich für halbkoloniale Länder), dass der militärische Apparat des Staats über eine bedeutende wirtschaftliche Macht verfügt. Im Iran ist das die ökonomische Rolle der Islamischen Revolutionsgarde sowie der Bonyads.

Die Islamische Revolutionsgarde (oft abgekürzt als IRGC - Islamic Revolutionary Guard Corps) ist ein ideologisch besonders gefestigten Teil der Streitkräfte der Islamischen Republik und verfügt nicht nur über ein eigenes Heer, eine eigene Marine und Luftstreitkraft sowie über einen eigenen Geheimdienst, sondern kontrolliert auch signifikante Teile der iranischen Wirtschaft.

Bonyads sind halbstaatliche religiöse Stiftungen, die Khameneis Befehl unterstehen und im Iran mehrere hunderttausend bis mehrere Millionen Menschen beschäftigen. Als nach der Revolution von 1979 die Besitztümer des Schahs und der Königsfamilie beschlagnahmt wurden, ging die Kontrolle über diese riesigen Sach- und Geldvermögen in Form neu gegründeter Bonyads an religiöse Führer über, wodurch deren finanzielle Unabhängigkeit gestärkt wurde. Offiziell handelt es sich auch heute noch um religiöse Wohltätigkeitsorganisationen, in Wahrheit haben sich die Bonyads allerdings zu riesigen privaten Monopolen ohne staatlicher Aufsicht entwickelt, die die

Islamische Republik stützen, während sie den Armen nur begrenzte und unzureichende Unterstützung zukommen lassen.

IRGC und Bonyadsgemeinsam kontrollieren schätzungsweise 30 % bis 50 % des BIP und agieren weitgehend außerhalb des üblichen Steuer- und Regulierungsrahmens.

Diese Informationen geben uns bereits einen Überblick über die ungleiche Verteilung des Reichtums im Land und lassen bereits erahnen, welchem Phänomen des Kapitalismus in halbkolonialen Ländern die iranische Bevölkerung besonders ausgesetzt ist: Korruption.

Wir wollen den Nepotismus und die Misswirtschaft in der Islamischen Republik anhand von einem Beispiel illustrieren: Dem Bankrott der Ayandeh-Bank. Diese Bank gehörte einem regierungsnahen Kapitalisten und borgte immer wieder viel Geld von der iranischen Zentralbank, die sehr viel Geld drucken musste, um die Ayandeh-Bank am Leben zu erhalten. Die Bank investierte die Mittel dann unklug, indem sie häufig Kredite an befreundete Eliten vergab, um Spekulationen und große Bauprojekte zu finanzieren. Die Zentralbank druckte weiterhin Geld, um die Kredite zu finanzieren, was laut Warnungen von Bankbeamten und Ökonomen seit langem zu einem Inflationszyklus führte und die Währung schwächte. Im Oktober 2025 wurde die Ayandeh-Bank schließlich aufgelöst und vom größten staatlichen Kreditgeber, Bank Melli, übernommen - mitsamt der horrenden Schulden. Der Staat rettete hier also eine insolvente Bank, die von Verbündeten der Regierung durch Misswirtschaft und Scheinkreditvergabe an Unternehmen, die auch der Bank gehören, in diesen Zustand gebracht wurde.

Sanktionen

Irans reiche Erdölreserven machen etwa ein Zehntel der weltweiten Reserven aus und bilden die Grundlage seiner Wirtschaft. Der Ölverkauf ist, unter anderem aufgrund der Sanktionen, für das Land allerdings weit nicht so ertragreich wie er es sein könnte. 2025 hat der Iran mehr Öl verkauft als die Jahre davor und dennoch weniger Profit aus dem Handel geschlagen.

Der Zwang, aufgrund der Sanktionen illegalen Handel zu betreiben (vor allem mit kleinen Raffinerien in China), drückt die Ölpreise massiv nach unten und erlaubt jenen, die den Handel des Öls abwickeln, hohe Gebühren vom Verkäufer (dem iranischen Staat) abzuverlangen. Außerdem konkurriert iranisches Öl nun seit Russlands Invasion der Ukraine und der darauffolgenden Sanktionen auch mit russischem Öl. Im August letzten Jahres wurden neue Sanktionen gegen die Islamische Republik verhängt, die sich deutlich im Ölpreis widerspiegeln: Während ein Barrel iranisches Öl Anfang 2025 etwa 1\$ unter dem globalen Ölpreis gehandelt wurde, lag die Differenz Ende des Jahres bereits bei 8\$.

Direkter Profiteur des Ölexportes ist die Islamische Revolutionsgarde, jener 125.000 Mann starke, ideologisch besonders gefestigte Teil der iranischen Streitkräfte, der auch für die Repression jeder oppositionellen Bewegung im Iran zuständig ist. Ende 2024 kontrollierte sie die Hälfte der iranischen Ölexporte, was einen starken Zuwachs darstellt (drei Jahre früher betrug der Anteil ca. 20%).

Wir können also festhalten, dass der Reichtum natürlicher Ressourcen des Irans keineswegs der Bevölkerung zugute kommt, weil einerseits der Verkaufswert des Öls vor allem durch Sanktionen vonseiten des Westens, allen voran der USA, künstlich niedrig gehalten und der Handel erschwert wird, was wiederum Großmächten wie China zugute kommt, die den Iran so von sich abhängig halten. Andererseits weil die Profite aus dem Ölexport in die Taschen der Herrschenden und ihrer Schergen fließen. Hieran können wir auch erkennen, dass Irans Stellung im imperialistischen Weltgefüge – trotz regionaler Machtbestrebungen – die eines halbkolonialen Landes ist.

Wasserkrise

Schon Anfang dieses Jahrhunderts gab es eine ausgeprägte Dürreperiode im Iran, die sich in den letzten Jahren deutlich verschärft hat. Der iranische Präsident, Masoud Pezeshkian, kündigte deswegen letzten November sogar eine mögliche Umsiedlung der Hauptstadt Teheran an. Obwohl die Wasserkrise natürlich klimatische Ursachen hat, wurde sie von der

Misswirtschaft des Regimes verschlimmert: So trug der Bau von Staudämmen und Tiefbrunnen zur schnelleren Verdunstung von stehendem Wasser und der Erschöpfung der Grundwasserleiter bei - an manchen Stellen des Landes sinkt deshalb bereits der Boden ein. Der Bau von Dämmen und Brunnen wurde von der Islamischen Republik gefördert, weil sie in puncto Lebensmittelversorgung weitestgehend unabhängig werden wollte und die Landwirtschaft mit zunehmender Trockenheit natürlich auch mehr Wasser brauchte.

Eigentlich verfügt der Iran über ein uraltes Aquiferen-System (die sogenannten Qanat), das aber konsequent von Schah und Mullahs ignoriert wurde - zugunsten kurzfristiger „Lösungen“, die auf die Schnelle viel Wasser zur Verfügung stellten (wie Staudämme und Tiefbrunnen), längerfristig aber eindeutig zu furchtbarer Wasserknappheit, mit der die meisten Menschen heute leben müssen, beitrugen.

Dazu kommt, dass Wasserpolitik entlang von Flüssen selten eine nationale Angelegenheit ist - was aber der Anspruch der Islamischen Republik ist (Autarkie und nicht abhängig von anderen Staaten zu sein). Unter den Taliban wurde der Pashdan-Damm am Harirud fertiggestellt. Der Fluss fließt aus Afghanistan in den Iran, 80% des Flusslaufes stehen allerdings unter Kontrolle der Taliban. Auch hier sehen wir, dass die Lösung derartiger Problemstellungen innerhalb nationaler Grenzen immer unmöglicher wird.

Irans Stellung in der Region und im imperialistischen Weltgefüge

Während man sagen kann, dass die Islamische Republik durchaus regionale Machtansprüche stellt, bleibt sie letzten Endes abhängig von den Interessen größerer, imperialistischer Mächte. Heute verkauft der Iran die überwiegende Mehrheit seines Öls an China und ist von der Großmacht abhängig, während China von der schlechten Lage und des Landes wirtschaftlich profitiert.

Es besteht außerdem eine relevante zeitliche Nähe zu Israels Angriff auf den

Iran (12-Tage-Krieg), bei dem Irans Militär geschwächt wurde und die Unfähigkeit des Regimes, seine Bevölkerung zu verteidigen, zutage trat. Aus Trumps und Netanyahus Reaktionen können wir unschwer schließen, dass diese Proteste in ihrem Sinne sind – sollte sich das iranische Volk der Illusion eines Regime Changes von außen hingeben und eine US-amerikanische oder israelische Intervention befürworten. Wenn wir an die Proteste zur Zeit Israels Angriff auf den Iran denken, scheint das allerdings unwahrscheinlich.

Zusammenfassend können wir sagen, dass der Iran trotz regionaler Machtansprüche nach wie vor die Rolle eines halbkolonialen Landes im imperialistischen Weltgefüge einnimmt, mit starker Abhängigkeit von China. Seine Rolle als Regionalmacht wurde in der kürzeren Vergangenheit vor allem durch den Sturz des Assad-Regimes, den Angriff durch Israel und die USA 2025 und die erneut verstärkten Sanktionen geschwächt.

Während die vom westlichen Imperialismus – allen voran den USA – verhängten Sanktionen maßgeblich zur katastrophalen Wirtschaftslage im Land beigetragen haben, spielten auch Korruption und Misswirtschaft vonseiten des Regimes eine beachtliche Rolle.

Dieser Punkt macht ersichtlich, wieso es sowohl eine politische als auch eine soziale Revolution im Land braucht, um aus dem Land eine tatsächlich antiimperialistische Macht machen zu können und den Menschen im Iran ein würdiges Leben bieten zu können.

Über die letzten Jahrzehnte gab es aus eben diesen Gründen immer wieder Proteste, jedes Mal hofften wir auf den Sturz der Islamischen Republik – wieso ist dieser aber bis jetzt ausgeblieben? Die meisten im Iran sind sich einig, dass die Islamische Republik fallen muss, aber nicht darüber, mit was sie ersetzt werden soll – geschweige darüber, mit welchen Mitteln das erreicht werden soll. Und zwar weder im Iran noch in der Diaspora. Wieso ist das so?

Make Monarchy trendy again - Revival der nationalistischen Schah Tyrannei

Reza Pahlavi, der Sohn des 1979 gestürzten, diktatorischen Schahs, ist die prominenteste Figur der iranischen Proteste in der Diaspora. Bereits seit vier Jahrzehnten stellt sich Pahlavi als möglicher Herrscher des Irans dar, funktionieren tut das aber erst seit nach den Jina Mahsa Amini Protesten 2022. Wenn man seinen Worten glaubt, will er nur einen Übergangsprozess von dem jetzigen Regime zu einer Demokratie leiten. Jedoch hat sich Pahlavi nie von den Gräueltaten seines Vaters distanziert, und seine Anhänger*innen sehen ihn als rechtmäßigen König des Irans.

Besonders seit den Protesten 2026 konnte er sich mit seiner von Israel unterstützten Kampagne profilieren, und viele der größeren Iran-Demos in der Diaspora sind stark von Monarchist:innen geprägt, die Fahne der Monarchie sowie Pahlavi-Bilder sind überall zu sehen. Nun gibt es sicher viele Leute in der iranischen Diaspora, die seinem Kult nur aus einem Mangel an Alternative und Verzweiflung angesichts der blutigen Ereignisse im Iran folgen. Jedoch gibt es auch einen harten Kern an Monarchist:innen, die nicht nur Slogans wie „Tod den Republikanern“ rufen, sondern auch demokratische und linke Demonstrationen gezielt angreifen.

Leiter zu einer Demokratie oder Re-Installation der Schah Dynastie?

Oft wird die Rückkehr Pahlavis damit legitimiert, dass er ja nur einen Übergangsprozess hin zu einem demokratischen Staat leiten will. Im Juni 2025 veröffentlichte er ein 169 Seiten Booklet, das die ersten 100-180 Tage nach dem Fall der Islamischen Republik regeln soll. In diesem Dokument stellt er sich als führende Person des Übergangsprozesses dar. In den ersten 4 Monaten ist er als Übergangsheiter beauftragt, den Übergang einzuleiten, die Kerninstitutionen der Herrschaft zu formen und deren Leiter auszuwählen und/oder abzusetzen. Das wird mit der Notwendigkeit von Einigkeit, Ordnung und Sicherheit gerechtfertigt. Nach 4 Monaten soll es

dann eine Volksabstimmung geben, ob es eine konstitutionelle Monarchie oder eine parlamentarische Demokratie geben soll. Bei ersterem soll er innerhalb von zwei Monaten zum König gekrönt werden. Ob diese Übergangsphase wirklich enden würde, lässt sich diskutieren.

Nationale Selbstbestimmung als „ethnisch-sektiererische Bedrohung“

Zwar sind individuelle Rechte wie Frauenrechte oder Meinungsfreiheit in dem Dokument gesichert, doch Rechte unterdrückter Nationalitäten wie der Kurd:innen und deren Recht auf Selbstbestimmung werden ausgeklammert. Im Gegenteil wird Ethnizität nur einmal im Dokument ins Zentrum gestellt, und zwar im Zusammenhang damit, dass die nationale Armee „Separatismus“ und „ethnisch-sektiererische Bedrohungen“ in den Grenzregionen bekämpfen solle. Auch regionale Autonomie wird somit als Bedrohung gesehen und wird im Dokument nicht zugestanden.

Damit tritt er in die Fußstapfen seines Vaters, in dessen Regime arabische, kurdische und andere Minderheiten systematisch unterdrückt wurden und iranischen Nationalismus stark propagierte.

In der Schah-Dynastie war iranischer Nationalismus ein wichtiges Tool der Machterhaltung. Die persische Sprache und Kultur sollte ein Marker der Einigkeit werden und homogenisiert werden. Das führte zur systematischen Unterdrückung von nicht Perser*innen, also Araber*innen, Kurd*innen und vielen mehr. Das findet sich auch unter den Monarchist*innen heute wieder, es gibt starken anti-kurdischen und anti-arabischen Rassismus, Trumps Spruch „Make Iran great again“ wird gerne von ihnen aufgegriffen. 2022 verwendeten die Monarchist*innen auch nicht den kurdischen „Woman Life Freedom“ Spruch sondern konterten mit „Schah, Heimatland, Freiheit“. Pahlavi sprach sich zwar als Unterstützer dieser Protestwelle aus, entfernte den Spruch aber am 8. Jänner aus seiner Insta-Bio.

Die unsichtbaren 50.000 Deserteure der Revolutionsgarde

Außerdem redet Pahlavi davon, zwar führende Personen der Islamischen Republik gerichtlich zu verantworten, aber Teile der Revolutionsgarde und anderer Regimentsstrukturen in den neuen Staat integrieren zu wollen. Das zeigt auch, dass sein starkes Auftreten gegen die Islamische Republik nicht nur ideologisch-moralisch bedingt ist, sondern aus Pahlavis Machtanspruch heraus entsteht.

Weiter redet Pahlavi davon, mit seiner Kampagne 50.000 Soldaten der Revolutionsgarden zum Desertieren gebracht zu haben, die nun auf seiner Seite stehen würden. Er meint also, dass er quasi schon eine Machtbasis hat. Da man aber bei Desertionsbewegungen in diesem Ausmaß (insgesamt besteht die Revolutionsgarde aus ca. 150.000 Personen) Zurückhaltung im Agieren der Revolutionsgarden, Konflikte mit anderen Organen der Staatsgewalt oder auch das Zusammenbrechen von anderen gerichtlichen Institutionen sehen müsste - was nicht der Fall war - darf man diese Aussage mehr als bezweifeln.

Doch selbst wenn die 50.000 abgesprungenen Revolutionsgardisten eine reine Phantasie Pahlavis sind, verweisen sie darauf, dass die pro-westliche Konterrevolution darauf setzt bzw. setzen muss, dass signifikante Teile des bestehenden Staatsapparates und der bestehenden iranischen Elite (inkl. eines Teils des Klerus) zur anderen Seite überlaufen müssen, um einen einigermaßen stabilen Regime-Wechsel hinzukriegen. Darin besteht auch ein Problem der westlichen Zielsetzung. Man will zwar einen Regime-Wechsel, gleichzeitig aber eine Periode der Instabilität im Iran vermeiden. Diese könnte nämlich einerseits die Gefahr eine Arbeiter:innenrevolution heraufbeschwören, aber andererseits auch „nur“ eine Lage wie im Irak und damit den gesamten Nahen Osten weiter destabilisieren.

Hinzu kommt, dass ein Regime Change, sollten nicht zentrale Teile der Streitkräfte überlaufen, nur über zwei Wege möglich ist: erstens über eine wirkliche Revolution der Volksmassen - und damit auch die „Gefahr“ einer

Arbeiter:innenrevolution - oder über eine Invasion mit Bodentruppen und darauf folgende Besetzung, was auch für die USA erhebliche Verluste bedeuten würde. Hinzu kommt, dass eine solche Aktion die Beziehungen zu Saudi-Arabien, der Türkei und den Golfstaaten massiv belasten würde und der US-Imperialismus so einen instabilen Zugewinn an Einfluss mit einem Verlust bezahlen würde.

Unter dem Schah war der Iran westlich alliiert und versuchte, sich möglichst von den umliegenden arabischen Staaten abzugrenzen. Der Schah arbeitete mit den USA zusammen und war eines der wenigen Länder im Nahen Osten mit proisraelischer Haltung. Anders könnte man sagen, dass unter dem Schah westlich imperialistische Ausbeutung leicht gemacht wurde und der Iran damals die Interessen des Westens im mittleren Osten vertrat. Diese Allianz wünschen sich Monarchist*innen ebenfalls zurück, unterstützen den Genozid in Gaza und sprechen sich für eine US-Intervention im Iran aus.

Was man aus diesem Dokument und Pahlavis Positionen herauslesen kann, spiegelt sich in seiner Anhänger*innenschaft wieder. Auf monarchistischen Demonstrationen rufen sie Slogans wie „Lang lebe der Schah“ und „Tod den Republikanern“. Sie sehen Pahlavi als legitimen Herrscher und schmähen die Revolution 1979. Als „79er“ werden alle Kräfte beschimpft, die anti-monarchistisch sind, es herrscht ein starker Antikommunismus. Solange es Linke sind, die die Repression trifft, sind sich das islamistische Regime und die Monarchist*innen einig.

Kleines Fazit

Reza Pahlavi versucht sich also aus dem Ausland als Anführer der legitimen Bewegung der iranischen Massen aufzuspielen. Er verfügt über keine wahre Basis im Iran, findet aber bei Teilen der Diaspora, vor allem im Westen, Anhang. Bestimmt spekuliert er aber auch darauf, dass die Bourgeoisie und das Kleinbürger:innentum im Iran über keine wirkliche Führungsfigur verfügen - und Pahlavi da gerade recht käme. Das ist allerdings auch eine Schwäche, weil er sich nur auf ein Gleichgewicht von anderen Kräften stützen müsste und selbst wenig eigene Machtbasis hätte.

Für uns gilt es vor allem aufzuzeigen, dass Pahlavi niemals ein „Agent des Wandels“, wie er sich selbst bezeichnet, sein wird, sondern im Gegenteil eine Marionette des US-Imperialismus. Seiner Bekräftigung, er wolle bloß den Übergang zu einer demokratischen Gesellschaft einleiten, darf kein Fünkchen Glaube geschenkt werden – stattdessen müssen wir die Machtfrage aufwerfen: nur die Arbeiter:innen selbst können eine wahre Demokratie, abseits westlicher Interessen, aufbauen.

Denn: Die USA verfolgt ein klares Ziel – einen weiteren Regime Change zu ihren Gunsten. Wie unter anderem Venezuela, soll auch der Iran unter die Kontrolle der imperialistischen Großmacht gebracht werden. Wieso haben die USA dann noch nicht angegriffen und einen Regime Change erzwungen? Weil die Islamische Republik mittlerweile derartig geschwächt ist, dass Verhandlungen mit großer Wahrscheinlichkeit zugunsten der USA ausgehen würden. Die aktuelle Situation kommt den USA sehr gelegen, ihr wahres Interesse gilt schließlich nicht der Bevölkerung im Iran, sondern der geopolitischen Machterweiterung und der Kontrolle von Ressourcen.

Wir müssen uns also klar und deutlich gegen jede imperialistische Intervention stellen, da diese nur das Ziel der Unterordnung, nie der Befreiung verfolgen, und eine solche Intervention andererseits zu verstärktem Nationalbewusstsein führen würde. Der Klassenkampf würde natürlich weitergehen, aber die iranische Arbeiter:innenklasse und die Unterdrückten müssten jeden imperialistischen Angriff zurückweisen und bekämpfen, ohne dem reaktionären islamistischen Regime irgendeine Form der politischen Unterstützung zu gewähren.

Welche „Achse des Widerstands“? Kritik am Campismus

Obwohl wir uns gegen jede imperialistische Intervention stellen, vertreten wir keinesfalls die Position, dass das derzeitige iranische Regime stabil aufrecht erhalten werden müsse, weil der Iran ja zur Gruppe der Länder gehöre, die ein Gegengewicht zum US-Imperialismus darstellen würden. Er sei ein starkes, zentrales Land des Nahen Ostens und wichtig, um den

Einflussversuchen von USA und Israel in der Region entgegenzuwirken.

Dieses Argument, das wir *campistisch* (also dem *Campismus* zuordenbar – dem Glauben an zwei „Lager“/camps: USA/Westen vs. der Rest) nennen, kam im Zuge der aktuellen Situation in der Linken wieder auf. Die Vision ist hier, dass die vom westlichen Imperialismus unterdrückten, den US-Imperialismus ablehnenden oder gar selbsternannt „kommunistischen“ Länder wie China zusammen gegen den Block des US-Imperialismus, also die USA und ihr Gefolge, kämpfen sollen. Der Iran sei dabei ein wichtiges Land, weil er im Gebiet des Nahen Ostens am stärksten gegen den US-Imperialismus stehe. Dass nicht nur die USA imperialistisch sein könnten und dass eine sozialistische Föderation in der Region des Iran das eigentliche Ziel sein sollte (anstatt der Verteidigung einer bonapartistischen Diktatur) wird bei dieser Behauptung außen vor gelassen.

Manche Kräfte, auf die wir bei Protesten gestoßen sind, behaupten sogar, dass die Proteste nur von den USA und Israel inszeniert worden wären und diese Agenten geschickt hätten, um die Massenproteste zu bilden und für die USA die Regierung des Iran zu stürzen. Hier nennen sie die Mossad-Agenten, die von Israel eingestellt worden seien, um den Sturz des anti-US-israelischen Regimes herbeizuführen, damit sie eine neue, für sich benutzbare Regierung aufbauen können.

Dass diese Argumentation völliger Quatsch ist, kann man schon einmal daran belegen, dass kein Land, sei es noch so mächtig und wohlhabend, eine Protestwelle inszenieren kann, die das Ausmaß von Millionen Menschen annimmt, die für mehrere Wochen jeden Tag auch in den kleinsten Städten des Landes auf die Straße gehen. Solche Proteste haben immer in erster Linie die Basis von verzweifelten und wütenden Arbeiter:innen, die bereit sind, Gewalt oder sogar ihr Leben für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu riskieren. Nicht eine von den USA oder Israel bezahlte Masse, die täglich durch die Straßen Teherans läuft.

Außerdem ignoriert diese campistische Theorie total, dass nur die Proletarier:innen ALLER Länder mit dem Weltimperialismus brechen können. Die USA als Ganzes werden als ein Feindbild gesehen und es wird nicht

zwischen ihrer Regierung und ihrer Arbeiter:innenklasse differenziert, geschweige denn daran gedacht, dass diese ja auch wichtig sein kann, um ihre einflussreiche Regierung mit all ihren Chefs und mächtigen Leuten zu stürzen - und so dem US-Imperialismus den Schlag zu versetzen, der ihm tatsächlich weh tun würde.

Der Iran sollte auch nicht als Spielball, den man gegen den die USA und Israel nutzen kann, gesehen werden. Auch wenn es darum geht, mit dem Zionismus zu brechen und Palästina zu befreien - was auch gerne als Grund benutzt wird, um dieses Argument zu legitimieren: „Der Iran ist das stärkste Land im Nahen Osten, das antizionistisch ist!“ Dem müssen wir entgegenstehen. Der Iran unterstützt den bewaffneten palästinensischen Widerstand nur so lange, wie es seinen Interessen als Regionalmacht dient - weder kann noch möchte er die Befreiung der Palästinenser:innen herbeiführen. Dies kann die palästinensische Arbeiter:innenklasse viel besser, die ein wirkliches Interesse an der Freiheit des palästinensischen Volkes hat und den Widerstand nicht nur unterstützt, um dem eigenen Gegner Israel etwas auszuwischen.

Vielmehr aber ist die Argumentation daran zu entkräften, dass es völlig unsinnig ist, allen Arbeiter:innen der Länder, die angeblich „antiimperialistisch“ sind, zu verbieten, sich gegen ihre Regierung zu stellen (und ihnen somit indirekt auch die sozialistische Revolution zu verbieten), nur damit diese einen vermeintlichen Gegenpol zur US-imperialistischen Welt darstellt. Auch wenn viele der Staaten des afrikanischen und lateinamerikanischen Kontinents vom US-Imperialismus ausgebeutet werden, bedeutet das nicht, dass sie immer eine bessere oder fairere Regierung haben. Im Gegenteil, im Iran werden Frauen ihre Grundrechte und ihre Freiheit genommen, Minderheiten wie Kurd:innen, Afghan:innen und Belutsch:innen werden unterdrückt und die Regierung geht mit Erpressung, Folter und Mord gegen politische Gegner:innen vor. Unterdrückte Nationen im Iran haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Arbeiter*innen in Ländern, wo diese Umstände herrschen, haben ein Recht, sich zu wehren und zu befreien.

Aber es geht nicht nur um das prinzipielle „Recht“, sich gegen die eigene

Regierung zu stellen, sondern darum, dass genau das auch die Aufgabe der iranischen Arbeiter:innenklasse ist. Denn nationale Unterdrückung und Frauenunterdrückung sind Instrumente, um die Arbeiter:innenklasse zu spalten und weiterhin ein wirtschaftliches System aufrecht zu erhalten, von dem nur die Eliten (Klerus, Revolutionsgarden, etc.) profitieren. Misswirtschaft und Korruption können in halbkolonialen Ländern nur durch eine zu Ende geführte, sozialistische Revolution ein für alle Mal abgeschafft werden. Nur ein sozialistischer Iran im Rahmen einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens könnte einen wahren Gegenpol zum US-Imperialismus - und zu allen anderen imperialistischen Mächten! - darstellen.

Damit die iranische Revolution siegen kann, damit es die Befreiung der Klasse und der Unterdrückten geben kann, muss die Arbeiter:innenklasse zu ihrer hegemonialen, führenden Kraft werden. Das kann sie nur, wenn sie es schafft, sich an die Spitze des Kampfes gegen das Regime und für dessen revolutionären Sturz zu stellen.

Das ist aber unmöglich, wenn sie die Bewegung, die natürlich - wie jede Bewegung, die aus demokratischen Forderungen erwächst - auch von bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Kräften in die Irre geführt werden kann, nur dann unterstützt, wenn diese schon „gesichert“ revolutionär ist. Wer das verlangt und zur Vorbedingung für deren Unterstützung macht, sollte von der Revolution (wie vom Klassenkampf überhaupt) die Finger lassen. Jede Massenrevolution geht notwendigerweise damit einher, dass darin unterschiedliche Klassenkräfte um die Führung kämpfen.

Das war in der Jin Jîyan Azadî-Bewegung auch nicht anders, nur weniger entwickelt. Wenn die Arbeiter:innenklasse darauf verzichten, um die Führung der Bewegung zu kämpfen, solange sie nicht unter ihrer Führung ist, kehrt sie der Bewegung unwillkürlich den Rücken zu - und überlässt sie klassenfremden bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Kräften.

Dieses Trauerspiel liefert zur Zeit ein guter Teil der westlichen Linken ab, die sich einmal mehr als Last für jede revolutionäre Bewegung entpuppen. Die linke Bewegung sollte also geschlossen hinter den Volksaufständen im Iran

stehen und es gibt kein gutes Argument, sei es Kampf gegen Zionismus oder Imperialismus, das nicht zu tun.

Im Folgenden gehen wir exemplarisch auf die Tudeh-Partei ein, eine der wichtigsten Kräfte zu Zeiten der Revolution 1979, um darzulegen, wo die Führungskrise der iranischen Arbeiter:innenklasse unter anderem ihre Wurzeln hat.

Zum Campismus muss man letztlich sagen: Im Namen eines falschen „Antiimperialismus der Idioten“ unterstützen sie 1979 und danach die Schlächter der iranischen Arbeiter:innenklasse. Möge ihnen diese den Verrat nie verzeihen!

Tudeh-Partei: Volksfront und Verrat der iranischen Massen

Die iranische Geschichte hat einen großen Schatz an Arbeiter*innenbewegungen, Streiks und Rätebildungen zu bieten. Nicht nur in der Islamischen Republik gab es Massenbewegungen, bereits gegen die Herrschaft der Kadscharen gab es die Jangalibewegung, aus der sich mit Zusammenarbeit der Bolschewiki in der Provinz Gilan sogar eine Sowietrepublik ergab. Aus dieser Zusammenarbeit entstand auch die Tudeh-Partei, welche die älteste kommunistische Partei im Nahen Osten ist.

Die Tudeh-Partei gründete sich als kommunistische Partei 1941. Nur ein Jahr nach ihrer Gründung wuchs sie zur größten Partei des Irans heran. Von der Sowjetunion finanziell unterstützt, war sie marxistisch-leninistisch ausgerichtet und gehörte von Anfang an zur Bewegung gegen den Schah. Ab 1944 war sie auch im Parlament vertreten und unterstützte mit ihrer Tudeh-Militärorganisation (deren Mitglieder Offiziere im iranischen Militär waren) separatistische Bewegungen der kurdischen und aserbajdschanischen autonomen Republiken, und sie wollte eine iranisch-sowjetische Ölgesellschaft einführen. Außerdem verübte sie eine Reihe an Anschlägen auf ihre Gegner:innen, unter anderem ein missglücktes Attentat auf den Schah. Daraufhin wurde die Tudeh-Partei verboten und arbeitete

hauptsächlich aus dem Exil.

Die Tudeh-Partei war damals mit ihrer Größe ein relevanter Faktor in der politischen Landschaft des Iran. Um zu verstehen, warum kommunistische Kräfte heute im Iran so geschwächt und verschrien sind, müssen wir uns die Taten der Tudeh-Partei rund um die Revolution 1979 anschauen.

Die Situation während der Revolution war folgende: Bereits im September '78 gab es Streiks in der Ölindustrie und Forderungen gegen die Repression gegenüber politischen Aktivist:innen wurden laut. Es gab zahlreiche Versammlungen und Arbeiter:innen waren bereits so gut organisiert, dass sie Staatspropaganda teilweise unterbinden konnten und sogar Eisenbahnstrecken lahm legten. 1979 übernahmen die Arbeiter:innen durch die Shoras (persisch für Räte) quasi die Kontrolle über die Produktion. Somit entstand nach der Flucht des Schahs und der Rückkehr Khomeinis eine Art Doppelmacht. Die Arbeiter:innen hatten die Kontrolle über die Produktion erlangt, während Khomeini mit revolutionsfeindlichen Teilen des Militärs die Staatsmacht sicherte.

Trotz dieser ausgezeichneten Ausgangssituation meinten die Stalinist:innen der Tudeh-Partei, dass der Iran nicht reif sei für eine sozialistische Revolution. Sie meinten, eine bürgerliche, demokratisch-antiimperialistische Revolution sei jetzt das Ziel. Sie waren überzeugt, der Iran müsse zuerst eine unabhängige kapitalistische Entwicklung durchmachen. Ihnen zufolge konnte die iranische Revolution nur die „nationale Bourgeoisie“ an die Macht bringen - und daher unterstützen die sie Machtergreifung Khomeinis als Vertreter der „nationalen Bourgeoisie“.

Sie sahen Khomeini und die Klerikalen als Verkörperung der anti-monarchistischen, nationalen Revolution. Sie kauften Khomeini seine anti-imperialistische Rhetorik ab, in der jede Kritik am Islam und der neuen Herrschaft imperialistisch wäre. Mit diesem Ignorieren der bereits radikalisierten Massen wurden antikommunistische Ressentiments und Sympathien für den politischen Islam gefördert.

Die Tudeh-Partei wandte gegenüber den Klerikalen die Strategie der

Volksfront an. Diese besagt, dass man sich im Kampf gegen einen gemeinsamen imperialistischen Feind mit den progressivsten Teilen einer Bewegung, die eben nicht aus der Arbeiter:innenklasse sein müssen, sondern auch kleinbürgerliche bis bürgerliche Kräfte enthalten können, vereint. Dabei ordnet man sich den besagten Kräften unter, anstatt weiter die eigene Politik zu verfolgen. Im Falle der Tudeh-Partei sprechen wir dezidiert nicht von einer Volksfronttaktik (die z.B. im Rahmen einer zeitlich begrenzten antiimperialistischen Einheitsfront durchaus sinnvoll sein kann), sondern von der strategischen Entscheidung, sich einer bürgerlichen Kraft auf unbestimmte Dauer politisch unterzuordnen.

Weil die Anhänger der Tudeh-Partei derartig überzeugt waren, dass der historische Fortschritt in Richtung Sozialismus diese Etappe verlangte, mussten in ihren Augen auch alle Linken, die weiter gehen wollten, als ultralinke Konterrevolutionär:innen bekämpft werden. Die Massaker des Regimes, die sie mittrugen, und den Verrat an der Arbeiter:innenklasse haben ihnen bis heute viele Iraner:innen zu Recht nicht verziehen.

Zwar halfen somit die Linken den Mullahs zu ihrer Macht, geschützt vor Repression hat sie das allerdings nicht. Die Tudeh-Partei wurde aufgelöst und die meisten der führenden Personen verhaftet oder hingerichtet. Heute ruft die Tudeh-Partei zum Sturz der Islamischen Republik auf. In der iranischen Bevölkerung, innerhalb des Landes sowie in der Diaspora, hat sie sich aber weitgehend diskreditiert.

Lehren aus den Aufständen 2025-26

Die Tudeh-Partei ist heute für den Sturz des Ayatollahs - doch was ist ihr Programm für danach? 1979 war sie für den Sturz des Schahs, nur um dann mit der islamistischen Bourgeoisie zu paktieren. Monarchist:innen dagegen wollen nicht einmal den Weg des historischen Fortschritts einschlagen, sondern einen Regime-Change zurück in die Zeit bevor die Republik existierte. Und Campist:innen meinen, die Islamische Republik solle erst gar nicht gestürzt werden.

Was wäre eine mögliche Perspektive für den Iran? Eine, die Befreiung nicht

nur nachspielt, sondern wirklich möglich macht?

Wir glauben, dass diese Befreiung nur möglich ist, wenn der Iran vom zugrundeliegenden Übel des Imperialismus befreit ist: dem Kapitalismus. Die Lohnabhängigen im Iran leiden für den Reichtum weniger, doch der Ayatollah und sein Staatsapparat versuchen, diesen Klassenwiderspruch zu verhüllen in vermeintlich islamische Werte, die über den Klassen stünden.

Die Massen im Iran haben aber längst verstanden, dass nicht Religion, sondern Zwang dieses Land zusammenhält - sie haben längst begriffen, dass sie „ihrer“ Regierung nicht trauen können. Spätestens das diesjährigen Massaker hat das letzte Fünkchen Legitimität, das das Regime in den Augen mancher noch besaß, endgültig zunichte gemacht.

Die Massen haben sich zusammengetan, um sich diese Ausbeutung nicht mehr gefallen zu lassen. Die Bewegung hat uns gelehrt, dass die Massen breitere Basisorganisationen im Zuge einer Massenbewegung relativ rasch aufbauen können. Diese können ihre Aufgabe aber nur erfüllen, wenn sie sich bewusst sind, dass sie Kampforgane sein müssen (Räte, Milizen, Soldatenkomitees etc.) und dass sie diesen Kampf zentralisieren müssen zum Aufstand und Sturz des Regimes, dass also die Kampforgane zu Machtorganen eines zukünftigen Rätestaates werden müssen. Sie brauchen dazu ein Programm der permanenten Revolution.

Wir möchten kurz auf diese drei Punkte eingehen, die uns für zukünftige Aufstände besonders wichtig erscheinen:

1. Basisorganisationen als demokratisch-zentralistische Kampforgane
2. Kampforgane als Machtorgane eines zukünftigen Rätestaates
3. Das Programm der permanenten Revolution und die Frage einer revolutionären Führung der Arbeiter:innenklasse

1. Basisorganisationen als demokratisch-

zentralistische Kampforgane

Bei den Aufständen 2025-26 waren Basisorganisationen nicht nur ein ferner Traum. In einem Statement der CPI (Communist Party Iran, nicht zu verwechseln mit der Tudeh-Partei) ist von Arbeiter:innenkontrolle in den Fabriken von Arak, einer Stadt im Südwesten, zu lesen. Die Maschinenfabrik AzarAb und Wagon Pars Fabriken, seien in der Hand von Arbeiter:innenräten gewesen, die von den Arbeiter:innen gewählt wurden. Sie riefen die Bewohner:innen Araks zur Bildung von Nachbarschaftsräten auf, um Logistik und Sicherheit zu verwalten. Solche Basisorganisationen sind für die Organisierung der Bewegung unabdingbar.

Was man allerdings bei fast allen gescheiterten Aufständen und vor allem bei diesem historisch großen und grausam niedergeschlagenen Aufstand im Iran erkennen kann, ist, dass Bewegungen oft aus demselben Grund scheitern: Wehrlosigkeit und Ungleichheit der Bewaffnung zwischen unterdrücktem Volk und bewaffneter Regierung. Im Iran konnte man das am besten sehen. Protestierende konnten mit nichts weiter auf die Straßen gehen, als mit den Gebeten der Familie. Auf der anderen Seite stand das Gewaltmonopol des Staates: die Revolutionsgarden und all ihre Unterzweige hatten Waffen und Ausrüstung bis oben hin. Diese Ungleichheit hat das gewalttätige Massaker ermöglicht, das wahrscheinlich mehr als 30.000 Menschen ihr Leben gekostet hat.

Daran kann man also festhalten, dass die Bewegung Bewaffnung braucht, um die angefangene Revolution zu vollenden. Um diese Bewaffnung herzustellen, müssen sich Teile des Militärs (das ideologisch weniger gefestigt ist als die Revolutionsgarde) gegen das Regime stellen, die Seite wechseln und mit den Waffen den Widerstand und die Selbstorganisierung verteidigen.

Wir können nur spekulieren, aber es ist gut möglich, dass die Mehrheit des iranischen Polizei- und Militärapparats nicht mehr aus Überzeugung hinter dem Regime steht. Vielleicht handelt es sich vor allem um Soldaten, die aus Angst vor Konsequenzen weiter Befehle ausführen und auch nicht mehr als die Protestierenden im Land verdienen. Auch sie haben Bekannte in den Aufständen verloren und töteten nur noch aus Angst weiter. Das heißt, diese

einfachen Soldaten können gewonnen werden und überzeugt werden, sich dem Widerstand anzuschließen. Auch im Statement der CPI ist der Aufruf an Soldaten zu lesen, sich auf die Seite der Räte in Arak zu stellen. Somit wären die Soldaten geschützt von Konsequenzen für ihr Überlaufen, während die Räte Bewaffnung erlangen würden.

2. Kampforgane als Machtorgane eines zukünftigen Rätestaates

Diese rudimentären Formen der Organisation sind notwendig, um eine Bewegung auf die Straße zu bringen - sie müssen jedoch zentralisiert werden, um ein Regime zu stürzen. Vor allem aber stellen sie die Brücke in eine neue Gesellschaft dar: Die Räte von Arak könnten die embryonale Form eines zukünftigen Rätestaates sein. Dazu muss die Bewegung die Lehren aus den bisherigen Aufständen ziehen. Die Räte müssen untereinander organisiert und zentralisiert, sowie bewaffnet sein und mit der Bewegung auf der Straße verbunden sein.

Wir streben die Kontrolle der zentralen wirtschaftlichen Sektoren des Irans durch die iranische Arbeiter*innenklasse selbst an. Räte (Shoras), die z.B. über Förderung, Verteilung, Verkauf und Transport des iranischen Öls selbst demokratisch abstimmen und entscheiden. Dies setzt wiederum die Enteignung der großen Kapitalist:innen voraus und die Zentralisierung der Wirtschaft gemäß eines demokratischen Plans, um die Grundbedürfnisse der Massen zu sichern.

Die Räte von Arak könnten die embryonale Form eines zukünftigen Rätestaates sein. Dazu muss die Bewegung die Lehren aus den bisherigen Aufständen ziehen. Die Räte müsse untereinander organisiert und zentralisiert sowie bewaffnet sein und sich mit der Bewegung verbinden.

3. Das Programm der permanenten Revolution und die Frage einer revolutionären Führung

der Arbeiter:innenklasse

Wie dargelegt muss eine zukünftige Revolution also unter der Führung der Arbeiter:innenklasse passieren, und zwar mit einem Programm der permanenten Revolution. Was bedeutet das?

Ein Programm der permanenten Revolution bedeutet: Eine zukünftige iranische Revolution darf nicht bei demokratischen Forderungen halt machen, sondern muss in eine sozialistische übergehen.

Bereits die iranische Revolution von 1979 hat uns gelehrt, dass die Unterordnung proletarischer Kräfte (z.B. der Tudeh-Partei) unter die Führung der Bourgeoisie (Khomeini und Co.) über kurz oder lang zur Herrschaft der Bourgeoisie führt. Was wir heute im Iran sehen, ist Ausdruck der Herrschaft einer nationalen Bourgeoisie, die in Wahrheit bereits vom imperialistischen Weltsystem benachteiligt ist, und sich darum u.a. durch Korruption bereichert - um allen Auswüchsen des Kapitalismus im Iran ein Ende zu setzen (Frauenunterdrückung, Unterdrückung nationaler Minderheiten, Mehrfachausbeutung der Arbeiter:innen, etc.), braucht es ein anderes Wirtschaftssystem. Dieses kann nur von jenen, die das jetzige am Laufen halten, herbeigeführt werden, in dem die Staatsmacht im Zuge einer Revolution zu den oben genannten Räten übergeht.

Damit die iranische Revolution siegen kann, muss sie also nicht nur von der Arbeiter:innenklasse getragen, sondern auch politisch angeführt werden. Das war bei den Aufständen der letzten Monate nicht der Fall. Die Arbeiter:innenklasse steckt in einer tiefen Führungskrise und muss sich deshalb erst unter einem klaren Programm organisieren (es braucht also über kurz oder lang eine Partei der Arbeiter:innenklasse) und die Führung der nächsten Bewegung im Iran erkämpfen.

Das sind Lehren, die wir aus den jüngsten Protesten im Iran ziehen. Wir sind uns allerdings der grausamen und traurigen Realität der aktuellen Situation bewusst und möchten unsere Wut und Trauer über die zehntausenden iranischen Märtyrer:innen in Taten verwandeln, die hoffentlich dazu beitragen, dass der nächste Aufstand in einer erfolgreichen iranischen

Revolution mündet.

Was müssen wir hier im imperialistischen Zentrum tun?

Hier, in den Ländern des imperialistischen Zentrums, müssen wir besonders die frechen und tückischen Strategien Trumps und Israels aufdecken, die uns vorgaukeln, die iranischen Demonstrant:innen retten und Frieden in der Region stiften zu wollen. Wir müssen aufzeigen, dass das Einsetzen einer neuen, pro-amerikanischen Regierung (z.B. des Shahs) keineswegs wirkliche Freiheit und Würde für das iranische Volk mit sich bringt. Vielmehr müssen wir aufzeigen, dass dies ein erneuter Ausdruck des Versuchs der Neuaufteilung der Welt ist. Trump möchte keine Befreiung der Iraner:innen, Trump möchte den Iran zu einer Marionette machen, die er für Öl ausbeuten und von einer den US-Imperialismus bedrohenden Macht lösen kann.

Hier im imperialistischen Zentrum sollten wir uns an unseren täglichen Arbeits- und Lernorten und auf der Straße sowohl klar gegen eine US-Intervention als auch gegen das Regime positionieren. Wir müssen von unseren imperialistischen Regierungen den sofortigen Stopp und die Rücknahme aller Sanktionen fordern. Sanktionen schaden nur der Arbeiter:innenklasse und sind kein wirklich erfolgreiches Mittel, eine bürgerliche Regierung ernsthaft schwer zu schwächen.

Was es vielmehr braucht, ist unsere Solidarisierung mit der iranischen Arbeiter:innenklasse und die Ermutigung, sich hinter einem Programm der permanenten Revolution zu organisieren und zu bewaffnen. Hier müssen wir offene Grenzen und Staatsbürger:innenrechte für alle fordern und uns gegen jegliche Abschiebung in den Iran stellen.

Außerdem müssen wir die aktuellen Befreiungskämpfe in Palästina und Kurdistan miteinander verbinden und diskutieren, wie diese zusammenhängen und sich gegenseitig unterstützen können. Im Kampf gegen den Genozid in Palästina müssen wir bspw. die Forderungen nach dem Rückzug der IDF aus palästinensischen, libanesischen und syrischen

Gebieten fordern, um die militärische Domination Israels im Nahen Osten zu schwächen. So kann es sowohl der Arbeiter:innenklasse der umliegenden unterdrückten/schwächeren Staaten (Irak, Libanon, Syrien) als auch jener in einflussreicheren Staaten (Saudi Arabien, VAE) leichter gemacht werden, ihre eigene Regierung zu stürzen und daran nicht vom Gendarmen des westlichen Imperialismus gehindert zu werden (denn natürlich wollen weder Israel noch die USA, dass sich die Arbeiter:innenklasse erhebt!). Der Kampf gegen Zionismus ist also verlinkt mit der Revolution im Iran, was man hier in Deutschland und Österreich nutzen kann, um auf beide dieser Dinge - und das dahinterstehende Phänomen des Imperialismus - gleichzeitig Aufmerksamkeit zu lenken.

Wir müssen uns an Schulen, Unis und Betrieben zusammenschließen und Veranstaltungen und Aktionen organisieren, um über die Lage zu diskutieren und auf sie aufmerksam machen. Dies ist nicht nur ein von uns unüberlegter und oft gelaberter Handlungsvorschlag, denn an der Situation im Iran kann man vor allem sehen, wie wichtig Organisation an Basisorten ist. Die iranischen Protestierenden hatten viele Hindernisse: ein wochenlanger Internet-Shutdown und unvergleichbar extreme Überwachung und Repression des Staates. Unabhängige Basisorgane an den täglichen Ausbildungs- und Arbeitsorten sind eine Waffe selbst gegen diese Hindernisse. Wenn man kein Internet hat, kann man trotzdem auf Treffen planen, organisieren und Daten zu Demonstrationen mündlich weitergeben. Auch vor Staatsrepression ist man mehr geschützt, weil die Polizei und andere Organe der Staatsgewalt in Schulen, Unis und Betrieben weniger präsent sind als auf der Straße. Man sieht also, Organisation an Orten des täglichen Aufenthalts ist wichtig und kann politischen Aufstand am Leben halten.

Umso wichtiger ist es also, dass wir daraus lernen und uns hier in den imperialistischen Ländern organisieren. Wir müssen den Imperialismus im eigenen Land angreifen, wenn wir der Arbeiter*innenklasse im Iran wirklich helfen wollen. Außerdem wird ein freier Iran nur aufrecht erhalten werden können, wenn der Sturz der kapitalistischen Herrschaft international passiert.

Deshalb fordern wir:

- Nein zu jeder imperialistischen Intervention im Iran!
 - Weg mit den Sanktionen!
 - Nieder mit dem Mullah-Regime!
 - Nein zur Wiederherstellung der Pahlavi-Dynastie!
 - Keine Abschiebungen in den Iran!
 - Grenzen auf, Bleiberecht für alle!
 - Für eine Arbeiter:innenrevolution, die den Weg für die Befreiung der Frauen und der unterdrückten Nationalitäten ebnet und im Sozialismus gipfelt!
-

ICE Mord in Minneapolis - Ob USA, oder Deutschland: Gegen die Mördertruppen des Kapitals

Von Yorick F., Januar 2026, 5 Minuten Lesezeit

Am 07.01.2025 wurde die 37-jährige Renee Nicole Good von einem ICE (U.S. Immigration and Customs Enforcement) Agenten erschossen, während sie in ihrem Auto saß. Die offizielle Version war, dass sie dabei versuchte die ICE Agenten mit ihrem Auto „anzugreifen“ Donald Trump selbst sprach im Nachgang davon, dass sie versucht hätte diese zu überfahren und Kristi Noem, die Innenministerin Trumps, sprach in ihrem Statement von „domestic terrorism“ und einem richtigen Handeln des ICE Agenten.

Was wirklich passiert ist

All das sind dreiste Lügen. Wie absurd diese sind zeigt sich allein daran, dass

selbst bürgerliche Politiker:Innen sich offen dagegen aussprechen: So sprach der demokratische Gouverneur von Minnesota von „falschen Narrativen“ und der ebenfalls demokratische Bürgermeister sagte auf einer Pressekonferenz an die ICE Agenten gerichtet „Get the fuck out“.

Auch wenn wir kein zu großes Vertrauen in die demokratische Partei haben sollten, so haben sie in diesem Fall Recht! Alle Videos die es von dem Mord durch Trumps rassistische Häscher gibt zeigen, dass das Auto welches angeblich eine tödliche Gefahr für die ICE Agenten war, von ihnen weg fuhr. Dass sie extra aus ihrem Auto aussteigen um auf dieses zu zugehen und, dass sie immer noch auf das Auto feuerten, als es weiter von ihnen weg rollte und die Frau am Steuer vermutlich bereits tot war.

Wie sich der schießende ICE Agent, der angeblich danach in einem Krankenhaus in Minneapolis behandelt wurde, verletzt haben soll, bleibt dabei unklar. Was aber auf jeden Fall klar ist, ist dass es sich bei dem Mord in Minneapolis nicht um „domestic terrorism“ handelte, dafür aber um waschechten Staatsterrorismus.

Was bleibt ist die Trauer der Familie und Freunde von Renee Good, welche Mutter eines 7-jährigen Kindes war, denen wir unser tiefstes Mitgefühl aussprechen.

Belagerung von Minneapolis

2.000 ICE-Agent:Innen sind aktuell in Minneapolis stationiert, als Teil der US weiten Jagd auf Migrant:Innen durch ICE. Seit der Amtseinführung von US-Präsident Trump jagt ein reaktionärer Angriff den anderen. Erst kamen Angriffe auf die Rechte von trans Personen und Frauen, kurz darauf folgte die Erlaubnis, dass ICE (Einwanderungs- und Zollbehörde) migrantische Gemeinschaften, mehr oder weniger nach Belieben, terrorisieren darf. Menschen werden auf offener Straße, an ihrem Arbeitsplatz und zu Hause von Beamt:innen in Zivil abgefangen, in drakonischen Abschiebeknästen festgehalten und abgeschoben. Die Behörde wird dabei auf ihrer Menschenjagd durch Zielquoten von 3.000 täglichen Festnahmen getrieben. Zusätzlich wurde die Staatsbürger:innenschaft per Geburt abgeschafft.

Um das nötige Personal für diesen gezielten Terror gegen die Bewohner:innen insbesondere liberaler, von Demokrat:innen regierter, Großstädte heranzuschaffen, rekrutiert ICE bekannter Maßen ehemalige „Proud Boys“ (paramilitärisch anmutender rechter Männerbund) und andere militante MAGA Anhänger:innen, von denen sicherlich nicht wenige bei dem von Trump inszenierten Putschversuch im Januar 2021 beteiligt waren.

Die Trump-Regierung zelebriert regelrecht den Terror und die Grausamkeit, veröffentlicht Videos von Abschiebeflügen und Festnahmen und kündigt auch verbal an: „We’re coming for you“ (Wir kriegen euch). Als sich Widerstand gegen den rassistischen Terror in Metropolen wie Los Angeles, New York und Chicago bildete, setzte die Trump-Regierung die National Guard (Nationalgarde; Reserve der Streitkräfte und Miliz der föderalen Teilstaaten) in mehreren Städten ein. Insbesondere in Los Angeles eskalierte das zu Massenprotesten und auch der demokratische Gouverneur Gavin Newsome stellte sich offen Trump entgegen. Weil das Einsatz der Nationalgarde eigentlich Sache des Gouverneurs ist, weniger aus grundsätzlicher Ablehnung des Abschiebeterrors.

Der Einmarsch von ICE in Minneapolis und der Nachbarstadt Saint Paul, ebenfalls bekannt als Hochburgen der Demokrat:innen aber auch linker Kräfte, ist dabei v.a. ein Angriff auf die dortige Somalische Community. Dabei wird unter fadenscheinigen „Betrugs“anschuldigen gegen somalische Nonprofit-Organisationen Jagd auf Migrant:Innen gemacht.

Es formierten sich nach dem Mord an Renee Good schnell in mehreren Städten, v.a. in Minneapolis selbst, Proteste gegen den Mord und gegen die ICE Präsenz insgesamt, die auch teils militant gegen die staatliche Terrorbande vorgingen. Das ist richtig so und muss weitergehen! Es braucht Proteste der Migrant:innen, aber auch aller Arbeiter:innen und sonstiger Unterdrückter wie Frauen und Queers, gegen das Regime Trump und seine staatlich bezahlten und organisierten Terrorist:innen! Dazu braucht es Komitees in Schulen, Unis, Betrieben und Nachbarschaften, die auch bereits sind, ihre Freund:innen, Nachbar:innen und Kolleg:innen aktiv und direkt gegen ICE und Co. zu verteidigen!

Ob in der BRD oder den USA - nieder mit den rassistische Mörderbanden!

Auch in Deutschland mordet die Polizei regelmäßig. Am selben Tag an dem Renee Nicole Good erschossen wurde, jährte sich der Mord an Oury Jalloh durch Polizist:Innen in Dessau zum 21. Mal. Dieser brutale rassistische Mord ist nach Jahren der Vertuschung durch Polizei und Staatsanwaltschaft immer noch nicht aufgeklärt. Die Mörder:innen laufen frei rum, tragen entweder noch immer eine Uniform oder beziehen übige Beamt:innenpensionen.

In der Nacht zu Ostersonntag letzten Jahres wurde der 21-jährige Lorenz von einem Oldenburger Polizisten von hinten erschossen. Die Ermittlungen gegen seinen Mörder tätigen dessen Kolleg:innen aus Delmenhorst, welche 4 Jahre zuvor selbst den 19-jährigen Qosay Sadam Khalaf ermordeten. Die Ermittlungen dazu leitete damals, völlig „neutral“ und „unabhängig“, die Polizeidirektion aus Oldenburg. Das hieran nichts „neutral“ oder „unabhängig“ ist, sollte keiner weiteren Erklärung bedürfen.

Wir sehen, dass wir kein Vertrauen in die Polizei und den bürgerlichen Staat haben können und fordern deshalb in der BRD wie in der USA und überall sonst auf der Welt:

- Für demokratisch legitimierte und kontrollierte Selbstverteidigungsstrukturen der Arbeiter:innen, Jugendlichen und aller Unterdrückten des Kapitalismus!
- Keine Massenüberwachung z.B. durch, Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner, Videoüberwachung usw.!
- Kein Racial Profiling und ein hartes Aburteilen von Bullen, die Racial Profiling betreiben!
- Polizist:innen, die gewalttätig werden, sollen vor Volksgerichte

gestellt und bei Bedarf abgeurteilt werden! Dafür müssen sie durch ein individuelles Erkennungszeichen identifizierbar sein!

- Keine Militarisierung der Polizei. Sofortige Entwaffnung der Polizei, insbesondere im Bezug auf Taser, Maschinenpistolen, Knarren und Handgranaten!
- Für ein Verbot jeglicher Abschiebung und Zerschlagung aller Abschiebebehörden - Volles Staatsbürger:innenrecht für alle, dort wo sie leben!

Hands off Venezuela - US-Imperialismus raus aus Südamerika!

Von Jona Everdeen, Dezember 2025, Lesezeit 11 Minuten

Mit der Beschlagnahmung eines venezolanischen Öltankers und der Drohung man wolle „Drogenhandel bald auch auf dem Landweg stoppen“, erreicht das Trumpsche Säbelrasseln gegen Venezuela ein neues Eskalationslevel nach dem anderen. Ein offener Angriff auf den Venezolanischen Staat ist jederzeit möglich, während völkerrechtswidrige Mordanschläge auf die Besatzung angeblicher „Drogenboote“ (teils nachweislich Fischer:innen) aus Venezuela und Kolumbien bereits dutzende Opfer forderten. Doch wie kommt es zur Trump'schen Kanonenbootdiplomatie in der Karibik, und was sind Trumps Ziele?

Der US-Imperialismus und Lateinamerika

Ganz Süd- und Mittelamerika sowie die nicht direkt kolonialisierten Teile der Karibik gelten eigentlich schon seit Beginn der imperialistischen Epoche als „Hinterhof der USA“: So erlangten die meisten dieser Staaten ihre Unabhängigkeit von Spanien mit Unterstützung der USA. Dadurch wurden sie frei, allerdings nur auf dem Papier: Wirtschaftlich waren sie nämlich abhängig vom US-Kapital, das mächtiger war als das eigene. Mitte des 19. Jahrhunderts stellte sich Mexiko kurzfristig den USA entgegen, wurde aber vernichtend geschlagen. Dadurch verlor es die heutigen südwestlichen Staaten der USA. In Zeiten, wo die europäischen Mächte darum stritten, wer Afrika und Asien kolonial unterwerfen „durfte“, schuf die USA sich hier bereits eine riesige halbkoloniale Einflussosphäre, die die europäischen Mächte weitestgehend respektierten.

Im 20. Jahrhundert, besonders nach dem 2. Weltkrieg, regte sich immer wieder Widerstand gegen die de facto US-Herrschaft und ihre autoritären und korrupten Marionettenregime. Die Kubanische Revolution 1953-59 läutete eine Zeit ein, in der in vielen Ländern (meist maoistisch orientierte) Guerillastrukturen, wie die Sandinist:innen in Nicaragua, die Tupamaros in Uruguay oder die FARC in Kolumbien, einen bewaffneten Kampf begannen. Auch linksreformistische Bewegungen gewannen immer wieder Wahlen, wurden jedoch dann von der Reaktion, mit Hilfe der USA (insbesondere durch die CIA) brutal niedergeworfen. Das bekannteste Beispiel dafür ist wohl Chile, wo mit CIA Rückendeckung Augusto Pinochet den linkssozialdemokratischen Salvador Allende putschte und tausende linke Arbeiter:innen massakrierte. Manchmal, wie in Panama 1989, Grenada 1983 oder in der Dominikanischen Republik 1965, griffen US-Truppen auch aktiv militärisch in die Politik von Ländern in Süd- und Mittelamerika sowie der Karibik ein. In dieser Zeit bestand der Fokus vor allem darin, eine Ausbreitung sozialistischer Ideen oder gar von Arbeiter:innenstaaten wie Kuba um jeden Preis zu verhindern. Auch im Kontext der Blockkonfrontation mit der Sowjetunion, die jedoch nach der „Kubakrise“ sehr passiv agierte und Bewegungen lieber im Stich ließ, als eine direkte Konfrontation mit den USA zu riskieren. An einer Ausbreitung des Sozialismus hatte die post-

stalinistische Bürokratie ohnehin kein Interesse.

Seit einiger Zeit hat sich die Lage jedoch wieder gewandelt. Auf der imperialistischen Bühne sind mit Russland und China nun neue Konkurrent:innen entstanden, die die westliche Vorherrschaft offen anfechten. Inzwischen ist das Modell der Halbkolonie das übliche der imperialistischen Herrschaft, echte Kolonien sind Ausnahmefälle (wie die US-Kolonie Puerto Rico in der Karibik, die nun Truppenaufmarschgebiet ist). Doch das bedeutet, dass es deutlich einfacher ist für „Newcomer“, bestehende Einflussphären in Frage zu stellen. Und so tut es China, und im viel kleineren Maße auch Russland. Nicht nur in Asien und Afrika, sondern auch in Lateinamerika. In immer mehr Staaten wird China zum größten Handelspartner, verdrängt chinesisches Kapital jenes aus den USA. Und gefährdet damit, den „Hinterhof“ des US-Imperialismus zu übernehmen. Insbesondere Venezuela spielt dabei eine zentrale Rolle.

Die Rolle Venezuelas

Venezuela ist den USA schon lange ein Dorn im Auge. Während in allen anderen größeren Staaten zumindest ein gewisses Gleichgewicht zwischen dem Einfluss der USA und China besteht, steht Venezuela unter Maduro eindeutig auf Seiten des „östlichen“ Imperialismus. Es unterhält enge Verbindungen zu China, Russland und sogar der verfeindeten Regionalmacht Iran. Die einzigen anderen eindeutig pro-„östlichen“ Staaten in der Region sind Kuba und Nicaragua, beide wirtschaftlich relativ unbedeutend (was nicht heißt, dass sie keine Angriffsziele werden könnten).

Der Grund dafür ist in der Bolivarischen Revolution zu suchen, die unter Hugo Chávez 1999 die Politik im zuvor eng mit den USA verbündeten Staat umkrempelte. Er führte eine relativ radikale linkspopulistisch-reformistische Politik durch, gab dem Land eine neue Verfassung und verstaatlichte Schlüsselsektoren der Wirtschaft wie den Energie-, Agrar- und Schwerindustriebereich. Dies muss jedoch als reformistisch-staatskapitalistisch betrachtet werden. Wenngleich sich Chávez die venezolanische Bourgeoisie zum Feind machte, versuchte er nicht, sie endgültig zu entmachten und einen Arbeiter:innenstaat zu errichten.

Insbesondere nach Chávez Tod 2013 degenerierte das „sozialistische“ Venezuela unter seinem Nachfolger Maduro immer weiter zu einer bonapartistischen Diktatur, die im Interesse einer bürokratischen Clique, der loyalen Teile der Bourgeoisie und zunehmend des russischen wie chinesischen Imperialismus, und sicher nicht des venezolanischen Proletariats, Politik betrieb. Auch wenn die Vorwürfe von Wahlfälschung von der reaktionären Opposition genutzt werden, so der jüngsten „Friedensnobelpreisträgerin“ María Corina Machado, sind sie sicher nicht falsch. Durch Misswirtschaft der Führungsclique um Maduro, Sabotage durch die reaktionäre Bourgeoisie, Sanktionen des US-Imperialismus und letztendlich vor allem durch die Weigerung, den Kapitalismus mit dem man sich in Konflikt begeben hat, abzuschaffen, ist die Wirtschaft Venezuelas zu großen Teilen zusammengebrochen und Elend breitete sich aus.

Maduro beantwortete das vor allem mit mehr Repression gegen und Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiter:innen. Absurd niedrige Löhne von teils wenigen Dollar im Monat sind in manchen Wirtschaftszweigen die Norm. Besonders brisant: die Regierung Maduro stellt dem US-Unternehmen Chevron, einem der größten Ölkonzerne der Welt, Arbeitskräfte zu solch extremen Billiglöhnen zur Verfügung, damit das US-Unternehmen die venezolanischen Ölreserven ausbeuten kann. Das zeigt einerseits, wie inkonsequent Maduros angeblicher „Antiimperialismus“ (selbst reduziert auf den westlichen Imperialismus) ist, und andererseits, dass es verkürzt ist zu sagen, die USA würde einen weiteren „Krieg um Öl“ führen wollen. Im Gegenzug zu Wegfall der Sanktionen würde Maduro den US-Ölkonzernen vermutlich gute Teile der Ölreserven, zu für sie sehr vorteilhaften Bedingungen, einfach zur Verfügung stellen.

Trumps neue Strategie, um den US-Imperialismus „Great Again“ zu machen

Die Aggression gegen Venezuela ist also kein Kampf um Rohstoffe, sondern bettet sich ein in die Gesamtstrategie des US-Imperialismus in Trumps zweiter Amtszeit. So basiert diese v.a. auf einem Bruch mit der traditionellen imperialistischen Weltordnung, die lange Zeit die Hegemonie der USA

sicherte, seit dem Aufstieg Chinas zur in etwa ebenbürtigen Großmacht jedoch zu einer Gefahr für diese wird. Die Softpower des Westens, für „Demokratie und Freiheit“ zu stehen, zieht nicht mehr. Bekam sie bereits mit den brutalen Angriffskriegen in Afghanistan und dem Irak Risse, brach sie mit der bedingungslosen Unterstützung für den israelischen Vernichtungskrieg in Gaza völlig zusammen. Trump hat das erkannt, und wechselt nun die Strategie: zurück zu einer plumpen Großmachtpolitik, die nicht mehr mit Verweis auf Demokratie sondern auf militärische Stärke versucht ihre Interessen durchzusetzen.

Ein strategischer Unterschied ist auch die Priorität die Trump setzt. So ist der Fokus nicht mehr eine weit entfernte Region, in den letzten Jahrzehnten v.a. der sog. Nahe und Mittlere Osten, und auch nicht eine direkte Konfrontation mit China in der Asien-Pazifik-Region, sondern die Sicherung der Hegemonialmacht vor der eigenen Haustür. So zu verstehen ist die geradezu absurd anmutende Drohung, Grönland und Kanada „erobern“ zu wollen, sowie die ganz reale Politik gegenüber Panama, dieses mit Drohung, dass auch ein Militärangriff „möglich“ wäre, zu massiven Zugeständnissen zu zwingen. Dabei spielt er regelrecht damit, dass niemand so genau weiß, ob er nur blufft oder es ernst meint. Und damit das alle wissen, dass wenn er es ernst meint, sie in ernsthaften Schwierigkeiten sind. Die jüngste Eskalation gegen Venezuela ist eine Fortsetzung dieser Politik auf neuer Stufe. Trump redet nicht nur, er handelt. Er verlegt den größten Flugzeugträger der Welt und eine massive, potentielle Invasionsstreitmacht in die Region. Ob er sie auch tatsächlich einsetzt für eine Invasion Venezuelas? Man weiß es nicht. Aber er könnte es. Aber genauso gut kann es auch das Ziel sein, Maduro zu massiven Zugeständnissen und einem pro-US-amerikanischen Politikwechsel zu zwingen. Etwas, dass man historisch als „Kanonenbootdiplomatie“ bezeichnet, und was im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert gängige imperialistische Praxis war.

Auch ist der innenpolitische Aspekt wichtig zu benennen. Der „Krieg gegen die Drogen“ dient Trump nämlich vor allem darum, seine eigene Wähler:innenschaft davon zu überzeugen, er führe keineswegs einen neuen „Foreign War“, sondern nutze das US-Militär einzig und alleine für die

Sicherheit der US-Bürger:innen vor Drogenschmuggler:innen. Denn tatsächlich ist die Drogenkrise, vor allem in Bezug auf Fentanyl, ein großes Problem, dem jährlich zigtausende Menschen zum Opfer fallen. Das hat allerdings wenig zu tun mit einem eher imaginierten „Cartel de los Soles“ (Gruppen innerhalb der venezolanischen Sicherheitskräfte, die angeblich mit Kokain handeln, für die es aber kaum stichhaltige Indizien gibt) aus Venezuela, sondern mit den katastrophalen Lebensbedingungen, die die kapitalistische Krise in den USA, insbesondere in den Kernregionen der Republikanischen Partei in den Südstaaten, verursacht hat. Trotzdem dient die Fentanylkrise, die das Trumpsche Regime nicht im Stande ist zu lösen, als willkommener Grund, die imperialistischen Interessen gegen Venezuela, und impliziert mitgedroht gegen Kolumbien, Mexiko und womöglich andere zentralamerikanische Staaten wie Nicaragua, mit Gewalt durchzusetzen. Auch ist davon auszugehen, dass der jüngste Vorschlag für einen Ukraine-„Deal“ mit den Aggressionen gegen Venezuela im Zusammenhang steht. So ist Russland nämlich Venezuelas wichtigster militärischer Partner. Russische Spezialkräfte operieren dort und Russland stellt Militärtechnik und Beratung zur Verfügung. Es ist relativ wahrscheinlich, dass Trump nun versucht, im Gegenzug zur Erfüllung zentraler russischer Kriegsziele in der Ukraine, Putin dazu zu bringen, dem US-Militär in Venezuela freie Hand zu lassen.

Kampf den USA und allen anderen Imperialisten - Kein Vertrauen in Maduro!

Wir verteidigen Venezuela ohne jedes Wenn und Aber gegen den US-Imperialismus. Sollte es zu einer Invasion kommen, hoffen wir, dass es den venezolanischen Truppen und Milizen gelingt, die Yankees zurück ins Meer zu werfen - oder ihnen, falls sie sich festsetzen sollten, erneut die Bedeutung des Begriffs „Grüne Hölle“ vor Augen zu führen.

Gleichzeitig muss klar sein - wie es Marea Socialista, die venezolanische Sektion der Internationalen Sozialistischen Liga (mit der wir assoziiert sind), immer wieder betont hat -, dass Maduro und seine Regierung unfähig sind, den US-Imperialismus politisch oder militärisch entscheidend zu schlagen. Das Maduro-Regime ist kein Instrument der Befreiung, sondern ein

Hindernis auf dem Weg des venezolanischen Volkes. Ein Hindernis, das überwunden werden muss. Auch wenn wir im Konflikt mit Trump objektiv auf derselben Seite wie Maduro stehen, dürfen wir im antiimperialistischen Kampf nicht hinter seiner Führung zurückfallen. Der Kampf gegen den US-Imperialismus muss zugleich ein Kampf gegen das Maduro-Regime sein. Die venezolanischen Arbeiter:innen und Jugendlichen müssen das Heft selbst in die Hand nehmen und in Betrieben, Schulen und Universitäten Strukturen der Selbstverwaltung aufbauen.

Die zivilen Milizen, die Maduro derzeit aus der Not heraus formiert, müssen sich der Kontrolle des Regimes entziehen und unabhängig kämpfen. Die einfachen Soldat:innen sollten sich von der regime-treuen Führung lossagen und ihre Kommandierenden demokratisch selbst wählen. Maduro muss fallen - aber nicht, um durch ein noch reaktionäreres, pro-US-Regime ersetzt zu werden, sondern durch eine Republik der Arbeiter:innenräte. Eine solche Republik könnte die Verteidigung gegen den US-Imperialismus durch demokratische Arbeiter:innen- und Volksmilizen organisieren und zugleich mit einem gesamtgesellschaftlichen Plan zur Bedürfnisbefriedigung die Wirtschaft wieder aufbauen. Das venezolanische Öl muss den venezolanischen Arbeiter:innen gehören - nicht Chevron und nicht Rosneft (russischer Ölkonzern).

Dieser doppelte Kampf - gegen Imperialismus und gegen das Regime - muss Teil eines Kampfes in der gesamten Region sein. Im sogenannten „Hinterhof der USA“ muss die rote Fahne wehen! Raus mit jedem Imperialismus - und her mit den Sozialistischen Staaten von Süd- und Zentralamerika!

Für die Verbindung mit dem Kampf gegen die Trump Regierung!

Auch innerhalb der USA ist es wichtig, dass Arbeiter:innen und Jugendliche den Kampf gegen den US-Imperialismus als Teil ihres eigenen Kampfes gegen Trumps zunehmend bonapartistischer Regierung verstehen. Die Angriffe im Inneren - auf Löhne, Rechte und Lebensbedingungen - und die Angriffe nach außen gegen unterdrückte Länder gehören zusammen. Sie

haben nur ein Ziel: die Machtstellung des US-Imperialismus in der Welt zu sichern. Damit Musk, Thiel, Bezos und Co. ihre immer absurder werdenden Vermögen noch weiter aufpumpen können, müssen sowohl die US-amerikanischen als auch die lateinamerikanischen Arbeiter:innen bezahlen. US-Arbeiter:innen müssen erkennen, dass Arbeiter:innen aus Venezuela oder Mexiko keine Gegner:innen, sondern ihre Verbündeten sind - im eigenen Land wie auch international. Trumps Hetze und die Angriffe von ICE liegen nicht in ihrem Interesse, sondern richten sich letztlich auch gegen sie selbst.

Insbesondere Migrant:innen aus Venezuela, die vor der Verelendung geflohen sind, die sowohl durch US-Sanktionen als auch durch Maduros Misswirtschaft verursacht wurde, werden heute von ICE terrorisiert. Doch weder die Schikanen und Abschiebungen ihrer migrantischen Kolleg:innen noch Angriffskriege gegen süd- und zentralamerikanische Halbkolonien bringen den US-Arbeiter:innen irgendeinen Vorteil. Im Gegenteil: Sie schaden ihnen!

Der eigentliche Feind der US-Arbeiter:innen ist die eigene Bourgeoisie. Ihr Ziel muss ihr Sturz sein, um zu verhindern, dass sich die Lebensbedingungen weiter verschlechtern. Gegen Wohnraumangel, Gesundheitskrise, Arbeitslosigkeit und andere Formen der Verelendung hilft keine imperialistische Machtpolitik - Klassenkampf hingegen schon.

Dafür muss sich die US-Arbeiter:innenklasse neu formieren. Wahlkampagnen wie die von Mamdani, die „No Kings“-Proteste und die erstarkende Gewerkschaftsbewegung können wichtige Ausgangspunkte sein. Entscheidend ist jedoch, eine eigene Partei aufzubauen: gegen den Bonaparten Trump und seinen Kronprinzen Vance, ebenso wie gegen die demokratische Elite - und für Sozialistische Staaten von Amerika. Und zwar an der Seite der venezolanischen, kolumbianischen und mexikanischen Arbeiter:innen!